Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

12. September 1977
Jg.5 Nr.37

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

USA wollen „zwei Korea" anerkennen

Vor sechs Wochen erklärte US-Kriegsminister Brown, daß die USA selbstverständlich eine „Großmacht im Westpazifik und in Ostasien bleiben" wollten. Die US-Imperialisten hatten gerade ihrem Marionettenregime in Südkorea 2 Mrd. Dollar zur Aufrüstung versprochen. Jetzt haben die US-Imperialisten der SU und der VR China die „Anerkennung" Nordkoreas angeboten, wenn diese Südkorea anerkennen würden. Sie wollen die Teilung des Landes aufrechterhalten und die Lebensdauer ihrer Bastion in Südkorea verlängern. Noch immer träumen sie ihren alten Traum, den der Imperialist McArthur so beschrieben hatte: Wenn Japan „ein zukünftiges Sprungbrett" ist, dann „entspricht Korea dem Plan einer Brücke, die zum Kontinent führt." „Indem wir ganz Korea erobern, können wir . . .das ganze Gebiet zwischen Wladiwostok und Singapur kontrollieren," (Aus: Der US-Imperialismus – Urheber des Korea-Krieges, Pjöngjang, 22. Juni 77) Die Anzettelung des Korea-Krieges hat die US-Imperialisten nicht zum Ziel geführt, das neue Manöver wird vom koreanischen Volk ebenso zum Scheitern verurteilt.

Im August gründete sich in Tokio die „Union der Auslandskoreaner für Demokratie und Wiedervereinigung", die den Sturz des Park-Regimes, Demokratie in Südkorea und die friedliche Wiedervereinigung ohne ausländische Einmischung fordert.

Ehrgeizige Pläne der Sozialimperialisten

– 1977 soll die Ölgewinnung in der Sowjetunion von 519 Mio.t auf 550 Mio.t gesteigert werden.

– Die Sozialimperialisten wollen – im Tausch gegen eine Werkzeugmaschinen-

Ehrgeizige Pläne der Sozialimperialisten

– 1977 soll die Ölgewinnung in der Sowjetunion von 519 Mio.t auf 550 Mio.t gesteigert werden.

– Die Sozialimperialisten wollen – im Tausch gegen eine Werkzeugmaschinen-

fabrik – 1 Mio.t Öl aus dem Iran kaufen. Bisher kaufte die Sowjetunion, deren Erdöllager zu den größten der Welt gehören, außerhalb des Comecon Erdöl aus Syrien und Libyen.

– Die Zeitung „Iswestija" kündigte Ende August eine „Energiekontrollkampagne" an. „Verschwender werden zur Rechenschaft gezogen."

Es geht ihr bei der Durchsetzung ihres Energieprogrammes um Höchstprofite aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Ausplünderung fremder Länder. Die RGW-Länder sind von Energieimporten aus der Sowjetunion fast vollständig abhängig und ihrem Preisdiktat unterworfen; es geht ihr um die Monopolisierung von Rohstoffquellen. Mit der „Energiekontrollkampagne" will sie, ähnlich wie Carter mit seinem Energiesparprogramm, für die rechte Stimmung für ihre Schlachten um die Herrschaft in der Welt sorgen.

„Groß-Israel" – Zwanzigjahresplan zur Annexion der besetzten Gebiete

Der jetzige Landwirtschaftsminister des Zionistenstaates Israel, als Haudegen von den Zionisten gefeierter Offizier aus dem Suez-Krieg, legte Anfang September einen detaillierten „Besiedlungs-Plan" zur Annexion der 1967 besetzten Gebiete Syriens, Jordaniens und Ägyptens vor.

Von Springers „Welt" wurde das Projekt groß annonciert als „Sharons Vision von einem Groß-Israel". Nach diesem Plan sollen innerhalb von 20 Jahren 2 Millionen Israelis in einem „neuen Gürtel" von „israelischen Dörfern und Städten" von den Golanhöhen im Norden bis Scharm el Scheich im Süden „angesiedelt" werden – etwa 10 000 Palästinenser sollen jährlich vertrieben werden.

Auf ihrer Konferenz in Kairo haben die arabischen Staaten beschlossen, die aggressive Besatzerpolitik des Zionistenregimes in der UNO-Vollversammlung zu verurteilen, um den Kampf des palästinensischen Volkes zu unterstützen.

Papstrücktritt ausgeschlossen

Mit der Gottesfürchtigkeit des Papstes scheint es nicht weit her zu sein. Hat er doch tatsächlich die Absicht gehegt, in Pension zu gehen – dieser Ketzer. Hat doch Christus Petrus damals diese Mission selbst übergeben, aus erster Hand also. Aber der Vatikan hat Papst Paul VI. noch rechtzeitig vor seinem 80. Geburtstag zur Raison gerufen: „Das Amt Petri kann nicht mit der Präsidentschaft einer Republik oder einem Managermandat verwechselt werden." Schließlich ist es doch einzigartig und besteht darin, die Unterwürfigkeit unter die Ausbeuterordnung kraft direkter überirdischer Bevollmächtigung zu predigen. Stets war es üblich gewesen, diese Tätigkeit durchzuhalten, bis man an Herzverfettung oder Verkalkung eingeht. Rücktritt, Pension; das ist bei der Bedeutung dieser Mission aus erster Hand ausgeschlossen. Durchhalten, auch wenn die Zukunft düster ausschaut.

Für Vorsters Manöver ist es zu spät

Interview mit M. Gqobose, ZK-Mitglied des PAC (Pan Africanist Congress) von Azania (Südafrika)

Offen diskutieren die Politiker des BRD-Imperialismus über „Lösungen" gegen den Befreiungskampf der Völker in Azania, Namibia und Zimbabwe. Während die Sozialdemokraten und freien Demokraten in der Regierung diese Kolonialistenregimes mit Waffen ausrüsten, haben die CDU-Politiker den Völkern des südlichen Afrika das allgemeine und gleiche Wahlrecht abgesprochen. Waffenlieferungen und politische Drohungen waren stets nur die Vorboten von militärischen Interventionen der Imperialisten. Um dagegen das Bündnis der westdeutschen Arbeiterklasse und des Volkes mit dem Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes von Azania zu festigen, führt der KBW vom 19. September bis 1. Oktober eine Rundreise durch mit einer Delegation des Pan Africanist Congress of Azania mit dem Genossen Edwin L. Makoti, verantwortlich für Propaganda, Information und politische Erziehung und Mitglied des Zentralkomitees des PAC, und dem Genossen Winston Mvusi, Hauptrepräsentant des PAC in London. Im folgenden Interview nimmt der Genosse Mfanasekaya Gqobose, Mitglied des ZK des PAC, Stellung zu verschiedenen aktuellen Fragen des Kampfes des Volkes von Azania.

KVZ: Vor etwa 2 Wochen ging eine machtvolle Streikaktion unter Führung des Schülerrats von Soweto zu Ende. Was waren die Forderungen?

denen aktuellen Fragen des Kampfes des Volkes von Azania.

KVZ: Vor etwa 2 Wochen ging eine machtvolle Streikaktion unter Führung des Schülerrats von Soweto zu Ende. Was waren die Forderungen?

„Die Forderungen, die in der Aktion durch den Schülerrat erhoben wurden, sind fester Bestandteil der Forderungen des Volkes für die nationale Befreiung. Sie konzentrierten sich auf 2 Aspekte, auf die Abschaffung der Bantu-Erziehung, einer sehr wichtigen Forderung des afrikanischen Volkes, weil es eine gute und keine schlechte minderwertige Ausbildung will. Die anderen Forderungen konzentrierten sich auf Rechte, über das eigene Leben in den Bereichen, wo die Massen leben, also z.B. in Soweto, selber bestimmen zu können – z.B. über die Wohnsituation, die Steuern usw. Diese Forderungen sind politische Forderungen. Sie werden auf nationaler Ebene erhoben.

Die Arbeiter organisieren Streiks wie z.B. bei Volkswagen, damit die Ausbeuter ihren Profit nicht machen können. In den Bantustans kämpfen die Bauern gegen die reaktionären Marionetten, die Häuptlinge. Sie fordern mehr Land. Die Bantustans sind klein und wirtschaftlich nicht lebensfähig."

KVZ: Vorster hat eine Verfassungsreform angekündigt mit dem Ziel, die sogenannten „Farbigen" und „Inder" von den „Schwarzen" abzuspalten.

„Vorster wird keinen Erfolg haben. Nach der Einteilung des Rassistenregimes gibt es in unserem Land drei bzw. 4 ‚Rassen'-gruppen, die Afrikaner, die sogenannten ‚Farbigen' und

sogenannten „Farbigen" und „Inder" von den „Schwarzen" abzuspalten.

„Vorster wird keinen Erfolg haben. Nach der Einteilung des Rassistenregimes gibt es in unserem Land drei bzw. 4 ‚Rassen'-gruppen, die Afrikaner, die sogenannten ‚Farbigen' und

‚Inder' und die Weißen. Wirtschaftlich, nach der Lohnstruktur erhält ein Afrikaner z.B. am wenigsten, ‚Farbige' ein wenig mehr und ‚Inder' wieder etwas mehr, den größten Teil erhalten die wenigen ‚Weißen'.

Politisch entscheiden heißt, das Recht auf Selbstbestimmung haben. Aber außer den Weißen hat keine Gruppe politische Rechte. Die sogenannten ‚Farbigen' und ‚Inder' haben im Parlament der Weißen kein Stimmrecht, sie können bloß ‚beratende' Institutionen bilden. Sie bestimmen deshalb in keiner Weise über ihr eigenes Schicksal. Und im täglichen sozialen Leben sieht es nicht anders aus. Die sogenannten ‚Farbigen' und ‚Inder' müssen in den gleichen miserablen Behausungen leben wie Afrikaner und werden genauso in Townships gesperrt. Die rassistischen Gesetze treffen sie gleichermaßen. Sie können auch ihr Privatleben nicht bestimmen. Kein sogenannter ‚Farbiger' darf eine ‚Inderin' heiraten.

Wirtschaftlich sind sie ausgebeutet, politisch rechtlos und gesellschaftlich in der gleichen Lage wie die Afrikaner.

Das sind die objektiven Bedingungen, die die Menschen, die als ‚Farbige' oder ‚Inder' eingestuft werden, längst haben begreifen lassen, daß sie trotz irgendwelcher ‚Scheinrechte' genauso unterdrückt sind wie die Afrikaner, daß die Aufspaltung durch das Rassistenregime nicht den wahren Verhält-

gen, die die Menschen, die als ‚Farbige' oder ‚Inder' eingestuft werden, längst haben begreifen lassen, daß sie trotz irgendwelcher ‚Scheinrechte' genauso unterdrückt sind wie die Afrikaner, daß die Aufspaltung durch das Rassistenregime nicht den wahren Verhält-

nissen entspricht. Sie haben selber erkannt, daß sie getäuscht und betrogen werden und festigen ihre Solidarität. Sie kämpfen alle Seite an Seite gegen das von den Imperialisten gestützte Rassistenregime. Ihre Erfahrung hat sie gelehrt, daß die einzige Lösung der Zusammenschluß aller Afrikaner, unabhängig von der Hautfarbe ist und daß sie gemeinsam die wirkliche Freiheit erkämpfen müssen.

Deshalb ist es für Vorster, wenn er 1977 den sogenannten ‚Farbigen' und ‚Indern' mit dem, was er ‚plurale Demokratie' nennt, einige Rechte geben will, die er den Afrikanern vorenthält, zu spät. Es kann in diesem Land keine Lösung geben über die Afrikaner hinweg. Deshalb lehnen die sogenannten ‚Farbigen' und ‚Inder' jetzt schon das Manöver Vorsters ab."

KVZ: Die westdeutschen Imperialisten erklären frech, ihre blutige Ausbeutung des Landes und der Arbeiter Azanias sei in deren Interesse. Sie beanspruchen, über das Schicksal des Volkes von Azania zu entscheiden und wollen unter der Losung „friedlicher Übergang" den Befreiungskampf unterdrücken.

„Es ist eine Unverschämtheit, wenn die westdeutschen Imperialisten behaupten, die Investitionen dienen den afrikanischen Massen. Gerade wegen dieser Investitionen werden sie seit langem unterdrückt und das afrikanische Volk kämpft jetzt nicht, weil diese

„Es ist eine Unverschämtheit, wenn die westdeutschen Imperialisten behaupten, die Investitionen dienen den afrikanischen Massen. Gerade wegen dieser Investitionen werden sie seit langem unterdrückt und das afrikanische Volk kämpft jetzt nicht, weil diese

Investitionen ihm genutzt haben, sondern weil sie es ausplündern.

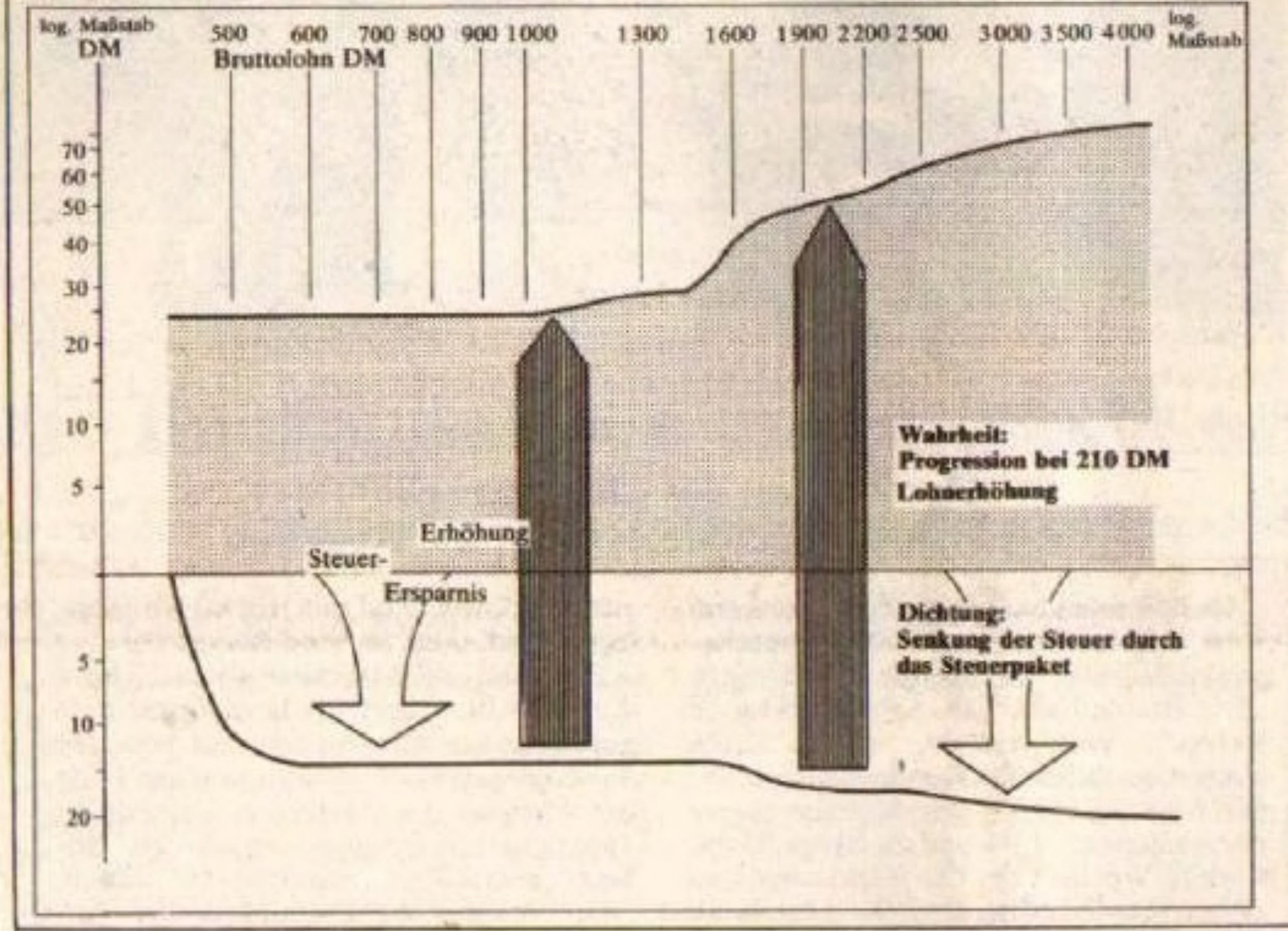
Die Profite, Ergebnis der Ausbeutung unseres Volkes, sollen weiter aus unserem Land strömen. Erreichen wollen sie das durch die ‚Verhandlungsregelung', die ‚friedliche Regelung'. Der bewaffnete Kampf soll verhindert werden. Die Investitionen sind somit eine Waffe gegen die Interessen der afrikanischen Massen, die große Mehrheit. Die Investitionen beuten die Massen nicht nur aus, sie stärken das Rassistenregime auch gewaltig, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch. Es kann Waffenfabriken errichten, Munitionsfabriken und auch Atomwaffen selber herstellen. Deutsche Wissenschaftler haben ihm seit 1956/57 geholfen, Atomwaffen zu entwickeln.

Was die Anmaßung betrifft, sie müßten das Schicksal des Volkes von Azania entscheiden, so kann das Schicksal eines Volkes nicht durch fremde Mächte, durch die USA-, britischen oder westdeutschen Imperialisten bestimmt werden. Die sogenannte ‚friedliche' Lösung ist eine Totgeburt. Das Volk lehnt sie ab. Es will über sein Schicksal selber bestimmen. Deswegen haben die Völker im südlichen Afrika, in Namibia, Zimbabwe und Azania beschlossen, den bewaffneten Kampf aufzunehmen und jede von außen aufgezwungene Lösung zum Scheitern zu bringen."

Fortsetzung auf Seite 2

Steuerbetrug der Finanzbourgeois: In Wahrheit noch mehr Lohnsteuerbeute

Am Mittwoch dieser Woche will die Bundesregierung ihr neuestes Steuerpaket amtlich beschließen: Erhöhung des Grundfreibetrages um 510 bzw. 1020 DM (Ledige bzw. Verheiratete) im Jahr und Erhöhung des Freibetrages für Weihnachtsgeld von 100 DM auf 400 DM. Rein rechnerisch ergibt sich dadurch eine Verminderung der Lohnsteuer um etwa 13,75 DM im Monat. In Wahrheit wird davon niemand etwas sehen, weil die Steuerprogression bereits bei einer Erhöhung des Geldbetrages des Bruttolohnes um rund 67 DM diese Ersparnis vollständig wegfrißt, ehe sie jemals ausgezahlt wurde.



Das Schaubild zeigt die *Veränderung* gegenüber der jetzigen Besteuerung bei einer Lohnerhöhung von 210 DM und Lohnsteuerklasse IV, 2 Kinder. Nach unten ist die Steuerpaket-Ersparnis für jeden Lohn aufgetragen, nach oben die tatsächliche Steuer*erhöhung*, die zusätzliche Steuer bei einer Lohnerhöhung von 210 DM.

Der Traum der Finanzbourgeoisie ist natürlich die Senkung des Reallohnes und die Erhöhung der Steuerbeute. Alle Wirkungen der Spaltung und Beutelschneiderei der Lohnsteuer werden – wie die obere Kurve zeigt – erhalten. Der Betrug soll der „Entlastung der Lohnpolitik" dienen, das Ergebnis die Beutel der Kapitalisten füllen. Ab 1.9. rückwirkend sollen Investitionszuschüsse durch degressive Abschreibung und 15 % Zuschuß für Forschungsinvestitionen gezahlt werden.

Der KBW fordert: 1500 DM steuerfrei. Bereits eine Reihe von gewerkschaftlichen Körperschaften erheben diese Forderung ebenfalls.

Die Front gegen das Ehrenberg-Modell wird aufgebaut

Assistenzärzte kämpfen für die 40-Stunden-Woche / Pflegepersonal läßt sich nicht zu Vollstreckern der „Kostendämpfungsmedizin" machen

Westberlin. Knapp 20 000 stationäre Patienten gab es 1973 im Klinikum Steglitz, dieses Jahr werden es über 27 000 sein. Das ist wesentlich mehr als ein linearer Zuwachs aufgrund neueröffneter Betten. Die Liegezeiten wurden von 15,5 auf 13,8 Tage gedrückt. Diese Zahlen zeigen, wie die in den letzten Jahren von Bundesregierung und Senat betriebene kapitalistische Rationalisierung im Gesundheitswesen bereits gegriffen hat. Für die Belegschaften, auch im Klinikum, sind Mehrarbeit und Überstunden rausgekommen, für die Kranken eine schlechtere Versorgung. Bei den Alten steht immer häufiger ein schlichtes „extern verlegt" in der Akte. „Abgeschoben zum Sterben ins Hospital" ist die eigentliche Bedeutung dieses Ausdrucks. Andere alte Patienten, die zum Beispiel wegen einer Platzwunde eingeliefert wurden, (im Altenheim aus dem Bett gefallen), kriegen ein Pflaster und werden sofort zurückgeschickt, obwohl Verdacht auf weitergehende Erkrankung besteht.

Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz sieht vor, daß „zu teure" Medikamente gar nicht oder nur noch in ganz beschränkten Fällen verwendet werden dürfen. Über den genauen Listen brüten Ehrenbergs Experten wohl noch. In Steglitz jedenfalls geht man ran an die Kostendämpfung und so beschloß die Arzneimittelkommission des Klinikums unter Vorsitz des Prof. Kewitz, daß jede Verwendung von Humanalbumin (ein besonders teures Mittel) mit Name des Arztes, des Patienten und Begründung der Notwendigkeit in ein Buch einzutragen sei, um den Verbrauch zu senken. Die Beschäftigen haben sich allerdings nicht hindern lassen, das Mittel einzusetzen, wenn sie es für erforderlich halten.

Seit langem gibt es schon Kampf gegen die Arbeitsbedingungen der Anästhesisten. Ihr Arbeitsplan ist so knapp kalkuliert, daß in der Urlaubszeit, aber auch sonst, oft nicht für alle geplanten Operationen ein Anästhesist gestellt werden kann, so daß oft Patienten zum festgelegten Datum nicht operiert werden können. Der Patient ist bereits aufgenommen, weil ein Bett frei war, das Operationsteam ist vorhanden, der OP-Saal ist frei, aber der Anästhesist fehlt. Oft geht es soweit, daß man sich erst morgens entscheidet, nachdem der Patient körperlich und seelisch auf die Operation vorbereitet ist, daß er nicht operiert werden kann. Noch schlimmer ist es, wenn er nachmittags, wenn er einen halben Tag gehungert hat und aufgeregt ist, erfährt, daß er nicht mehr drankommt, weil andere Operationen unerwartet lange gedauert haben und die Anästhesisten es ablehnen, bis nachmittags oder abends Narkose bei nicht lebensnotwendigen Operationen zu machen.

Für die Schwestern und Pfleger auf den Stationen bedeutet es erhebliche Mehrarbeit, wenn ein Patient kurzfristig am Operationstag abgesetzt und auf den nächsten Tag verschoben wird, da der Patient vor einer Operation erneut vorbereitet werden muß.

Ausgehend von dieser Situation üben die Chefärzte Druck auf die Anästhesie-Assistenten aus, weil diese geschlossen dafür eintreten, daß nach 14 Uhr keine langen Operationen mehr angefangen werden, da ihr Arbeitstag auch noch die Beschäftigung mit den Patienten des nächsten Tages vorsieht, was noch ein bis zwei Stunden in Anspruch nimmt. Die Anästhesisten wehren sich so gegen den Verschleiß ihrer Arbeitskraft und schützen gleichzeitig die Patienten, denn es ist klar, daß bei müden und abgearbeiteten OP-Teams leichter Fehler passieren. Sie dringen daher darauf, daß ab 14 Uhr nicht lebensnotwendige Operationen auf den nächsten Tag verschoben werden. Versucht wird, dar-

Fortsetzung auf Seite 2

Die Verzögerung der Zukunftsinvestitionen: keine Folge der Bürokratie

Der Haifischmagen der Finanzbourgeoisie will ganz andere Brocken

Am 23. März hat die Bundesregierung das „Programm für Zukunftsinvestitionen" beschlossen. Nach dem zweiten Zwischenbericht der Regierung über den Stand der Abwicklung, des „ZIP", wie die Bourgeoisie dieses Programm abkürzt, resümiert das „Handelsblatt" am 11. August: „Schlechter Start des Vorsorgeprogramms" – „Auftragsvergabe bleibt hinter dem Ziel zurück". Das Ziel, in diesem Jahr 3,5 bis 4 Mrd. DM des 16-Mrd.-Programms auftragswirksam zu vergeben, „scheint mittlerweile unerreichbar". Knapp drei Wochen später ist das Programm voll im Gange: „Konjunkturprogramm fließt planmäßig ab" – „Schon Volumen von 3,5 Mrd. ausgegeben", schreibt dasselbe Blatt am 6. September.

Hinderungsgründe waren uns in den vergangenen Wochen viele vorgelegt worden und sie klangen auch gar nicht unplausibel: langwierige Genehmigungsverfahren und Abstimmungsprobleme der verschiedenen Ebenen des bürgerlichen Staates, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, denn das Programm sieht die Förderung von ganz bestimmten Projekten vor. Darüberhinaus würden zahlreiche Bauvorhaben durch Bürgerinitiativen verhindert. Der Finanzplanungsrat der Finanzminister der Länder hat festgestellt: Von 14 Mrd. DM der Sonderprogramme der letzten Jahre sind erst 8 Mrd. „abgeflossen". „Ergebnis der zunehmenden Demokratisierung von Planungsprozessen." Im Bereich von Kohle und Kernkraftwerken, sowie im Straßenbau lägen 30 bis 36 Mrd. DM „brach", so der Vorsitzende dieses Rates, Finanzminister von Nordrhein-Westfalen Gaddum, noch am 5. September in einem Gespräch mit dem „Handelsblatt". Zeitel, Bundestagsabgeordneter der CDU, fordert: „Einspruchsmöglichkeiten gegen Investitionsprojekte auf das Maß zu reduzieren, das auch in den 60er Jahren gang und gäbe gewesen sei." (FAZ, 3. Sept. 77)

Wie kommt es nun, daß von 10 000 bei den verschiedenen Bundesministerien eingegangenen Projektvorschlägen jetzt plötzlich 6 000 auftragsreif geworden sind? Das liegt daran, daß jetzt die Abschreibungsmöglichkeiten für die Kapitalisten um das zweieinhalbfache erhöht wurden, und zwar, was wichtig ist, rückwirkend ab 1. Juli.

Das ZIP der Bundesregierung, zwar lauthals zur Rettung der nationalen Wirtschaft gefordert von der Finanzbourgeoisie und von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern bereitwillig aufgeschlabbert und ausgegeben als Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen, wurde von den Kapitalisten nicht angenommen, bis allgemeine Erleichterungen für alle Kapitalisten damit erpreßt waren. Die Rolle des Zukunftsinvestitionsprogramms wird nunmehr als Initialzündung für die Wirtschaft bezeichnet, relativiert und abgeschwächt, denn, so sagt der bayrische Finanzminister Streibl, die Öffentliche Hand ist ja nur mit etwa 15 Prozent an den Gesamtinvestitionen beteiligt. „Der große Konjunkturpush kann gar nicht aus unseren Haushalten kommen", bekräftigt Gaddum.

Von bürokratischen Schwierigkeiten ist nicht mehr die Rede, sondern in demagogischer Weise soll das Programm erweitert werden. Angeblich als Zugeständnis an die „Steuerrebellen": Bonn diskutiert jetzt Sonderabschreibungen für Umweltschutz, für betriebliche Sozialinvestitionen wie Kantinen und Kindergärten. Schon lange vor den Sommerferien hatte der Arbeitgeberverband gefordert, durch Förderungsmittel – etwa dem Programm der Altbausanierung entsprechend – sollten Mittel den Betrieben zur Verfügung gestellt werden, um innerhalb der Betriebe in allen Bereichen Modernisierungen durchzuführen, nicht nur im Baubereich. Vorwand: Kantine und Kindergarten für die Modernisierung der Zwangsanstalten für die Lohnarbeiter.

Damit hat die Bourgeoisie diesen Tagesordnungspunkt abgehakt und ist zu „Wichtigerem" übergegangen: Poullain verhöhnt die Massen, nachdem die Abwicklung des ZIP derart gesichert ist durch die jüngsten Maßnahmen der Bundesregierung: „Die Konjunkturspritzen sind ein Griff in die Mottenkiste, die Löhne sind wichtiger . . . Ich halte die kommenden Tarifabschlüsse für ganz entscheidend: sie müssen endlich die Wende bringen", verlangt der Chef der Westdeutschen Landesbank im „Handelsblatt" vom 7. September. Am selben Tag gibt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung die Marge an: „Löhne 1978 nicht über 3,5%" – die Lohnpolitik entscheide über die Konjunktur, zumal die Verschuldung des Staates Grenzen habe, weil sie den erforderlichen Rückgang der Zinsen bremse; so interpretiert das Forscherpack die Tatsache, daß die Gier nach Höchstprofit nur durch die schrankenlose Ausbeutung der Lohnarbeiter befriedigt werden kann. Für den Haifischmagen der westdeutschen Imperialisten ist das ZIP ein kleiner, aber notwendiger Happen zur planmäßigen Organisierung und Finanzierung ihrer Kriegsvorbereitungen. – (N-Red.)

Beförderungskarussell

Rebmann ist im Amt. Minister Friderichs wechselt den Beruf. Der Feinsinnige hat im Fernsehen bemerkt, der Zeitpunkt dieses Berufswechsels sei „von der Gegenseite festgelegt" worden. Friderichs Nachfolger wird der Graf sowieso. Die Lücke, die das Verbleichen von Herrn Ponto gerissen hat, ist geschlossen.

Wenn es bei Schleyer eine Lücke gibt, mag sein oder auch nicht, so wird das Beförderungskarussell sich eben noch um einige Touren rascher drehen.

Fühlt sich die RAF wirklich berufen, das Problem der auf die guten Posten heißhungrigen Bourgeoisnachwüchsler zu regeln? Ein Interesse des proletarischen Klassenkampfes ist das nicht. Vom Ergebnis her langweilig.

gebnis her langweilig.

Die RAF hat Gefangene zu beklagen. Es soll etwas zu ihrer Befreiung geschehen.

Wenn die eingeschlagene Taktik weiterverfolgt wird, so wird es bleiben wie bisher. Es wird mehr Gefangene geben. So ist das seit Jahren. Schleyer, der so oft Millionen zum Gegenstand seiner Verhandlungswillkür gemacht hat, ist jetzt selber Verhandlungsobjekt. Das freut so manchen.

Aber Genugtuung für die vielen Unternehmungen gegen die Arbeiterklasse, die Schleyer auf dem Gewissen hat, ist etwas anderes.

Diejenigen, die beim Schuß auf Buback noch „klammheimliche Freude" verspürten, haben inzwischen klamme Wäsche.

Gefangene, die die Bourgeoisie macht, müssen freigebracht werden. Aber doch so, daß brutto/netto was dabei herauskommt. Wenn mehr Gefangene dabei herauskommen, so ist nach einer gewissen Zeit die Taktik indiskutabel.

Was soll man da noch groß Worte verlieren?

Interview mit M. Gqobose

KVZ: Was sind die wichtigsten Aufgaben, vor denen das Volk von Azania und der PAC jetzt stehen und wie können wir die Lösung dieser Aufgaben unterstützen?

„Der Kampf in unserem Land für die Befreiung ist dem Wesen nach ein nationaler Befreiungskampf, der Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung des Volkes von Azania, weil wir als Nation unterdrückt sind durch das vom Imperialismus gestützte Minderheitenregime der Siedler.

Der PAC ist deshalb eine nationale Befreiungsbewegung. Wenn wir im Ausland Unterstützung für unseren Kampf zu gewinnen suchen, so muß

Ausland Unterstützung für unseren Kampf zu gewinnen suchen, so muß

das Proletariat der Welt im Rahmen des proletarischen Internationalismus auf der Grundlage der nationalen Frage uns unterstützen im Kampf für das Recht, unser Land zurückzugewinnen und unser Schicksal selber zu bestimmen.

Wir befinden uns in der Phase der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes. Der PAC hat sich die politische Machtergreifung durch den bewaffneten Befreiungskampf zur Aufgabe gemacht.

Auf dieser Grundlage führen wir auch verschiedene Projekte durch, für die wir Unterstützung brauchen, z.B. für Transportmittel, Kleidung, Nahrungsmittel usw. Dem KBW haben wir ein Projekt für die Errichtung einer Schule zur politischen Erziehung vorgelegt, die im Zusammenhang mit anderer Ausbildung durchgeführt wird." (8.9.77)

ZIP: Kriegsvorbereitung – größter Posten im Ressort Leber

Festgelegt hat die Bourgeoisie die Aufgliederung in ganz bestimmte Einzelmaßnahmen. Maßnahmen, die das Land auf den Krieg vorbereiten, Grundlage für die weitere Kriegsrüstung. Offen werden alle Projekte der Verkehrssicherheit, -infrastruktur, Nachrichtentechnik vom Bundesministerium für Verteidigung abgewickelt: Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge und „Bahnbereich" insgesamt, Bau von Ortsumgehungen und Autobahnanbindungen sowie hervorragende Einzelprojekte – Emsumleitung/Dollarthafen. Zusammen 24 % – 3,3 Mrd. DM. 280 Mio. DM für den Ausbau des Hafens an der Emsmündung zum Kriegshafen. „Emden dreht den Erdgashahn auf." (Frankfurter Allgemeine, 9.9.) 20 Mrd. Kubikmeter Gas jährlich, diese Anlage muß entsprechend „geschützt" werden.

Das Bundesinnenministerium hat den zweitgrößten Posten übernommen: 19 %, rund 2,4 Mrd. DM. Davon werden 2 Mrd. DM in das Rhein/Bodenseeprojekt (Abwasserbeseitigung) gesteckt und für Trinkwasser-Notversorgung. Die „Beseitigung" des Raubbaus an den natürlichen Ressourcen, den die Kapitalisten rücksichtslos betreiben, kommt die Arbeiterklasse – die, getrennt von den Produktionsmitteln, die Produktion nach den Anweisungen der Kapitalisten betreiben muß – auf vielfache Weise teuer zu stehen. Kein Wunder, daß die bürgerliche Planung nur noch im direkten Kampf gegen die Volkmassen durchgesetzt werden kann. Aus Erfahrung wachsam und mißtrauisch, verfestigt sich die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Planungen des bürgerlichen Staates zum Volksvorurteil. Die „ruhigen" sechziger Jahre, die sich Zeitel von der CDU zurückwünscht, wird es nicht mehr zurückgeben. – (N-Red)

Das Bundesinnenministerium hat den es nicht mehr zurückgeben. – (N-Red)

Kundgebung der Bürgerinitiative Umweltschutz in Wilhelmshaven gegen die Ansiedlung eines PVC-Werkes des britischen Chemiekonzerns ICI. Das „Land" bringt 70 Mio. DM für Infrastrukturmaßnahmen auf.

Der Zins an der „Reizschwelle": die Finanzbourgeoisie betreibt die Reaktion

Der Vorstandssprecher der Commerzbank, Robert Dhom, hat sich bei Bundesbankpräsident Emminger beschwert. „Die Bundesbank hält die Liquidität zu knapp." Wohlgemerkt, diese Kritik kommt, nachdem die Bundesbank gerade durch eine Senkung der Mindestreserve der Banken um 10% und die Möglichkeit, weitere Wechsel bei der Bundesbank zu ziehen (Rediskontierung), die Liquidität, die verfügbare Geldmenge der Banken drastisch erhöht hat.

Die Überakkumulation von Kapital hat die Zinsen nach unten getrieben: Von 9,53% für inländische Anleihen bzw. 10,10% für Auslandsanleihen im Dezember 1974 auf 5,82% bzw. 6,56% am 2. September 1977. (Die Welt, 5.9.77) Die „Reizschwelle" ist unterschritten. Das macht die Finanzbourgeoisie aggressiv.

Sie hat die Zinsen kurzfristig weiter nach unten getrieben, um den internationalen Kapitalmarkt zu überschwemmen. Das kann man auch an den relativ höheren Zinsen für Auslandsanleihen sehen. Die Kreditvergabe ins Ausland stieg von 1,405 Milliarden Mark im ersten Vierteljahr 1977 auf 4,37 Milliarden Mark im zweiten Vierteljahr 1977. Im zweiten Vierteljahr 1976 hatte sie „nur" 1,757 Milliarden Mark betragen.

Die Finanzbourgeoisie kann den Hals nicht voll genug kriegen. Eigentlich ist viel zu viel Geldkapital da, die „mangelnde Investitionsneigung" der Kapitalisten wird allenthalben beklagt. Während niedrige Zinsen die Expansion gegenüber den Konkurrenten auf den internationalen Kreditmärkten erleichtern und die BRD-Imperialisten so vorankommen können in der Verwandlung des Rests der Welt in ihre Schuldner, reicht ihnen der Zins nicht aus, um das Kapital mit Höchstprofit anlegen zu können. Sie fordert deshalb eine Ausdehnung der Staatsausgaben, die über Anleihen finanziert werden soll, die eine gute Rendite versprechen und von den Volksmassen über Steuern und mit Hilfe des Ausbaus des staatlichen Unterdrükkungsapparats eingetrieben werden. Robert Dhom läßt im „Handelsblatt" wissen, „die Finanzierung konjunktureller Ankurbelungsprogramme in der Größenordnung von 10 bis 20 Milliarden Mark stelle für den Bankenapparat sowohl kurz- als auch langfristig kein Problem dar."

37 Milliarden Mark betrugen Ende 1976 die Schulden der Länder der Dritten Welt an den BRD-Imperialismus, die der Comecon-Länder 18,5 Milliarden Mark (ohne DDR), wie die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU antwortete. (Süddeutsche Zeitung, 9.9.77) Die Union heuchelt „große Sorgen über die wachsende Verschuldung dieser Staatengruppe". Die Sorge gilt nicht der Verschuldung, sondern der Eintreibung der Zinsen. Der CDU-Abgeordnete Sprung begrüßt es deshalb, „daß auch die Bundesregierung die Forderung nach einer internationalen Evidenzzentrale auf EG- oder OECD-Ebene unterstützt."

Sie soll die Schulden „aktuell registrieren", sprich, den Schuldnerländern den Gerichtsvollzieher ins Haus schicken, ohne daß die BRD-Imperialisten sich dabei die Finger schmutzig machen müssen. Daß sie, wo sie die Masse der Kredite und des Zinstributs erhöhen können, hernach auch den Zinssatz in die Höhe treiben, dafür ist die Differenz zwischen Zins für Auslandskredite und Inlandskredite Beweis genug. – (Z-Red.)

Die Front gegen das Ehrenberg-Modell

Fortsetzung von Seite 1

aus einen Ärztestreit „Chirurgen gegen Anästhesisten" zu machen. Das ist falsch. Real sieht es so aus, daß von Seiten der Chefärzte der operierenden Fächer, vor allem von Prof. Rudolf Häring, die größte Hetze gegen die Anästhesisten entfaltet wird. Die Chefärzte der operativen Abteilungen rotten sich jetzt zusammen, um gegen die Anästhesisten vorzugehen. Wie man hört, soll der ärztliche Leiter des Klinikums, Prof. Hildebrandt, gesagt haben, er hätte zur Zeit nichts in der Hand. Die Sache sei schon beim Senat gewesen und er sähe keine Möglichkeit, die Anästhestisten zu Überstunden zu zwingen. Man solle das Verhalten der einzelnen Kollegen genau beobachten und Dienstvergehen melden („Der Sowieso hat wieder Kaffee getrunken und deshalb konnten wir nicht operieren . . ."). Häring als Chef hat natürlich Interesse daran, daß unter den Beschäftigten kein Widerstand gegen die Arbeitsbedingungen aufkommt. Er bekämpft, daß Assistenzärzte für die Einhaltung der 40-Stunden-Woche und gegen den zunehmenden Verschleiß ihrer Arbeitskraft eintreten. Daher erklärt er täglich, daß die Anästhesisten faul seien und nur noch in gewerkschaftlichen Kategorien denken könnten. Häring meint, daß man als Arzt bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehen müsse, man hätte kein Recht, die 40-Stunden-Woche zu fordern. Die widerstandslose Leistung von Überstunden wird gefordert.

So sieht das aus, die Ärzte sollen kein Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß haben, um als Einzelne jederzeit zu Mehrarbeit und Überstundenleistung erpressbar zu sein. Denn je mehr Patienten am Tag operiert werden, um so höher ist der Durchlauf, um so geringer die Liegezeit, um so „gedämpfter" die Kosten.

Im „Schrittmacher", der Betriebszeitung der KBW-Zelle im Klinikum Steglitz, wurden diese Antreiberei und Unterdrückung und die Spaltung der Assistenzärzte zusammen mit Enthüllungen über den Zweck des Ehrenbergschen Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes angegriffen. Der Artikel schlug ein wie eine Bombe, er wurde im ganzen OP-Bereich diskutiert und war an vielen Stellen ausgehängt. Viele Kollegen fotokopierten sich noch nachträglich die Artikel. Chefarzt Häring tobte, mußte er doch sehen, daß der Zusammenschluß der Kollegen voranschreitet. Ergebnis einer Diskussion über den Artikel beim Operieren war, daß das Pflegepersonal die Schließung eines septischen OP-Saales für „saubere" Operationen gegen den Willen des Chefarztes erzwang. Sie waren nicht bereit, sich zu „Vollstreckern" einer „Kostendämpfungsmedizin" machen zu lassen. Auch die 14 Uhr-Front gegen die Überstunden wird gehalten. – (Zelle Klinikum Steglitz/ Westberlin)

Modellcharakter?

„Schnell und unkompliziert. Die erste Scheidung nach dem seit dem 1. Juli gültigen neuen Eherecht." Großaufgemachte Nachricht des „Hamburger Abendblattes" am 8.9. „Das Ehepaar Kühn hat Anfang Juli endgültig festgestellt, daß die Ehe nicht mehr zu retten war. Die Lösung war einfacher als gedacht. Jeder nahm sich einen Anwalt, die Parteien bereiteten die Auseinandersetzung gründlich vor und hielten sich standhaft an den Grundsatz: Nur in friedlichem Einvernehmen ist eine Scheidung zu beschleunigen . . . Auch ohne Beweisführung konnte Richter Dr. Jan Braden feststellen, daß ein Weiterführen der zerrütteten Ehe eine unzumutbare Härte sein würde. Auf die gesetzliche Voraussetzung für die Scheidung, daß die Partner ein Jahr getrennt leben müssen, hat der Richter verzichtet."

So funktioniert natürlich nicht das neue Ehegesetz, so funktioniert nur die Taktik der Bourgeoisie, dieses Zwangsgesetz verdaulich zu machen. So war schon die Taktik der Durchsetzung des verschärften Zwangsparagraphen 218: Erstmal liberale Anwendung, um den Kampf gegen den § 218 zu zersetzen und um das Mißtrauen gegen die polizeiliche Bespitzelung in den Beratungsstellen zu besänftigen. Die Volksmassen wollen sich nicht zu Zwangsehen verurteilen lassen, weil gesetzlich festgelegt ist, daß ein Richter nicht zuzugeben hat, daß an Schicht- oder Montagearbeit eine Ehe kaputtgehen kann; weil er nicht zuzugeben hat, daß es oft der niedrige Lohn ist, der Ehekrach verursacht. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen wollen die persönlichen Beziehungen in freier Vereinbarung herstellen. Sie können das, im Gegensatz zur Bourgeoisie, wo Kapital und Erbschaft verheiratet werden und Eheverträge notariell ausgehandelte Kaufverträge sind.

delte Kaufverträge sind.

In alle gesellschaftlichen Beziehungen muß sich die Bourgeoisie aber einmischen, um die Kontrolle und die Unterdrückung der Volksmassen zur Sicherung ihrer Ausbeuterherrschaft zu gewährleisten. Wo die Kapitalistenklasse durch die Verschärfung der Ausbeutung die Reproduktionsbedingungen der Familie zerstört, muß sie ihren Staatsapparat in Gang setzen, um die Familien zwangsweise zusammenzuhalten.

Dann wird gelogen: Das Gesetz sei großartig, ein Fortschritt. Es müßten bloß auch noch die Ehepartner fortschrittlich werden, „die streitenden Parteien und die Anwälte müssen dazulernen, um die Möglichkeiten des Gesetzes mehr und mehr ausnutzen zu können". Im Gesetz steht, was das ist: Der bloße freie Scheidungswille der Ehepartner kann überhaupt kein Scheidungsgrund sein. Eine eingehende Vernehmung beider Parteien ist unerläßlich. Voraussetzung für Scheidung ist, daß die Ehepartner ein Jahr getrennt gelebt haben. Dann muß das Gericht um so sorgfältiger die Voraussetzung der Zerrüttungsvermutung von Amts wegen überprüfen. So kommentiert sinngemäß Dr. Bergerfurth das neue Ehegesetz. Ein anderer Jurist erklärt in der „FAZ" offen, es gehe darum, die Ehe aus einer zivilen Einrichtung zu verwandeln in eine Einrichtung der öffentlichen Ordnung, die Unterhaltsregelungen nach der Scheidung eingefügt in den Rahmen der staatlichen Sozialfürsorge und zwar so, daß diese nicht zu zahlen braucht. (FAZ, 9.9.)

Das neue Eherecht dient der verschärften Unterdrückung der Volksmassen und wird von der Bourgeoisie benutzt, um die Verelendung noch rascher voranzutreiben.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 37/77 Auflage: 32 000

UN-Wüstenkonferenz: Fortschritte im Kampf um die Beherrschung der Naturkräfte

Hartnäckige Versuche des Imperialismus, die Lebens- und Produktionsbedingungen der Völker zu untergraben (1. Teil)

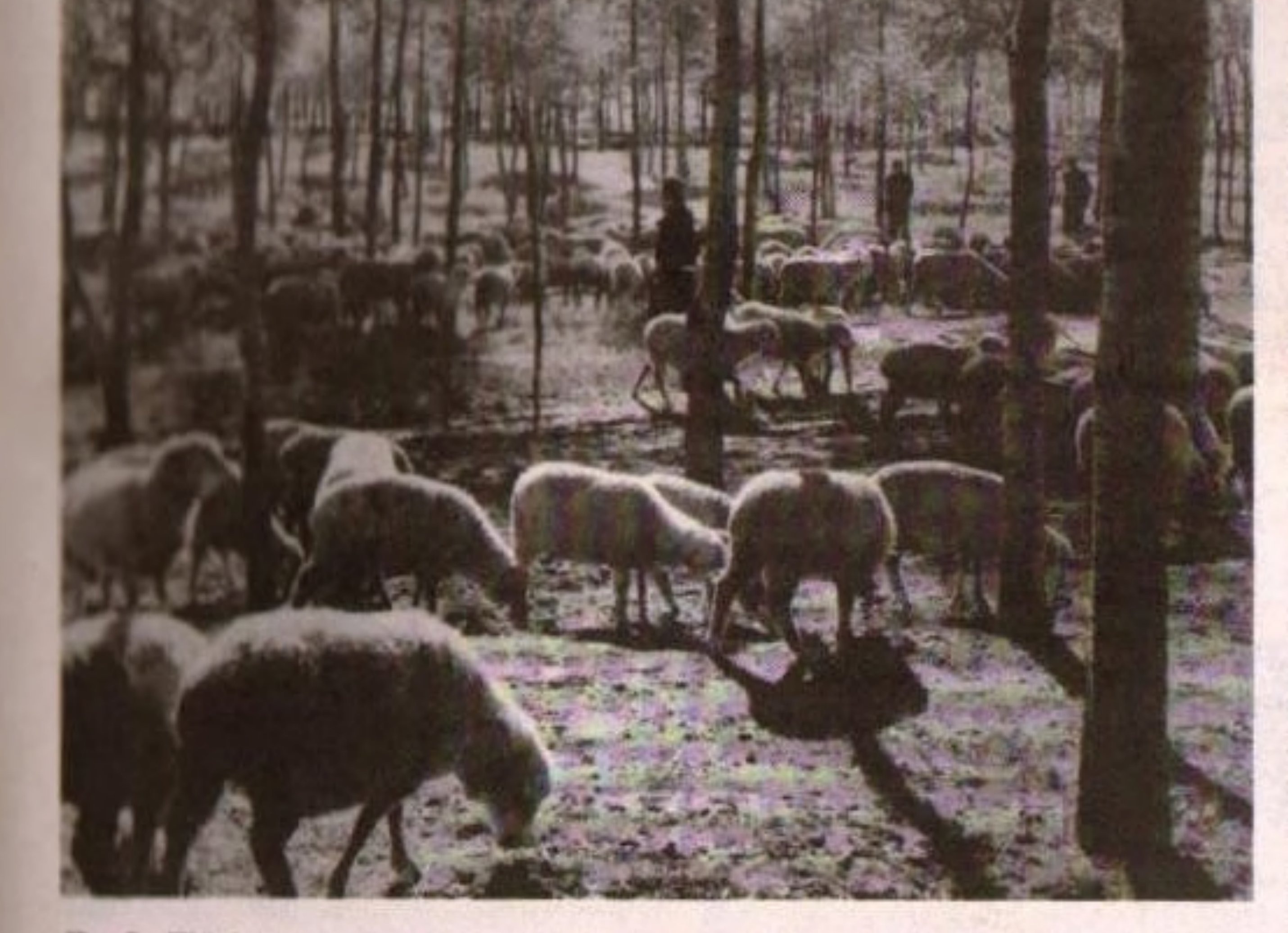
Am 29. August begann in Nairobi mit über 1 500 Delegierten aus 100 Ländern die Wüstenkonferenz der UNO. Ihr direkter Anlaß ist die große Dürrekatastrophe im Sahel-Landschaftsgürtel am Südrand der Sahara (1968-73), in deren Verlauf rund 250 000 Menschen hungers starben, 2 Mio. Viehzüchter bis zu 90 % ihres Viehbestandes verloren, 15 Mio. Bauern nur die Hälfte ihrer normalen Ernten heimbrachten, Hunderttausende ihr Land verlassen mußten. Ihr Ziel ist ein Aktionsplan gegen die „Desertifikation", die fortschreitende Verwüstung: Mehr als ein Drittel der Erdoberfläche ist Wüste, Halbwüste oder Steppe. Hier leben 630 Mio. Menschen, 78 Mio. von ihnen sind durch die Desertifikation direkt bedroht, denn jährlich fallen rund 50 000 Quadratkilometer der Ausdehnung der Wüsten zum Opfer.

Rechtzeitig zur Wüstenkonferenz hat die Bourgeoispresse „das Problem" entdeckt, das sich, so die Zeit vom 26.8., „zu einem Desaster für die Menschheit ausweitet." Sie präsentiert dann auch gleich die „Schuldigen": „Jahr für Jahr ... verwandeln Menschen mehr Landstriche in nutzlose Wüsten und setzten damit ihre Zukunft aufs Spiel. Weil sie das Land durch Überweiden, Überkultivierung oder Abholzen auszehren, breiten sich die Wüsten in Afrika, Asien, Australien und auf den amerikanischen Kontinenten aus." (Die Zeit) Mit anderen Worten: die unterdrückten Völker, die in den Trockengebieten leben, sollen selbst an ihrer und der ganzen Menschheit Bedrohung schuld sein. Was sie durch ihren „Unverstand", mangelnde „ökologische Disziplin" verderben, jahrzehntelang verdorben haben, können, wenn überhaupt, nur die Imperialisten noch in Ordnung bringen, wobei sie sich, wenn nötig, mit Gewalt durchsetzen müssen – darauf laufen all die höchstwissenschaftlichen „Untersuchungen" der Bourgeoisschreiberlinge hinaus: „Der Kampf gegen die Wüsten kann gewonnen werden mit Geld. Reiche Länder wie die USA haben das bewiesen ..." (Süddeutsche Zeitung, 3.9.) „Schonende Bewirtschaftungsmethoden für Trockengebiete sind in Israel, Australien, in der Sowjetunion und in den USA entwickelt worden ... Die Techniken stehen zur Verfügung. In den meisten Fällen fehlt jedoch die politische Entschlossenheit, sie auch einzusetzen." (Die Zeit)

Die Imperialisten haben allen Grund, ihre bezahlten Schreiberlinge mit derlei Lügen vorzuschicken. Sie verwischen ihre Spuren. Gerade die Verwüstung der Sahel-Zone geht einzig und allein auf ihre Konten. Niger, Mali, Obervolta, Mauretanien und der Tschad, die Länder, durch die sich die Sahel-Zone zieht, sind ehemalige französische Kolonien. Die französischen Kolonialisten haben während ihrer Herrschaft die ehemals vielfältige landwirtschaftliche Produktion vernichtet. Sie haben z.B. Mali in einen Baumwoll- und Erdnußlieferanten Frankreichs verwandelt, wobei sie die vorgefundenen Bewässerungssysteme in den Dienst ihrer räuberischen Zwecke stellten, Wälder zwecks Ausdehnung der Anbauflächen für Baumwolle, Erdnüsse, Reis rücksichtslos abholzten und damit einen wesentlichen Schutz vor dem Vordringen der Wüste vernichteten, anderen landwirtschaftlichen Anbauzweigen das Wasser entzogen. Die traditionellen Produkte für die Eigenversorgung, Hirse, Sorghum, Mais, wurden fast ausschließlich nur noch in den Trockengebieten angebaut, infolgedessen ihre Produktion stark sank und Hunger und Elend sich ausbreiteten. Die Profitgier, einzige Triebfeder der Kolonialisten und Imperialisten, verhinderte den Ausbau der Bewässerungssysteme und die planmäßige Bewirtschaftung der Trockengebiete, zwang die malischen Volksmassen, darauf zu verzichten, nach alter Erfahrung Ackerland brachliegen zu lassen bzw. das Land abwechselnd mit unterschiedlichen Feldfrüchten zu bebauen. Gleichzeitig wurden die Weidegebiete der Viehherden ständig eingeschränkt, so daß die Nomaden sich zwangsweise an trockenen und schlechten Weidegründen ansiedeln mußten. Ihre großen Herden verloren schnell an Qualität und schmolzen in Dürrejahren gewaltig zusammen, mit welchen Folgen für die Ernährung der Volksmassen, mag sich jeder ausrechnen.



Wissenschaftler und Kommunebauern studieren gemeinsam Methoden zur Urbarmachung der Wüste in der Inneren Mongolei.



Große Flächen von Sanddünen in der Inneren Mongolei haben sich nach 10 Jahren der Melioration in Forstreviere und Weideplätze verwandelt.

Wo immer die Jagd nach Profit Katastrophen herbeiführt, fehlt es nicht an Versuchen der Imperialisten, sich zum „Retter der Menschheit" aufzuspielen. Mit der „Reduzierung der Viehherden", also der weiteren Vernichtung des Reichtums vieler afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Völker, mit „Geburtenbeschränkung", also der Kontrolle und Bevormundung fremder Völker, mit „Entsendung von Experten", ganzen Heerscharen, die die großen Vorkommen an Bodenschätzen in den Wüstengebieten auskundschaften und verstärkter Ausplünderung den Weg bereiten sollen, versuchen sie, die Völker in den Wüstengebieten ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Doch der Wind bläst ihnen ins Gesicht. Als der Vertreter des israelischen Siedlerregimes in der Rolle eines „Fachmannes auf dem Gebiet des Fruchtbarmachens von Wüsten" auf der Konferenz das große Wort schwingen wollte, verließen die afrikanischen Staaten geschlossen den Saal. Sie bekämpfen die „Experten" der Imperialisten als das, was sie sind: Experten auf dem Gebiet der Räuberei und Plünderei. Der Sprecher der PLO enthüllte die „israelischen Erfolge": Das Zionistenregime schöpft in großem Maßstab Wasser aus dem See Genezareth ab und verwendet die Hälfte des Jordanwassers für seine Bewässerungsmaßnahmen, so daß große Gebiete in Jordanien, Westjordanland, Syrien und dem Libanon austrocknen, weil Wasser fehlt. Imperialistische „Wüstenbekämpfung": Noch größere Verwüstung zum Wohl einer Handvoll profitjagender Schmarotzer, Ausbeuter und Unterdrücker. Ihre längst überfällige Produktionsweise ist nicht nur der Grund dafür, daß die fortschreitende Desertifikation zu einer ernsten Bedrohung der Menschheit geworden ist; sie verhindert zugleich, wie zu zeigen sein wird, wirkliche und dauerhafte Erfolge über die Wüste. Nicht, daß die Völker der Welt keine Fortschritte im Kampf um die Beherrschung der Naturkräfte gemacht hätten: die Fortschritte bei der Bekämpfung der Wüste sind groß, und errungen wurden sie im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus. – (Z-Red)

Von der Bagdad-Bahn zur Autobahn quer durch den Balkan

Die Bagdad-Bahn war „das große strategische Projekt", das dem deutschen Imperialismus mit Kaiser Wilhelm II. an der Spitze zum „Platz an der Sonne" verhelfen sollte.

Der Bau der Eisenbahnstrecke quer durch Asien war Schlüssel, um in den Nahen Osten vorzustoßen und sich die Länder dort zu unterwerfen.

Die Bagdad-Bahn setzt die Anatolische Bahn, die von Istanbul nach Konya lief, fort. Der ganze Schienenstrang ist 3 200 Kilometer lang und geht von Konya nach Bagdad. Bereits 1888 hatte die Deutsche Bank die türkische Konzession für den Bau einer Bahn von Konstantinopel nach Ankara erpreßt. Berlin – Wien – Belgrad – Sofia – Konstantinopel – Bagdad, das war der Traum der deutschen Imperialisten. Wilhelm II. entfaltete Reisetätigkeit. 1898 machte er persönlich in Konstantinopel die Interessen des deutschen Imperialismus geltend. Weiteres Ergebnis dieses kaiserlichen Besuchs: die Gründung der Palästina-Bank und umfangreiche Waffenaufträge. Nach der Reise Wilhelms II. erteilte die türkische Regierung 1898 der von der Deutschen Bank unter Leitung von Georg von Siemens und Heiffereich abhängigen Anatolischen Eisenbahngesellschaft 1898 – 1911 die Konzession für den Ausbau des Hafens von Haidar Pascha und den Weiterbau der Bahn bis Bagdad.

Der Waffenverkauf von 200 000 Mauser-Gewehren von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, die 55 000 Pfund, die die türkische Regierung an Krupp für Schnellfeuergeschütze 1902 zahlen mußte einerseits – der Schienenstrang von Berlin nach Bagdad andererseits bildeten Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus.

1 Milliarde deutsches Kapital wurde in die Türkei exportiert. Es verlangte nach Sicherheit. Die eine Garantie war über Zoll- und Steuereinnahmen, die andere die Zusicherung, den Schienenstrang, die deutschen Kapitalinteressen in der Türkei militärisch zu wahren.

1904 wurde die erste Teilstrecke eröffnet. Die erste Strecke wurde von dem Baumonopolisten Philipp Holzmann AG gebaut. Der erste imperialistische Weltkrieg machte dem Traum vom Platz an der Sonne, den die deutschen Imperialisten so süß gehegt hatten, vorerst ein Ende.

Ihre imperialistischen Interessen haben sie keineswegs aufgegeben. Nach dem Krieg wurde die Bagdad-Bahn weitergebaut, formell von den Nachfolgestaaten der Türkei. 1940 wurde sie fertiggestellt. Die deutschen Imperialisten haben die Bahn zu zwei Dritteln gebaut.

Die BRD-Imperialisten wandeln auf den Spuren Wilhelms. Heute betreiben die BRD-Imperialisten das Projekt der Errichtung einer Autobahnverbindung durch Jugoslawien auf dem Balkan. Wieder ist es die Türkei, über die die BRD-Imperialisten an Einfluß im Nahen Osten gewinnen wollen. Jede imperialistische Macht, die in der Türkei beherrschenden Einfluß gewinnen kann, kann auch im Nahen Osten Einfluß gewinnen. Die BRD-Imperialisten setzen sich systematisch in den Schlüsselbereichen der türkischen Wirtschaft fest. Daimler-Benz, Hanomag, KHD, MAN, Bosch im Maschinenbau, die Bauindustrie und Hoechst, Bayer, Merck und Henkel in der chemischen Industrie. Die BRD ist der größte Gläubiger. Mit Millionen von DM hat sie die Türkei in die Schuldknechtschaft gezwungen. – (Z-Red.)

Westdeutsche Baukapitalisten auf internationalen Pfaden

Ehrenberg weiß, was mit dem Arbeitsvermittlungsförderungsunderleichterungsgesetz auf dem Spiel steht

„Wir erwarten, daß bei planmäßigem Verlauf unserer großen Auslandsaufgaben ein befriedigendes Gesamtergebnis erwirtschaftet werden kann ...", heißt es in dem Geschäftsbericht 1975 der Philipp Holzmann AG, imperialistischer Baukonzern in der BRD. Unter „großen Auslandsaufgaben" verstehen die westdeutschen Baukapitalisten die Unterwerfung und Ausplünderung der Länder der Dritten Welt.

Tatsache ist, daß die westdeutschen Baukapitalisten seit 1973 Riesenprofite insbesondere in den OPEC-Ländern, den afrikanischen Staaten, Indien, dem Iran und auch europäischen Ländern machen. Die Philipp Holzmann AG hat beispielsweise an Aufträgen

– in Gabun die Planung einer 300 km langen Eisenbahnstrecke und Beteiligung am Bau einer 700 km langen Eisenbahnstrecke;
– Elfenbeinküste: Planung, Vermessung und Bau einer 240 km langen Straße;
– Saudi Arabien: Beteiligung am Bau des Industriehafens Juball, Straßen in Tabuk und Taif;
– im Rassistenregime Südafrika: Arbeiten für den Hafenbau Richards Bay;
– in Frankreich: Beteiligung an der Errichtung des Kernkraftwerkes in Creys Malville.

Die Bilfinger und Berger Aktiengesellschaft baut ein schlüsselfertiges Großkraftwerk in Neka am Kaspischen Meer mit einer Gesamtleistung von 1 760 Megawatt. Weiter baut die Hochtief AG zwei Kraftwerke im Iran. Bekannt ist Hochtief den Völkern der Welt durch ihre „Mitarbeit" am Bau des Cabora-Bassa-Staudammes in Mozambique. Die Strabag Bau AG, einer der größten deutschen Baumonopolisten, baut in Lagos mit am internationalen Flughafen Murtala Muhammed. In Nigeria ist sie am Bau der Autoschnellstraße Ibadan beteiligt.
– In Abu Dhabi: Bau eines Kraftwerkes.
– In Oman Dhofar: Bau von Straßenprojekten.
– In Tarbela/Pakistan: Bau des Projektes Tarbela Staudamm.

Über Kreditvergaben, verbunden mit Kaufverpflichtungen, werden die unterdrückten Länder zu „Partnern" dieser Geschäfte der Baumonopole. Die Imperialisten geben die Kredite für Kraftwerke, Straßen, Verkehrsverbindungen hauptsächlich über die Weltbank, ergänzen sie durch „Entwicklungshilfe" und Bankkredite.

Die Baumonopolisten sind die Vortrupps in der Ausbeutung der Entwicklungsländer. Sie schaffen die Schlüsselprojekte, von denen aus die anderen imperialistischen Konzerne die weitere Ausbeutung und Ausplünderung betreiben.

Rund 11 deutsche Baumonopolisten ergattern den Löwenanteil der Höchstprofite.

	Auslandsauftragsbestand	Jahresbauleistung im Ausland
1971	157 Mio DM	189 Mio DM
1972	302 Mio DM	178 Mio DM
1973	654 Mio DM	141 Mio DM
1974	700 Mio DM	309 Mio DM
1975	1 846 Mio DM	571 Mio DM

„Im Ausland sind wir unter Einschluß der im neuen Jahr übernommenen Projekte für mehrere Jahre ausgelastet", stellt der Vorstand der Philipp Holzmann AG fest. Der Gesamtauftragsbestand belief sich 1975 auf 2 991 Millionen. Zwei Drittel ihres Profits haben die Philipp-Holzmann-Monopolisten aus den Ländern der Dritten Welt gezogen.

Die Riesenprofite ziehen sie aus der ungeheuren Ausbeutung der Arbeiter. „Die Welt" schreibt: „Gastarbeiter aus Pakistan, dem Jemen, Ägypten und aus der Türkei müssen für die Arbeiten verpflichtet werden." (Die Welt vom 1.9.77)

In Riad (Saudi Arabien) baut Pegel & Sohn für 1 Milliarde an einer Wohnsiedlung. Neben deutschen Arbeitern haben sie dort koreanische Arbeiter verpflichtet. Bei 60 Grad Hitze im Sommer wird dort gearbeitet. Leben müssen die Arbeiter in Containern. Die deutschen Arbeiter zu zweit, die koreanischen werden zu acht in einen Container gepfercht. Die Arbeiter müssen schon nach dem Arbeitsvertrag mehr als 10 Stunden täglich an 6 Tagen arbeiten.

Tatsächlich berichten die Arbeiter, daß sie regelmäßig 350 bis 400 Stunden im Monat arbeiten müssen, das ist ein 16-Stundenarbeitstag. Normal ist die 7-Tage-Arbeitswoche. Erzwingen können die Pegel-Baukapitalisten diese Ausbeutung durch Zuchthausaufsicht und mit Arbeitsminister Ehrenberg. Bei Ankunft im Lager werden den Arbeitern die Pässe abgenommen, so daß sie nicht ausreisen können. Neben der Wohnsiedlung baut Pegel & Sohn einen Flughafen in Saudi Arabien.

Arbeitsminister Ehrenberg hat mit der Arbeitsvermittlungsförderungsunderleichterungsgesetzvorlage das Militärzuchthaus für die Profitjagd auch über die Grenzen abgesichert. Er weiß, was für den Profit der Baukapitalisten auf dem Spiel steht. Deshalb sollen die Arbeiter jetzt in die ausländischen Staaten zur Zwangsarbeit verschickt werden. „Entsendung" heißt es in seinem Gesetzeswerk, um die „Bereitschaft von Bauarbeitern, die vorübergehend auf einer Baustelle außerhalb des Geltungsbereichs des Arbeitsförderungsgesetzes arbeiten, zu fördern, können sie auf diesen Baustellen Wintergeld erhalten." – (Z-Red)

Die Gefahr der Spaltung

Ergebnisse der KVZ-Lohnumfrage vom 4. September 1977

Jeder mittlere bis größere Kapitalist verfügt heute über eine elektronische Rechenanlage, mit der er die Löhne der Arbeiter bestimmt. Das Programm für diese Anlagen, die ganze Gehässigkeit der Lohnbemessung wie die Absicht des Kapitalisten über vielfältige Spaltung die Gegenwehr der Arbeiter zu erschweren und den Lohnstandard zu senken, ist erstens teuer und gehört zweitens zu seinen bestgehütetsten Geheimnissen. Es ist für ihn ein Mittel des Kampfes gegen die Arbeiter.

Die Arbeiter müssen zu jedem Kampf um den Lohn gegen den Kapitalisten dagegen in mühevollem Prozeß erst die Forderung herausfinden, die den Zusammenschluß ermöglicht und für die die Einheit gegenüber dem Kapitalisten hergestellt werden kann.

Die Bourgeoispresse läuft über vor Lügen über „die Löhne", und ihre tägliche neue aufgewärmte Standardlüge ist, daß „die Löhne" zu hoch seien. Bei Gelegenheit der Veranstaltungen der Bezirksorganisationen des KBW gegen die Maßnahmen der herrschenden Klasse zur Arbeitslosenversicherung am 4. September hat die Redaktion der KVZ zu einer Lohnumfrage aufgerufen und zusammen mit den Veranstaltungsteilnehmern durchgeführt.

Es liegt auf der Hand, daß zwischen der Zusammensetzung der Veranstaltungsteilnehmer und der Zusammensetzung der lohnabhängigen Bevölkerungsmasse Unterschiede bestehen. Zunächst im Alter, ebenso in der Häufigkeit bestimmter Berufe und Tätigkeiten. Ebenso liegt auf der Hand, daß diese Unterschiede die qualitativen Schlüsse aus dieser Lohnumfrage überhaupt nicht einschränken und daß gegenüber den zahlreichen Hochrechnungen und teilweise puren absichtsvollen Spekulationen, mit denen die Statistik der herrschenden Klasse operiert, die Lohnverhältnisse der etwa 3000 an der Umfrage Beteiligten tatsächliche Verhältnisse wiedergeben. Gegenüber dem Konglomerat von Lügen, das die herrschende Klasse über „die Löhne" in die Welt setzt, ist bereits die einfache Darstellung des verausgabbaren Teils des Lohns, der Nettolohnverteilung, eine Waffe:

– „Die Löhne" stellen sich heraus als eine Größe, die auf dem einen Ende definiert sind durch Beträge, die ein Bourgeoiszögling als Taschengeld für eine Strafe betrachten würde: Lehrlingslöhne, die Beträge von gerade über 100 DM ausmachen. Auf dem anderen Ende durch Beträge von um die 3500 DM, die den dreifachen Betrag der am stärksten besetzten Einkommensklasse von 1096 bis 1151 DM ausmachen.

– Entsprechend gewaltig ist die Spannung, die dieses Lohngefüge enthält: die Zerklüftungen, die die unterschiedliche Verteilung der Höhe der Nettolöhne bilden, werden von den Kapitalisten als Ansatzpunkte der Spaltung ergriffen: der gelernten und Facharbeiter gegen die angelernten und Hilfsarbeiter; der männlichen Arbeiter gegen die Arbeiterinnen, des erwachsenen Teils der Lohnabhängigen gegen die heranwachsende lohnabhängige Jugend usw., schließlich der Arbeiter und Lehrlinge gegen die Schüler, Studenten und Wehrpflichtige.

– Weil diese Ergebnisse der Lohnumfrage den zur Beschaffung der notwendigen Lebensmittel tatsächlich verausgabbaren Teil des Lohns enthalten, geben sie zugleich in Gegenüberstellung zu dem durchschnittlichen Nettoeinkommen der Statistik der herrschenden Klasse einen Eindruck von den Unsummen von Geldern, mit denen die Bourgeoisie ihre geschäftsführenden Funktionäre und Beamten schmiert: Man muß schon gutbezahlter Metallfacharbeiter sein, um auf die Netto 1409 DM zu kommen die die Bourgeoisie als statistisches Durchschnittseinkommen aus „unselbständiger Arbeit" angibt. Einen gewaltigen Umfang besitzen die Beträge, die sich die Bourgeoisie selber und ihrem nächsten Anhang über das Konto „Einkommen aus unselbständiger Arbeit" zuschiebt, daß sich eine solche Spanne zwischen dem tatsächlichen Standart des Nettolohns und dem statistisch ermittelten ergibt.

– Schließlich die Gegenüberstellung der tatsächlich verausgabbaren Lohnsumme zu den von der Bourgeoisie behaupteten Ausgaben des „4-Personen Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen." Zweifellos ist dieser „mittlere Arbeitnehmerhaushalt" der bürgerlichen Statistik blanke Lüge. Als Ausdruck für notwendige Ausgaben der Reproduktion jedoch bildet er einen Warenkorb, in dem sich gegebene Verhältnisse ausdrücken.

Im zweiten Bild ist die Einkommenssumme je Klasse ermittelt. Davon werden schichtweise abgezogen die Ausgabensummen nach dem 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt".

Zunächst für Nahrung: 583,13 DM soll der „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt" dafür im vergangenen Jahr ausgegeben haben. Es ergibt sich, daß auf dem Standort dieses Haushalts die Nahrungsmittel allein mehr als die Hälfte der Nettolohnsumme der angelernten Arbeiter verschlingen würde, die die Mehrzahl der Lohnarbeiter bilden.

Die Ausgaben für Kleidung und Schuhe von 176,61 DM wären aus dem verbleibenden Rest noch zu bestreiten und ebenso noch die Kosten für Miete von 306,88 DM und Strom, Heizung, Gas von 102,46 DM. Damit ist der Nettolohn nach dieser Haushaltsrechnung für die Mehrzahl der Lohnabhängigen bereits erschöpft.

Nicht gedeckt sind dadurch die Ausgaben für die „übrigen Haushaltsgegenstände" (184,27), also die Waschmaschine, Kühlschrank, Mobiliar usw., die Ausgaben für Unterhaltung und Ersatz des Autos (292,38), Ausgaben für „Körper- und Gesundheitspflege" (124,66), für „Bildung und Unterhaltung" (185,44) und schließlich „persönliche Ausstattung" (128,20). Diese durch Abzug des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes" von der Nettolohnsumme sich ergebenden unbefriedigten Bedürfnisse der Reproduktion sind in dem Schaubild darunter negativ aufgetragen.

Diese unbefriedigten Bedürfnisse der Reproduktion des Arbeiterhaushaltes verschwinden erst bei Erreichen eines Nettolohnstandards von um die 2000 DM im Monat. Diese 2000 DM Nettolohn markieren somit eine objektive Schranke der Reproduktion: unterhalb dessen ist die Reproduktion eines 4köpfigen Haushaltes von Lohnabhängigen nicht mehr gewährleistet. An der Beschränkung der Reproduktion unterhalb dieses Nettolohnes ändert auch nichts, wenn infolge der durch den Nettolohn nicht mehr gewährleisteten Reproduktion Mann und Frau arbeiten: es steigt damit nicht nur die Abgabenlast auf den Lohn *und* der *erforderliche Betrag* für die Reproduktion, auch die Möglichkeit zur Aufzucht von 2 Kindern ist diesem Haushalt entzogen.

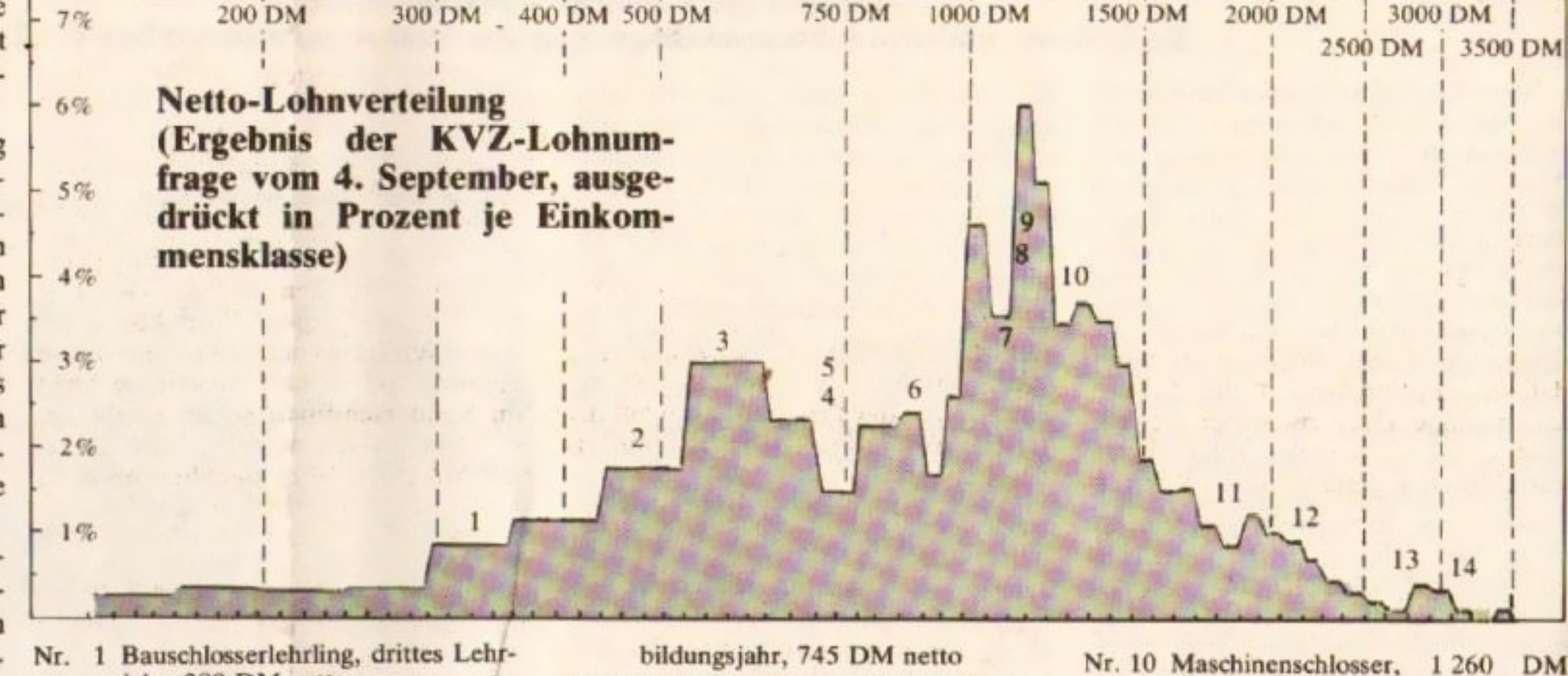
– Die Gegenüberstellung von Nettolohnsumme mit dem Aufwand für den zur Reproduktion des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes erforderlichen Warenkorb ergibt so, daß für die Mehrzahl der lohnabhängigen Haushalte, die Facharbeiter eingeschlossen, der Lohnstandard die zur Reproduktion erforderlichen Lebensmittel nicht mehr deckt. Dem entspricht das Sinken der Geburtenrate, Verschlechterung des Gesundheitszustandes, rascherer Verschleiß der Arbeits- und Lebenskraft durch Akkord- und Überarbeit usw.

– In den unteren beiden Darstellungen ist die Gegenüberstellung durchgeführt zwischen der Nettolohnsumme und der Ausgabensumme, die sich nach Halbierung des Warenkorbs des „4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes" ergibt als Ausdruck für die Reproduktionserfordernis des 2-Personenhaushaltes. Unterhalb von etwa 1000 DM ist dessen Reproduktion nach dieser Gegenüberstellung nicht mehr gewährleistet. Dieser Nettolohn, der erforderlich ist, um die Reproduktion des 2-Personenhaushaltes von Lohnabhängigen zu gewährleisten, bildet eine Schranke, mit der die Verelendung einsetzt und die erforderlichen Lebensmittel für die Reproduktion der Arbeits- und Lebenskraft des Lohnarbeiters nicht mehr gegeben sind.

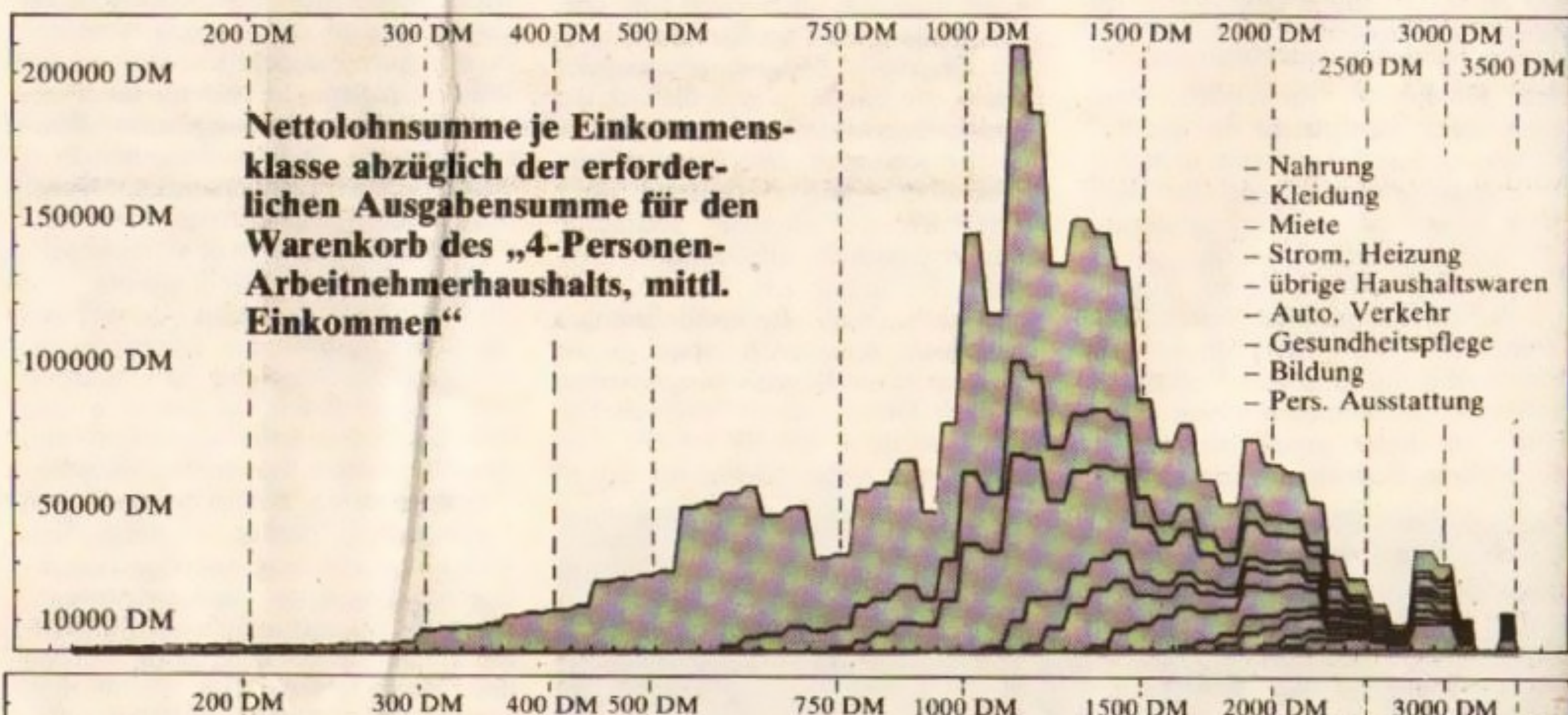
– Aus den Differenzierungen, die in dieser Verteilung der Nettolöhne erkennbar sind, ergibt sich, daß die herrschende Klasse mit Wucht versucht, jenen Teil der Lohnabhängigen, dessen Nettolohn sich gerade über dieser Schranke zum Elendsstandard befindet, über diesen Punkt hinwegzudrükken und ins Elend zu treiben. Diese Spaltung und Absicht der Senkung ist es, die hinter den Sorgen der herrschenden Klasse und ihrer Politiker über die „Arbeitsbeschaffung" steckt und die Ausnutzung der Spaltungsmöglichkeit mit Hilfe der industriellen Reservearmee ist die Methode, die die herrschende Klasse in gewaltigem Umfang anwendet, um dieses Ziel der Spaltung der Arbeiterklasse und der Herausbildung einer Elendschicht der Lohnabhängigen zu erreichen.

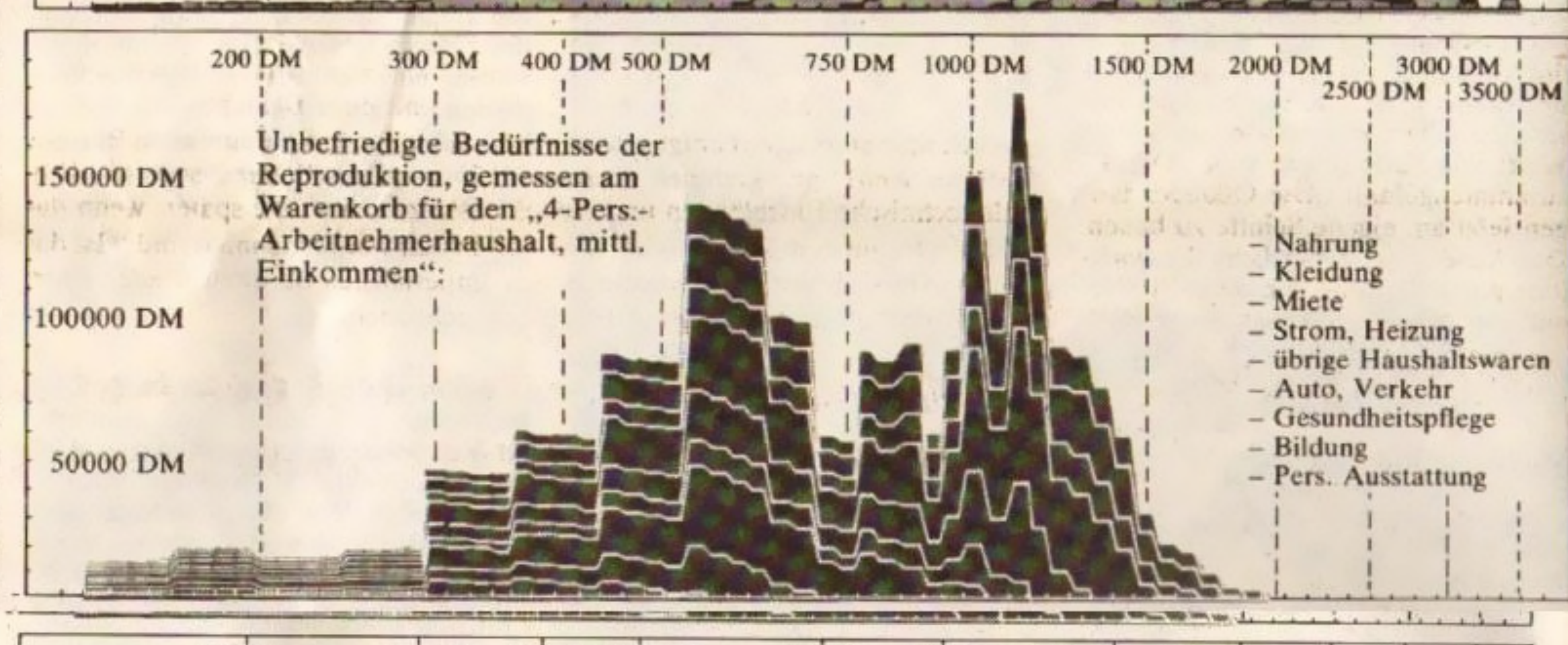
– Die Zerklüftung dieses Einkommensgefüges aus Lohn ist nicht etwa Resultat von irgendwelchen Zufällen. Sie spiegelt die *Lohnpolitik* der herrschenden Kapitalistenklasse wider, bestimmte Teile der Lohnarbeiter werden *systematisch* und schneller als die anderen gedrückt. Wir wissen aus vorangegangen Untersuchungen, daß das Dreigebirge, das in der jetzigen Erhebung die Lohnverteilung bei den Arbeitern kennzeichnet, nicht immer da war. Wenn nicht bewußte, systematische und zielstrebige Gegenwehr geübt wird, so wird in wenigen Jahren der große Teil der Arbeiter auf diesen neuen Standard, der heute bei 1000 DM netto liegt, gedrückt worden sein.

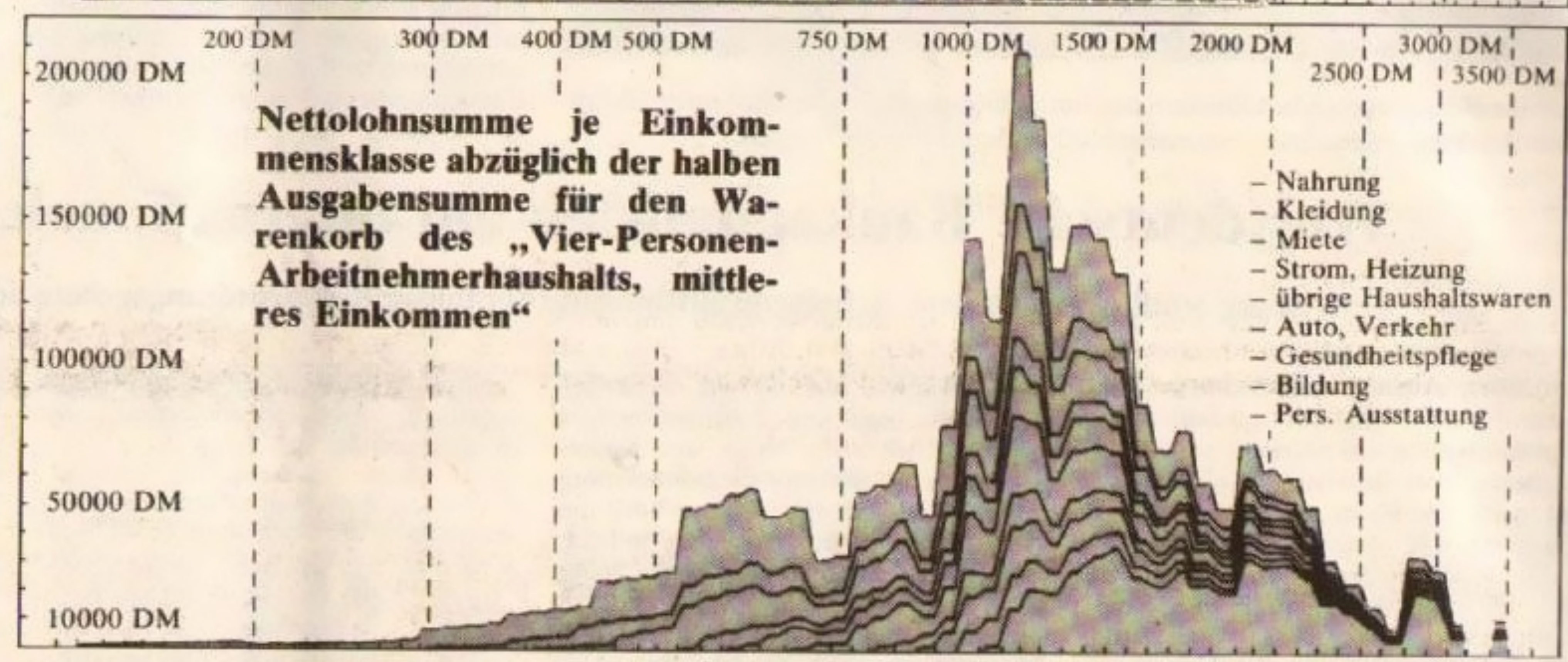
Aus dem Bedürfnis der Überwindung der Gefahr der Spaltung erklärt sich die machtvolle Bewegung für Festgeldforderungen, die wir mit dieser Untersuchung unterstützen wollen.
– (Z-Red)



Nr. 1 Bauschlosserlehrling, drittes Lehrjahr, 280 DM netto
Nr. 2 Feinmechanikerlehrling, erstes Lehrjahr, 365 DM netto
Nr. 3 Student, 510 DM BAFöG
Nr. 4 Verkäufer, 740 DM netto
Nr. 5 Schwesternschülerin, drittes Ausbildungsjahr, 745 DM netto
Nr. 6 Werkzeugmacher, 935 DM Arbeitslosengeld
Nr. 7 Krankenpfleger, 1050 DM netto
Nr. 8 Bauarbeiter, 1100 DM netto
Nr. 9 Transportarbeiter, 1110 DM netto
Nr. 10 Maschinenschlosser, 1260 DM netto
Nr. 11 Assistenzarzt, 1840 DM netto
Nr. 12 Hauptschullehrerin, 2360 DM netto
Nr. 13 Studiendirektor, 2830 DM netto
Nr. 14 Professor, H 4, 3318 DM









Howaldt-Werft-Kapitalisten kündigen einmalige Abschlagszahlung an

Der Kampf der Arbeiterklasse um ausreichenden Tariflohn auf den Normalarbeitstag soll zersetzt werden

Kiel. Am letzten Samstag rückte der Vorstandsvorsitzende der Howaldtwerke Deutsche Werft AG, Henke, mit der Nachricht heraus, daß das Werk Dietrichsdorf in Kiel geschlossen werden solle. Als Begleitmusik zu dieser Nachricht war zu lesen, daß dieses Jahr die Profite die des letzten Jahres übersteigen würden, daß neue Aufträge unter Dach und Fach seien und daß man optimistisch in die Zukunft sehen könne. Die Krise in der Werftindustrie hat die westdeutschen Werftkapitalisten gegenüber ihren Konkurrenten geschwächt. So hat sich der Anteil der fertiggestellten Schiffe an der Weltjahresproduktion von 7,3 (75) auf 5,5 (76) Prozent verringert, während z.B. die westeuropäischen Konkurrenten England und Frankreich ihren Anteil steigern konnten. Dennoch haben die Werftkapitalisten dieses „Tal" genutzt. Bei HDW tritt das jetzt offen zu Tage. 500 Mio. DM, die die Kapitalisten aus den Knochen der Arbeiter geschunden haben, haben sie angehäuft als Rücklage für Investitionen. „Wir haben etwas in petto", nannte das Henke. Schweißauspressung und Entlassungen tragen ihre Früchte.

7 000 Arbeiter und Angestellte sind in den letzten zehn Jahren entlassen worden, 700 sollen nach Henkes Worten dazu kommen. Gleichzeitig ist die Produktion enorm gesteigert worden. Von 1975 auf 76 um ca. 12 %. Gemacht wurde das über die weitere Einführung des Programmlohns, der Anwendung der Methoden der analytischen Arbeitsplatzbewertung durch Rationalisierungen in allen Bereichen der Werft. Für diese Rationalisierungsinvestitionen haben sie 6 bis 8 % des Umsatzes ausgegeben. Jetzt trägt die Schweißauspressung der letzten Jahre ihre goldenen Früchte.

Kapital kann exportiert werden. Über die Anlage der 500 Mio. DM haben schon Gespräche stattgefunden mit Vertretern der Anliegerstaaten am Persischen Golf. Die Leitlinie der imperialistischen Expansion hat Otto Wolff von Amerongen vom „DIHT" zusammengefaßt: „Die Ölländer fangen jetzt an, eigene Schiffe zu bauen. Das kann eine gefährliche Entwicklung nehmen, wenn wir uns nicht darauf einrichten. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten: Durch die Technik überzeugen oder ihnen Hilfe bei der Erstellung der Werften anbieten." Diese Hilfe der imperialistischen Räuber betreiben jetzt die HDW-Kapitalisten. Denn hier können sie das Kapital nicht mehr profitbringend anlegen. Hier müssen sie Kapital vernichten. Die veraltete Maschinerie in Dietrichsdorf bereitet z.B. der Einführung des Programmlohns große Schwierigkeiten, weil der Produktionsablauf dafür zu umständlich ist. Das schmerzt die Kapitalisten.

Der Konkurrenz soll davongezogen werden. Auch dazu soll der Fregattenbau dienen. In Rekordzeit muß die Fregatte hergestellt werden, denn schließlich will man neue Aufträge einheimsen. Damit das klappt, soll die Werft in ein Militärzuchthaus verwandelt werden. Die Bespitzelung durch den MAD soll helfen, die Einheit gegen die verschärfte Schweißauspressung zu erweichen und die Despotie der kapitalistischen Produktion zur vollen Wirkung kommen zu lassen. Die gesamte Belegschaft, soweit sie nicht im Sonderschiffbau schon erfaßt ist, soll Fragebögen ausfüllen, mit denen der MAD die Vergangenheit bis zehn Jahre zurück durchschnüffeln kann.

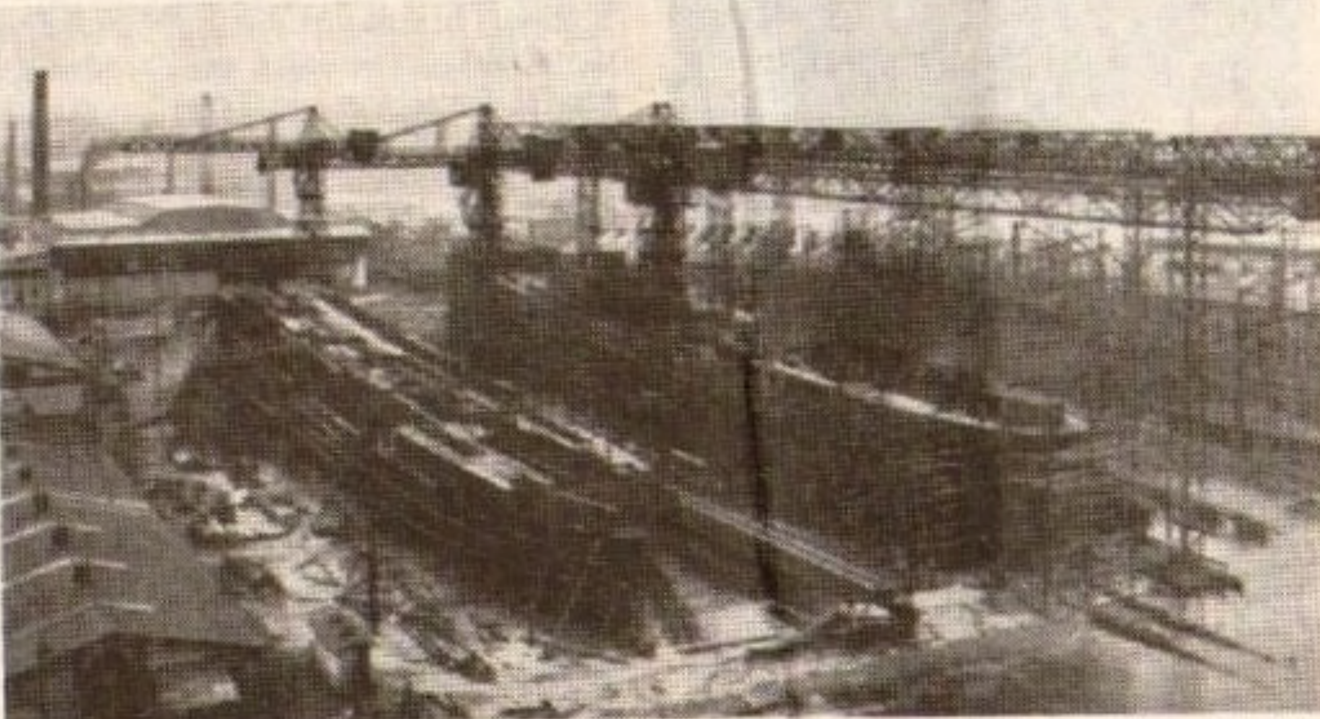
Der Fregattenbau wird eingereiht in das „Programm zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werften und zur Sicherung der Arbeitsplätze". Die entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der Absichten der Kapitalisten spielen die Sozialdemokraten.

„Wir haben das Empfinden, daß wir mit Entlassungen rechnen müssen, weil die Arbeitgeber meinen, sie müssen rationalisieren, um konkurrenzfähig zu bleiben. Das bedeutet Vernichtung von Arbeitsplätzen", erklären O. Böhm und G. Giese vom HDW-Betriebsrat in der „Metall" Nr. 17. Die Sozialdemokraten schüren die Angst um den Arbeitsplatz, um die Arbeiter in die Konkurrenzschlachten der Imperialisten zu hetzen. Otto vom Steeg vom Bezirksvorstand der IG Metall äußerte auf der letzten Betriebsversammlung dazu: Jetzt müßten protektionistische Maßnahmen gegen die Japaner errichtet werden, unlauterer Wettbewerb sei das, was die da trieben. Zu anderen sei es nötig, die Kapazitäten zu reduzieren. Dazu schlägt er die Verkürzung der Arbeitszeit vor, und die Verwaltungsstelle Kiel der IGM fordert gleich die 32-Stunden-Woche in einem Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag, um die Arbeitsplätze zu sichern und das „Recht auf Arbeit" zu verwirklichen.

„Wir würden auch lieber Musikdampfer bauen statt Kriegsschiffe", formuliert G. Giese in der „Metall". Geschickt gehen diese für die Kapitalisten seit vielen Jahren bewährten Sozialdemokraten vor, denn für Fregatten und Werksstillegung ist kein Arbeiter. Aber sie „sichern" Arbeitsplätze, und mit Musikdampfern läßt sich kein Krieg gewinnen, dieser Gedanke soll den Arbeitern aufgedrängt werden. So sollen die Arbeiter unter die aggressiven Absichten der Finanzbourgeoisie gezwungen und die Kampfkraft geschwächt werden.

Aber die Lage auf der Werft zwingt zum Kampf. Das wissen die HDW-Kapitalisten genau. Den Kampf um den Tariflohn, Grundlage des erfolgreichen Kampfes gegen Überstunden, Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit versuchen sie zu zersetzen, indem sie für November eine Sonderzahlung von 43 % des Bruttolohns beschlossen haben. – (HDW-Zelle, Bezirk Holstein/N-Red.)

„Für den Kriegsfall dient schließlich alles, die Flotte wie die Einrichtungen, die man getroffen hat, um sie zu unterhalten und zu reparieren, auch die Werften."



Die Howaldtwerke aus: „Deutschland zur See" von Ernst Graf zu Reventlow, Kapitänleutnant, Leipzig 1914.

Über die „Probleme" des Kriegsschiffbaus schrieb der Kapitänleutnant plastisch: „Ebenso kam es schon in Rußland vor, daß anstatt der Nietbolzen nur Pfropfen aus Lehm in die Nietlöcher hineingesteckt wurden, weil irgendwelche Beamte die Nietbolzen verkauften, also den Staat betrogen, um sich einen persönlichen Vorteil zu sichern. Derartige Dinge kommen natürlich in Deutschland nicht vor, aber strenge und genaue Aufsicht und verständnisvolle Überwachung ist immer durchaus nötig, im Größten wie im Kleinsten, und das ist eben die Aufgabe der kaiserlichen Werften, ihrer Offiziere und ihrer Beamten.

Auch muß stets scharf aufgepaßt werden, daß keine Spione an das im Bau befindliche Schiff herankommen. Gerade im Zustand des Bauens ist es möglich, viele technische Einzelheiten und Geheimnisse zu sehen, die später, wenn das Schiff fertig auf dem Wasser schwimmt, nicht mehr wahrzunehmen sind." Ist das heute anders? Kaum. Die westdeutschen Imperialisten bereiten wieder einen Krieg vor, die Maßnahmen sind sich gleich geblieben.

„Wenn streiken, dann jetzt"

Wolfsburg. „VW-Produktion bis Jahresende ausverkauft", schreiben die „Wolfsburger Nachrichten" am 6.9. „Vom Zuwachs des Gesamtmarktes um 166 000 Wagen konnte sich VW mit 100 000 den Löwenanteil sichern." Außer Rand und Band geraten die Schmükker und Co., daß sie der Konkurrenz wieder ein Stück abgejagt haben. „Börsenbericht: VW im Mittelpunkt." Mittelpunkt in der Profitmacherei. Mit nur 2 % Belegschaftszuwachs die Produktion um 6 % und den Umsatzerlös um 17 % gesteigert, verkündet der eben erschienene Bericht für das 1. Halbjahr 77.

Die Profitgier ist zugleich die Unfähigkeit, die Produktion planmäßig zu entwikkeln. Immer häufiger bleiben in der Golf--Endmontage die Bänder stehen, weil Rohbau und Lackiererei nicht genug Karosserien anliefern können. 15 Minuten länger pro Tag ans Band gefesselt, heißt das für die Arbeiter; um diese Zeit läßt Schmücker die Bänder schneller ziehen, um „Einholzeit" für technisch bedingte Standzeit rauszuholen. Dann Zusatznachtschichten in der Lackiererei und Samstagsarbeit im Rohbau, ein Band in Halle 12 läuft in der Spätschicht bis nachts um 0. 30 Uhr. Noch mehr Ausschuß, in der vorletzten Woche mußten von 60 Wagen, die in den zwei Überstunden vom Band liefen, an manchen Tagen über 40 Wagen wegen Montagefehlern abgestellt werden. Samstagsarbeit in der Nachreparatur. Und: Über 19 % Abwesenheitsquote, davon Krankenstand mehr als 10 %.

„Lieferzeiten von im Schnitt drei Monaten müssen in Kauf genommen werden, bei einem monatlichen Absatz von 70 000 sind die Inlandslager auf weit unter 40 000 geschrumpft." So Vertriebschef Schmidt. Er weiß: Die Konkurrenzschlacht der Automobilkapitalisten können die Arbeiter nutzen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Noch ist Einheit für den Kampf um eine sofortige Lohnerhöhung nicht in ausreichenden Maß hergestellt, aber: „Wenn streiken, dann jetzt, das kann der Schmücker kaum ein paar Tage durchhalten", das ist klar. – (VW-Zelle Wolfsburg)

LVA-Kuren: „Wie im Gefängnis"

Bad Pyrmont. Die in der Profitproduktion verschlissene Arbeitskraft einigermaßen wieder vernutzbar zu machen, das ist die Aufgabe der von den Landesversicherungsanstalten genehmigten Kuren. Sind es auch die Kapitalisten selbst, die in der Fabrik die Arbeitskraft zerstören, so schmerzt es sie zutiefst, wenn aus den Versicherungskassen der Arbeiter Gelder ausgegeben werden müssen. Zwischen 7 000 DM und 10 000 DM kostet so eine vierwöchige Kur. Im Kostendämpfungsgesetz ist deshalb jetzt auch festgelegt, daß Kuren nicht mehr in zweijährigem, sondern im Regelfall nur noch im dreijährigen Abstand genehmigt werden dürfen und nur nach genauester ärztlicher Untersuchung. Um ein Drittel (ca. 5 000) sind die genehmigten Kuren der LVA Braunschweig allein bis Mitte 1977 zurückgegangen, sämtliche bisher angemieteten Privatbetten sind aufgekündigt worden.

Hat man eine Kur trotzdem genehmigt bekommen, spürt man sofort, daß nicht die Versicherten, sondern die Kapitalisten über die Versicherungen bestimmen. Arbeiterinnen, die durch einseitige körperliche Arbeit und Verzehr von Billigwurst Fett angesetzt haben, werden auf Hungerkur gesetzt. Diese Diät ist eine einzige Unterdrückung. Bei Nulldiät gibt es 14 Tage lang morgens, mittags und abends nur Mineralwasser, jeden dritten Tag mittags und abends ein Stück Obst, die restlichen zwei Wochen gibt es dann 1 000 Kalorien-Diät mit jedem dritten Tag als Wassertag.

Hält man die Diät nicht ein, so kann das als „mutwilliges Widersetzen gegen ärztliche Anordnungen" ausgelegt werden und zum Abbruch der Kur führen. Drei Arbeiter sind in den Monaten August/September nach Hause geschickt worden wegen „Trunkenheit", zwei davon müssen die gesamten Kurkosten zurückzahlen, ca. 10 000 DM. Der Ausgang ist abends auf 22.30 Uhr begrenzt (bei der LVA Hannover sogar auf 22 Uhr), was von der Nachtwache täglich mit Abhaken einer Namensliste kontrolliert wird. Von 13 bis 15 Uhr ist die Mittagsruhe einzuhalten, auf den Zimmern ist Radiohören verboten. „Wie im Gefängnis ist das hier", sagte eine Arbeiterin von Pelikan. Ein Arbeiter von VW Wolfsburg: „Wir zahlen jahrelang Versicherungsbeiträge und dann behandeln sie uns wie die kleinen Kinder. Um unsere Krankheiten kümmern die sich wirklich kaum."

Ein Arbeiter, der nach Hause geschickt wurde, hatte den Vorsitzenden der Vertreterversammlung der LVA, Heinz Müller, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Braunschweig, angerufen. Lakonische Auskunft: „Ich kann an den Bestimmungen auch nichts ändern." „Wenn Du trinkst, dann darfst Du Dich eben nicht erwischen lassen."

Vier Arbeiter wollen jetzt einen Brief an die IG Metall schreiben, daß sie dafür sind, daß die Versicherungen vollständig von den Arbeitern selbstverwaltet werden und daß allein die Kapitalisten die Versicherungsbeiträge bezahlen. – (Zelle Siemens Braunschweig)

Das Energieprogramm ist Bestandteil des Ausplünderungsprogramms des bürgerlichen Staates

In den letzten Monaten finden an den Baustellen der verschiedenen Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen Aktionen gegen den Bau dieser Werke statt. Die Bauern werden durch den Bau der Kernkraftwerke ruiniert und die Lebensbedingungen der Arbeiter und der Volksmassen durch die Umweltverschmutzung und über die Gifte in den Nahrungsmitteln verschlechtert.

Der Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf war ein Sammel- und Konzentrationspunkt der Volksmassen dagegen. Die Einheit bestand darin, die Absichten des bürgerlichen Staates zu bekämpfen, den Bau zu verhindern, das Kernkraftwerk zu besetzen und die Mauern zu schleifen. Diese Einheit wurde durch die vereinten Opportunisten in den Auseinandersetzungen bekämpft und somit die Schleifung der Mauern des Kernkraftwerkes Brokdorf verhindert.

Die Demonstration gegen das Kernkraftwerk Grohnde war die gleiche Aktion nur in einem anderen Gewand, die Festung Grohnde konnte nicht genommen werden, weil die Einheit vorher schon gar nicht dagewesen ist und das scheinbar radikale Vorgehen zu einer Niederlage führte.

Die Opportunisten wollen die Wanderbewegung gegen den Bau der Kernkraftwerke fortsetzen; Voraussetzung ist ein Personalausweis, damit die Grenze auch „genommen" werden kann.

In den Auseinandersetzungen um die einzelnen Kernkraftwerke wird die Linie deutlich, die wir ausgegeben haben: Die Volksmassen, die in einer Region von einem bestimmten Kernkraftwerk betroffen sind, müssen sich zusammenschließen und ihre politische Einheit herstellen.

Das Energieprogramm ist Bestandteil des Ausplünderungsprogramms der Bundesregierung. Auf der einen Seite sollen die Volksmassen dieses Programm zahlen und dabei auf der anderen Seite die Verschlechterung der Lebensbedingungen noch als Fortschritt akzeptieren.

Fortschritt ist dies für die Bourgeoisie, die den Bau der Kernkraftwerke für ihre Kriegspolitik braucht. Die staatlichen Tätigkeiten müssen den Ausbeutungsbedingungen der Kapitalistenklasse zur Hand gehen, das Energieprogramm ist nur eines. Die Ausplünderungspolitik über die Strompreiserhöhungen und über die Fahrpreiserhöhungen sind wesentlicher Bestandteil der Ausplünderung der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat.

Bei den Strompreiserhöhungen, die in Schleswig-Holstein über die „NWK" und „Schleswag" festgesetzt sind, sollen die Volksmassen den Billigstrom für die Kapitalisten mittragen. Dies ist ein anderes Mittel, die Energiekosten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, dazu kommen die Forschungstätigkeiten, die die Bourgeoisie über die Steuergelder den Konzernen zur Verfügung stellt.

Mit den Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr stellt sich dies genauso. Die Energiekosten für die U-Bahn, Straßenbahn und Busse, die den Transport der Arbeiter zum Ausbeutungsplatz garantieren, sollen über Erhöhung der Preise auf die Arbeiter, die diese Transportmittel benutzen, abgewälzt werden. Denn um ins Grüne zu fahren, sind diese Transportmittel nicht zu gebrauchen, sie müssen für die Interessen der Kapitalisten zweckdienlich sein.

Der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Bauern wird gegen das imperialistische Energieprogramm nur dann gelingen, wenn die verschiedenen Seiten im Kampf gegen den Bau der Kernkraftwerke behandelt werden. Die Forderung „AKW–Nee" soll die Wanderbewegung der Opportunisten zusammenschließen. Daß dies nicht gelingt, liegt an den Massen und allen revolutionären Kräften, die ein Interesse haben, aus dem Stocken im Kampf gegen das Energieprogramm herauszukommen.

Die Wilster-Konferenz am 3.9. war dazu ein Mittel. Die Opportunisten sind mit der Linie reingegangen, den Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf für beendet zu erklären. Dies ist ihnen nicht gelungen, die Verhinderung der Zurückführung der Baumaschinen ist beschlossen worden. Am Wochenende wird sich ein Koordinierungsausschuß treffen, um nähere Beschlüsse zu fassen.

Auf diese Beschlüsse brauchen wir nicht zu warten, sondern der Kampf gegen die Ausplünderungspolitik des bürgerlichen Staates wird in der nächsten Woche durch Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hamburg und Kiel zielstrebig angegangen. – (N-Red.)



12 Jugendliche haben den Hamburger Wirtschaftssenator Nölling wegen der Fahrpreiserhöhungen beim Hamburger Verkehrsverbund (HVV) am Mittwoch, den 7.9., zur Rede gestellt. Er ist Mitglied des Rates der HVV. Nur frühmorgens um 7.00 Uhr war es möglich, ihn zu stellen, ansonsten hält er sich in der Festung Rathaus versteckt und steht „nicht zur Verfügung": „Senator Nölling ist bis zum 14. September nicht mehr zu sprechen. Die Sache ist öffentlich diskutiert – die Entscheidung getroffen."

Ein Lehrling stellte Nölling zur Rede: „Ich bekomme 180 DM Lehrgeld im Monat, ich will von Ihnen wissen, wie ich die neuerlichen Fahrpreiserhöhungen bezahlen soll?" Nölling wand sich und wollte sich nicht äußern. Für ihn war das Zur-Rede-Stellen zu den Fahrpreiserhöhungen „die üblichen Beschimpfungen". Acht Polizisten hat er dann geholt, um zu verschwinden. Die Polizisten waren auch nicht für die Fahrpreiserhöhung. Die Jugendlichen werden ihnen Flugblätter vorbeibringen, die zur Kundgebung und Demonstration am 14. September aufrufen, am Tag der Bürgerschaftssitzung, auf der die Fahrpreiserhöhung beschlossen werden soll.

Große Streikbewegung der kanadischen Arbeiterklasse

Anfang September forderte die OECD (Organisation für europäische Zusammenarbeit und Entwicklung), ein Zusammenschluß der größten imperialistischen Staaten des westlichen Lagers, die kanadische Regierung auf, „dem Kampf gegen die Inflation den Vorrang zu geben.“ Angesichts der an Kraft und Ausdauer gewinnenden Streikbewegung der kanadischen Arbeiter sorgen sich die englischen, französischen, westdeutschen und vor allem die US-Imperialisten, die neben der kanadischen Finanzbourgeoisie alle an der Ausbeutung der kanadischen Arbeiter profitieren, um ihre Profite. Die Trudeau-Regierung wird der Aufforderung eilfertig nachkommen: Im „Kampf gegen die Inflation“ hat sie Erfahrung. Seit über einem Jahr betreibt sie, über eine „Anti-Inflationsbehörde“, eine Politik der Lohnkontrolle. Erfolg: Die Reallöhne sind im Verlauf der letzten zwölf Monate um mehr als 1% gesunken. Die Preise stiegen in derselben Zeit nach offiziellen Angaben um über 8%, die Lebensmittelpreise allein im ersten Halbjahr 1977 um 7,6%. Die Arbeitslosigkeit hat mit 8,3% den höchsten Gipfel seit 24 Jahren erreicht. Angespornt durch erfolgreiche Lohndrückerei, hat die kanadische Regierung Anfang August ein Arbeitsbeschaffungsprogramm verabschiedet: die Kapitalisten erhalten zig Millionen Dollar als „Investitionsbeihilfe“, Rückerstattung von Lohngeldern für Lehrlinge und neu eingestellte Arbeitslose; den arbeitslosen Lohnabhängigen wurde das Arbeitslosengeld gekürzt, die ersten beiden Wochen ihrer Arbeitslosigkeit erhalten sie keinen Cent, die Gesamtdauer des Bezuges wurde gekürzt. Mit der Drohung, daß ihnen das Arbeitslosengeld ganz gestrichen wird, werden sie gezwungen, jede Arbeit zu niedrigsten Löhnen und erniedrigendsten Bedingungen anzunehmen. Tausende werden auf diese Weise beim Straßen- und Eisenbahnbau eingesetzt. Bestandteil des Programms ist ferner der Ausbau der kanadischen Armee. Fast wöchentlich werden Gesetze durch die Parlamente gepeitscht, die die Bedingungen für den freien Verkauf der Arbeitskraft einschränken, die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse verschlechtern – die Rentenzahlungen wurden z.B. um insgesamt 20 Mio. Dollar gekürzt – und ihre Unterdrückung verschärfen. Besonders berüchtigt und hart bekämpft sind die Anfang Juli verabschiedeten neuen Einwanderungsgesetze, die den ausländischen Arbeitern alle Rechte nehmen, ihnen jegliche politische Betätigung, jede Beteiligung an selbständigen Streiks untersagen und ihre jederzeitige Abschiebung ermöglichen.

Die Arbeiterklasse antwortet auf all diese Angriffe mit der Ausweitung und Verstärkung ihrer Kampftätigkeit.

Durch Streiks verlorene Arbeitstage:
1974: 9,2Mio.
1975: 10,9Mio.
1976: 11,9Mio.

In diesem Jahr hat sich die Zahl der Streiktage, verglichen mit der entsprechenden Zeit 1976, um 500% erhöht. Ständig neue Schichten der Lohnabhängigen werden in die Streikbewegung hineingerissen. Mitte Mai waren die Arbeiter der US-Hotelkette Holiday Inn in Sydney und Nova Scotia für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in den Streik getreten. Sie setzten ihren Streik auch dann fort, als die Hotelbesitzer Mitte Juli Streikbrecher einsetzten und mit bewaffneten Schutztruppen gegen die Streikposten vorgingen. Anfang Juli traten 2600 Krankenschwestern in der Provinz Alberta für ihre Forderung nach Lohnerhöhung um 13%, gegen das Regierungsangebot von 6% in den Streik, dem sich im Verlauf die Krankenschwestern aus 23 weiteren Krankenhäusern anschlossen. Es streikten die Postarbeiter gegen die widerrechtliche Entlassung von „Hilfsarbeitern“. Es streikten die Belegschaften zahlloser kleinerer und mittlerer Betriebe, teilweise monatelang. Anfang August setzten sich die 200 Arbeiter der Atlantik-Zuckerraffinerien nach über einjährigem Kampf gegen die Regierung durch: die „Anti-Inflationsbehörde“ hatte Lohnrückzahlungen von insgesamt 60000 Dollar von den Arbeitern gefordert. Gezahlt wurde nichts. Im Zentrum der Kämpfe standen in den vergangenen Monaten die rund 500 Arbeiter von vier Getreidemühlen, darunter der US-Konzern Robin Hood. Sie streikten seit dem 4. Februar gegen die Anordnung der „Anti-Inflationsbehörde“, den abgeschlossenen Tarifvertrag rückgängig zu machen und die Löhne um 40 Cents zu kürzen. Robin Hood setzte bewaffnete Privattruppen ein, sie schossen am 22. Juli auf eine Demonstration der Arbeiter und verwundeten acht, darunter einen lebensgefährlich. Unter dem Druck der Gewerkschaftsführer, die diesen Streik von Beginn an sabotiert hatten, und unter falschen Zusagen – die 40 Cents wurden zugesagt, dann aber an die betrieblichen Pensionskassen gezahlt, aus der nur die Arbeiter Rentenzuschüsse bekommen, die bis zur Verrentung in den Mühlen arbeiten – kehrten die Arbeiter zweier Getreidemühlen Ende Juli an die Arbeit zurück. Die Arbeiter von Robin Hood und Maple Leaf beschlossen, ihren Streik bis zur Erfüllung ihrer Forderung fortzusetzen. – (Z-Red, nach Berichten der Zeitungen „People's Canada Daily News“ und „The Force“)

Die erklärte Absicht ist, die Stahlarbeiter im Konkurrenzkampf um den Profit zu verheizen

„Die Ursache der verworrenen Zustände, die am Stahlmarkt herrschen, liegt keineswegs an einem Verbrauchsrückgang, sondern an den gestiegenen Importen, und zwar bei Betonstahl aus Italien und bei Walzdraht aus Drittländern, nicht zuletzt aus dem Ostblock.“ Deswegen ist das EG-Krisenprogramm für „unsere Produkte gleich Null, weil bei Betonstahl die italienischen Wettbewerber die Mindestpreise völlig mißachten und munter drauf los produzieren“, erklärte W. Korf, Vorstandsvorsitzender der Korf-Stahlwerke. Mit Mindestpreisen wollen die EG-Kapitalisten versuchen, trotz Produktionsstagnation die Profite hoch zu halten. Daß die italienischen Stahlkonzerne die Mindestpreise unterlaufen, zeigt nur die Schärfe des Konkurrenzkampfes.

Betrug der Importanteil nach Westdeutschland bei Walzstahlerzeugnissen 1975 29%, so stieg er im Jahre 1976 weiter auf 34%. Der Anteil am Weltstahlmarkt ging für die westdeutschen Stahlkonzerne von 15 auf 12% zurück.

„Nachdem 1975 für die Stahlindustrie Schmalhans Küchenmeister gewesen war, ließen die 1976 erfreulich steigenden Bestellungen bei Werken der EG ein besseres Jahr erwarten. Doch im Verlauf des Jahres mußten wir feststellen, daß in der Küche ungebetene Gäste mitaßen. Stahlproduzenten aus dritten, nicht der EG angehörigen Ländern nahmen mit ihren Exporten wachsende Teile des Binnenmarktes für sich in Anspruch und unterliefen damit die Stabilitätsbemühungen der Stahlhersteller in der Gemeinschaft.“ (Dr. Gienow, Klöckner Werke AG)

Der erbarmungslose Konkurrenzkampf um den Profit gegen die ausländische wie inländische Konkurrenz ist auf den Aktionärsversammlungen der


Mannesmann-Kapitalist Overbeck

Stahlkonzerne mächtig angeheizt worden.

„Und was noch viel bedenklicher ist aus der Sicht von P&S (Peine & Salzgitter): Eines der Schlußlichter, was bisher auf dem deutschen Stahlmarkt war, nämlich Klöckner ... 1970 stand Klöckner mit den Bruttogewinnraten noch weit hinter den übrigen Unternehmen zurück – eben Klöckner hat im vorigen Jahr plus minus Null abgeschlossen, meine Damen und Herren, hat also keinen Verlust gemacht und hat dabei fast 150 Millionen DM Zinsen erwirtschaftet. Das sind alles bedenkliche Anzeichen, die man nicht vom Tisch wischen sollte, hier stimmt doch irgend etwas nicht.“ „Meine Verweigerung der Entlastung beruht auf drei Gesichtspunkten: 1. Ich sehe, daß das Unternehmen im Wettbewerb mit anderen Konkurrenten zurückfällt. Es lag einmal in der Spitzengruppe.“ (Dr. Herbst, P&S, Aktionärsversammlung)

Die einen wollen die Rückschläge, die sie haben einstecken müssen, ausgleichen, die anderen, die sich im Konkurrenzkampf um den Profit Vorteile verschafft haben, wollen die erreichten Marktanteile ausbauen. Das geht nur über die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter.

„Die Beteiligung an Holstein und Kappert bringt uns eigene Fabriken in den USA, in Spanien und ein bedeutendes Zweigwerk in Brasilien mit fast Tausend Beschäftigten.“ (Gienow, Klöckner) Noch Tausende von Arbeitern mehr auszubeuten, davon verspricht sich die Kapitalistenseele hohe Profite.

„Sie werden mit Recht fragen, was wir zur Verbesserung der Situation getan haben und weiterhin zu tun gedenken. Mit dem Abbau der Mehrarbeit ging gleichzeitig einher die Verringerung der eigenen Belegschaft und der Unternehmensarbeitskräfte. Insgesamt wurde in den Jahren 1975 und 1976 im Hoesch-Bereich der Personalbestand um 2700 Beschäftigte reduziert. Für dieses Jahr ist der weitere Abbau von weiteren 1200 Mitarbeitern vorgesehen.“ (Solbach, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG)

Der Kampf um Marktanteile geht über die Knochen der Arbeiterklasse. Gemeinsamkeit mit den Ausbeutern kann es nicht geben. Die Arbeiterklasse kann dagegen den Konkurrenzkampf unter den Stahlkapitalisten gut nutzen. Stillstand der Produktion durch Streik während des Lohnkampfes: Die Konkurrenz steht auf dem Sprung bereit. Nur dieses Mittel, der Streik kann die westdeutschen Stahlkapitalisten im Kampf um den Lohn in die Knie zwingen. – (Z-Red)

Zusammenschluß gegen Entlassungen auf der Maxhütte

Regensburg. Am 7. September war auf der Maxhütte Betriebsversammlung. Sie war schlecht besucht, weil auf einen Termin gelegt, an dem einige Schichten kurzarbeiten. Kurz zuvor stimmte der Betriebsrat dem aufgestellten Sozialplan zu, mit dem die Maxhütte mit verkleinerter Belegschaft und höherer Produktivität im Klöckner-Konzern Profite einbringen soll. Direktor Pracht legte klar, daß die Arbeiter für den Klöckner-Konzern verheizt werden sollen: „Das ist unser Plan, wenn wir uns an ihn halten, dann schaffen wir es ... Wenn wir die Tonne Stahl um 40 DM billiger machen können, würden wir mit Manchem wieder ins Geschäft kommen.“

Ihm zur Seite stand der Betriebsratsvorsitzende Edenhofer: „Wir haben den Betrieb aufgebaut, wir werden alles tun, damit er volkswirtschaftlich wieder rentabel wird.“ In der vorhergehenden Vertrauensleutesitzung traten einige Vertrauensleute gegen diese Pläne auf und forderten, auf die Straße zu gehen.

Bourgeoislügen über Frauenarbeitslosigkeit

Die Propaganda über „mangelnde Eignung“ soll den Boden für schrankenlose Ausbeutung bereiten.

„Frauen dürfen jetzt nicht aufgeben“, unter dieser Überschrift startet die „Für Sie“ der letzten Nummer einen erneuten Angriff auf die Arbeiterklasse. Die Frauen sind selbst schuld an ihrer Arbeitslosigkeit, ist der Tenor des Artikels: „Ursache Nr.1: Fast 60 Prozent der arbeitslosen Frauen haben keine Berufsausbildung ... Dennoch wäre es falsch, aus dieser Entwicklung den Schluß zu ziehen, Frauen täten besser daran, sich wieder mehr ihren ‚wahren‘ Pflichten im familiären Bereich zu widmen“ (Für Sie, Nr.19, S.93). Es spricht die Kapitalistenseele. Denn die Kapitalisten wollen natürlich die Arbeiterfrauen kaufen, aber nur unter elendesten Bedingungen. Dazu nutzen sie die hohe Arbeitslosigkeit bei den Frauen und die Tatsache, daß sie die Löhne der Arbeiter bereits so weit gedrückt haben, daß die Frauen mitarbeiten müssen.

Sie müssen über die Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit hinwegtäuschen, um einen gemeinsamen Kampf von in Arbeit stehenden und arbeitslosen Arbeitern zu verhindern. Erst dann können sie ihr Programm ungehindert durchsetzen. Da greift ihnen die Gewerkschaftssozialdemokratie unter die Arme. So tönten sie auf der 9. DGB-Bundesfrauenkonferenz: „Die Delegierten sprachen sich immer wieder dagegen aus, Arbeitnehmerinnen als eine ‚industrielle Reservearmee‘ zu betrachten, die in wirtschaftlichen Krisenzeiten diffamiert und aufgefordert wird, ihre Arbeitsplätze zu räumen. In einer Entschließung wird festgestellt: Die hohe Arbeitslosigkeit hat bei vielen konservativen Kräften eine Welle der Feindlichkeit gegenüber erwerbstätigen Frauen, vor allem verheirateten Frauen ausgelöst.“ (ÖTV-Magazin, Nr.7/77).

Ein falsches „Frauenbild“ liegt also der hohen Arbeitslosigkeit auch zugrunde. „Die den Frauen gegenüber bestehenden Vorurteile im Arbeitsleben müssen abgebaut werden“, so läßt dann auch gleich Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, in der „Für Sie“ heraus. „Wichtig: Frauen sollen sich vom Berufs- bzw. Arbeitsberater des Arbeitsamtes über eine Ausbildung oder Fortbildung beraten lassen“ (Stingl in „Für Sie“). „Nie war es für Frauen so wichtig, einen Beruf zu haben, wie heute. Und nie kam es sosehr darauf an, welchen Beruf sie ausüben. ... Zum Beispiel ist es besser, nicht nur zwei Jahre Verkäuferin zu lernen, sondern die einjährige Zusatzausbildung zum Einzelhandelskaufmann anzuhängen.“ Die Wirklichkeit überführt diese Behauptungen der Lüge. Dazu zwei Beispiele:

Eine Arbeiterin von Fricke & Nakke/Braunschweig berichtete uns: Sie ist gelernter Einzelhandelskaufmann, hat jedoch nach der Lehre keine Arbeit in ihrem Beruf gefunden. Sie ging als Hilfsarbeiter zu Olympia und bekam dort ca. 1 600 DM brutto. Nachdem sie dort 1/2 Jahr krank war, wurde sie gefeuert. Sie stempelte ein Jahr und mußte dann den dritten Vermittlungsvorschlag annehmen: als Hausmädchen nach Hahnenklee in den Harz, für 360 DM netto, davon wurde gleich die Hälfte für Essen und Wohnen abgezogen. Das hieß für sie: ca. 1 000 DM brutto weniger als vorher und ca. 100 km von ihren Eltern weg. Sie mußte bis zu 60 Stunden die Woche arbeiten. Sie fing dort mit fünf anderen an, nach drei Wochen kündigten alle. Sie war dann wieder arbeitslos und bekam wieder Vermittlungsvorschläge als Hausmädchen.

Schmalbach-Lubeca/Seesen (Elektrobranche): Dort arbeiten fast nur Frauen. Sitte ist es dort, nach Belieben einzustellen und rauszuschmeißen. Ende 1975 wurden 40 bis 50 Frauen entlassen, im Februar 76 erschienen wieder dicke Anzeigen: Frauen gesucht ... Junge Mädchen ab 15 Jahren arbeiten dort Schicht (Frühschicht und Spätschicht, also von 6.00-14.30 h und von 14.30-23.00 h) und Akkord. Eine Abteilung, wo nur Frauen sind, mußte auch schon Nachtschicht arbeiten – „die Aufträge drängten so“.

Die Arbeit ist teilweise körperlich sehr schwer. Die Frauen, die schon etwas länger da sind, haben fast alle was am Rücken und Unterleib weg und ertragen die Arbeit nur noch mit starken Schmerztabletten. In der Halbautomatischen Fertigung I ist vielleicht 1 % der Maschinen gesichert, der Rest wird mit Fußtritt bedient und abgeklemmte Finger sind da keine Seltenheit. Einer Arbeiterin wurden dort vor einiger Zeit von einer kleinen Walze die ganzen Haare vom Kopf gerissen, obwohl sie nur schulterlang waren.

Gezahlt wird 6,44 DM pro Stunde und ca. 70 Pf. Prämie. Häufig arbeiten dort Verkäuferinnen, weil sie in ihrem Beruf noch saumäßiger bezahlt werden oder keine Arbeit finden. Der Konzernumsatz der Schmalbach-Lubeca GmbH wurde von 1975: 1,168 Mrd. auf 1976: 1,290 Mrd. DM, also um gut 10% gesteigert. Die gewerblichen Arbeitnehmer von 1974: 9 122 auf 1975: 8 032 gesenkt. „Wie der Vorsitzende der Geschäftsleitung Dieter Madaus vor der Presse erklärte, sei man mit der Entwicklung des Jahres 1976 im großen und ganzen zufrieden“ (IHK 3/77).

Weit haben sie es bereits getrieben mit der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Großes haben sie noch vor. So plant der Schmalbach-Konzern für 1977, den Konzernumsatz auf 1,4 Mrd. DM zu steigern. Über alle Schranken hinweg soll die Ausbeutung getrieben werden. Die Propaganda über „mangelnde Eignung“ und „ungenügende Ausbildung“ soll dafür den Boden bereiten. - (Bezirk Östl. Niedersachsen)


Hochglanzfoto im Vorlesungsverzeichnis Uni Bremen. Siemens wirbt: „Gut durchdachte Rationalisierungen tragen dazu bei, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.“

Schindluder mit der lebendigen Arbeitskraft

Hannover. Nicht nur durch die verschärfte Akkordarbeit, durch Nacht- und Schichtarbeit ruinieren die Conti-Kapitalisten die Gesundheit der Arbeiter und zerstören ihre Arbeitskraft. Dafür, daß der Profit stimmt, sind schon -zig Arbeiter auf der Conti durch lebensgefährliche Dämpfe, durch Ruß oder Talkum draufgegangen. Im Gummimischsaal im Werk Limmer, wo Ruß und Talkum zum Gummimischen benutzt wird, haben die Arbeiter durchweg eine Staublunge. Wenn man einmal durch die Abteilung gegangen ist, ist man entweder pechschwarz oder schneeweiß vom Scheitel bis zur Sohle. Die Rußabteilung im Werk Stöcken wird regelrecht isoliert von den anderen Abteilungen. So dürfen die Arbeiter nicht in eine andere Kantine gehen als in die extra für diese Abteilung hergerichtete Kantine.

In der Reifenputzerei in Vahrenwald, wo die Reifen zum Schluß der Produktion gesäubert werden, wird u.a. den Innenwänden der Reifen eine Lösung eingestrichen, um die Reifen später auswuchten zu können. Dabei wird ein Kleber verwendet mit der Aufschrift: „Vorsicht! Gefährliche Dämpfe!“ Diese Aufschrift hätte man sich sparen können, denn es gibt z.B. im dem Raum nicht ein Fenster nach außen und keinen Abzug. 68 Klebestellen hat der Arbeiter heute einzustreichen, früher waren es 36. Früher konnte man auch noch eine Gasmaske tragen, was heute ebenfalls nicht mehr ist. Der Arbeiter, der seit Mai diese Arbeit macht, klagt ständig über Kopfschmerzen, hat Kreislaufschwäche und einen niedrigen Blutdruck. Der Arbeiter, der bis zum Mai diese Arbeit gemacht hat, ist am Arbeitsplatz umgekippt und seitdem nicht mehr arbeitsfähig.

Die Räumlichkeiten in der Abteilung sind viel zu eng. Man kann sich beim Arbeiten kaum bewegen. Die Reifen kommen dampfend aus der Reifenheizung, die Arbeiter kriegen kaum Luft, die Hitze ist unerträglich. Oft platzen Wasserrohre an der Decke der Abteilung, so daß wahre „Wolkenbrüche“ heiß und kalt auf Arbeiter und Maschinen niederprasseln. Für die Kapitalisten sind die Arbeiter nichts als Arbeitsvieh, von den Abteilungsleitern werden sie behandelt wie ein Stück Dreck. „Die Arbeiter sind besoffen oder nicht ganz echt in der Rübe“, hat der stellvertretende Abteilungsleiter Nolte die Reifenputzer angemacht. Das brachte das Faß endgültig zum Überlaufen. Die Arbeiter forderten, daß Nolte sich entschuldige durch Aushang am Schwarzen Brett. Auf der am gleichen Tag stattfindenden Betriebsversammlung wurden die Zustände in der Abteilung angeprangert. Als dann die Betriebszeitung des KBW diese Zustände enthüllte und über den Kampf der Arbeiter dagegen berichtete, sind Handwerker in die Abteilung geschickt worden, die Fenster durch die Wände gestoßen und lose Steine an der Decke wieder befestigt haben. Nolte traut sich allein nicht mehr in die Abteilung, das geht jetzt nur noch mit einem „ständigen Begleiter“. – (Conti-Zelle, Hannover)

Arbeiter unter 30 Jahre / Zwei Stunden Arbeitsweg ist zumutbar

So mobil sollen die Arbeiter für die Kapitalisten sein

Bremen. Auf der Klöckner-Hütte Bremen sollen zum 30.9.77 alle Arbeiter, die 59 Jahre und älter sind, entlassen werden. Es werden und wurden viele neue Arbeiter eingestellt. Von den neu Eingestellten ist kaum jemand über 30 Jahre. Der überwiegende Teil kommt vom Land und aus Bremerhaven. Die Arbeiter aus Bremerhaven sind zwölf Stunden von zu Hause weg. Etwa 100, auch meistens noch sehr junge Arbeiter, kommen aus Ostfriesland. Sie sind gezwungen, im Klöcknerheim zu wohnen und können nur während der freien Tage nach Hause fahren.

Die Arbeiter, die um die 20 Jahre sind, werden hauptsächlich für schlechtbezahlte Arbeiten eingesetzt. Unter ihnen sind viele Facharbeiter, die nach der Lehre keine Arbeit gefunden haben. Ein türkischer Arbeiter, der ausgebildeter Maschinenschlosser ist, wird als Packer in Lohngruppe 4 mit etwa 1 200 DM bei Schichtarbeit beschäftigt. Ein 21jähriger Elektriker, der noch eine Stelle als Elektriker gefunden hat, sollte als Produktionsleiter in Lohngruppe 5 eingesetzt werden. Der Arbeiter war vorher bei der Bundeswehr gewesen und hatte nach sechs Wochen Arbeitslosigkeit noch kein Arbeitslosengeld und auch keinen Bescheid über die Höhe des Arbeitslosengeldes bekommen. Der Arbeiter wäre drei Lohngruppen tiefer eingestuft worden. Er sagte, er habe die Arbeit trotzdem genommen, weil er nicht wußte, wovon er sonst hätte leben sollen.

Vor dem Beginn der ersten Kurzarbeitsperiode vor zwei Jahren wurden 200 Arbeiter eingestellt, für die Klöckner für ein Jahr keinen Pfennig Lohn zahlen brauchte. Der Lohn wurde aus der Arbeitslosenversicherung und vom Bremer Senat bezahlt.

Im letzten Jahr sind 25 Jugendliche von der Pleite gegangenen Firma Hansawaggon ohne Arbeitsvertrag eingestellt worden. Bezahlt wurden sie aus der Arbeitslosenversicherung. Über ihre Einstellung bei Klöckner sollte dann nach einem Jahr entschieden werden. Auf der Hütte werden Umschüler zu Elektrikern und Schlossern ausgebildet. Die Umschulung wird von der Geschäftsleitung als besonders soziale Leistung hingestellt. Die Umschüler werden aus der Arbeitslosenversicherung bezahlt. Nach dem Ende der Umschulung können die Klöcknerkapitalisten sie gleich voll einsetzen, da sie den Betrieb von der Ausbildung her ja schon kennen. Als im letzten Jahr die Zahlungen für die Umschüler gekürzt wurden, sprangen die Klöcknerkapitalisten „hilfreich" mit einem Kredit ein. Dieser Kredit hatte nur den Zweck, die Arbeiter den Klöcknerkapitalisten zu unterwerfen. Bei „selbstverschuldeter" Entlassung muß er zurückgezahlt werden.

Zur Zeit planen die Klöcknerkapitalisten, 100 neue Flämmer einzustellen. Die Flämmer müssen die Brammen mit Brenngeräten von Zunderstücken befreien. Die Arbeit führt zum schnellen Verschleiß der Arbeitskraft. Die Atemorgane und das Rückgrat werden ruiniert. Die Arbeit wird schlecht bezahlt. Die Flämmer haben Lohngruppe 4 und kommen mit Contischicht und Hitzezulage kaum über 1 400 DM im Monat. Viele Arbeiter sagen: „Nicht für 30 DM die Stunde würde ich diese Arbeit machen." In der Flämmerei arbeiten nur türkische Arbeiter, die durch ihre rechtlose Lage gezwungen werden, diese Arbeit anzunehmen. Die Flämmer haben im letzten Jahr für mehr Lohn gestreikt. Der Streik wurde niedergeschlagen. In der Flämmerei wird die Unterdrükkung in letzter Zeit ungeheuer verschärft. Die Arbeiter werden wegen Kleinigkeiten entlassen. Es sollen bei den 100 Flämmern, die jetzt eingestellt werden, hauptsächlich deutsche Arbeiter genommen werden. Die Arbeitslosen sollen durch die Drohung von Entzug des Arbeitslosengeldes zur Annahme noch ruinöserer Arbeit gezwungen werden. Die Klöcknerkapitalisten hoffen, zwischen deutschen und türkischen Arbeitern spalten zu können, um so die Ausbeutung weiter zu verschärfen. – (Klöckner-Zelle, Bezirk Bremen/Unterweser)

Zwei Anträge zum Jugendarbeitsschutzgesetz: Erhaltung der verrotteten Zustände oder Kampf dagegen

In den Gewerkschaften gibt es Kampf um die richtigen Forderungen, unter denen die Arbeiterklasse verhindern kann, daß die Kapitalisten die Lehrlinge und Jungarbeiter zu rechtlosen Tagelöhnern herunterdrücken können, über die zu Tages- und Nachtzeiten schrankenlos verfügt werden kann. Die zwei nebenstehenden Anträge sind Ausdruck dieses Kampfes. Die Sozialdemokratie betreibt in den Gewerkschaften die Unterdrückung dieses Kampfes. Anstatt den Interessen der Arbeiterklasse beim Schutz ihrer Jugend zum Durchbruch zu verhelfen, betreiben die Sozialdemokraten Unterwerfung unter die staatlichen Organe, was klassisch in dem Antrag an den Drupa-Gewerkschaftstag zum Ausdruck kommt. Dagegen benennt der Antrag an den IG-Metall-Gewerkschaftstag eine Linie, unter der die jugendliche Arbeitskraft vor der hemmungslosen Profitgier der Kapitalisten geschützt werden kann; deshalb muß man diesen Antrag unterstützen. Es gilt jetzt, die richtigen Forderungen intensiv zu unterstützen und den gewaltigen Drang der Jugend gegen dieses Gesellschaftssystem, dessen Verrottung sie in der Schule, während der Lehre oder als Arbeitslose früh erfahren, zu fördern, um sie für den proletarischen Klassenkampf zu gewinnen.

Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier. Antragsteller: Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Gewerbeaufsichtsamt und Jugendarbeitsschutz. Die zuständigen staatlichen Stellen werden aufgefordert, die Gewerbeaufsichtsämter personell stärker zu besetzen, damit sie ihre Kontrollfunktionen insbesondere zur Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes besser wahrnehmen können. *Begründung:* Ein noch so fortschrittliches Jugendarbeitsschutzgesetz hat keine Wirkung, wenn nicht die notwendigen Kontrollen durchgeführt werden. Die bekannt gewordenen Verstöße und noch viel mehr die Dunkelziffer beweisen die Notwendigkeit dieser Forderungen.

Antrag an den IG-Metall-Gewerkschaftstag / Antragsteller: Verwaltungsstelle Darmstadt

Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Delegierten beauftragen den Vorstand der IG Metall, auf die Parteien im Deutschen Bundestag einzuwirken, umgehend eine Überarbeitung des 1976 in Kraft getretenen Jugendarbeitsschutzgesetzes in Angriff zu nehmen.

Das Gesetz gewährleistet in seiner jetzigen Fassung weder den Schutz der Jugendlichen vor wirtschaftlicher Ausbeutung noch stellt es den arbeitsbegleitenden Gesundheitsschutz sicher.

Nach wie vor sind die Forderungen der Gewerkschaften nach
- generellem Verbot der Kinderarbeit
- Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen unter 16 Jahren außer zum Zwecke der Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf
- Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit
- volle Freistellung an Berufsschultagen
- 6 Wochen bezahlten Jahresurlaub
- Wegfall aller Ausnahmeregelungen
- ausnahmsloses Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit
- Verbot der Schicht-, Akkord- und Fließarbeit

nicht erfüllt. Die Delegierten fordern daher die Novellierung des Gesetzes unter Berücksichtigung der genannten Forderungen. Die jetzige Fassung des Gesetzes stellt weder eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Jugendarbeitsschutzgesetz von 1960 dar noch ist es zeitgemäß.

Kapitalisten verlangen gesetzliche Anerkennung ihrer schrankenlosen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft

In welchen Ausmaßen die Kapitalisten gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der jugendlichen Arbeitskraft während der derzeitigen Krise abgeschafft haben, verdeutlichen verschiedene Umfragen der Gewerkschaften:

88,2% der befragten Jugendlichen einer Umfrage der Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel, Gaststätten in Baden-Württemberg erklärten, daß sie täglich mehr als 8 bis 15 Stunden arbeiten müssen. 92% haben eine Wochenarbeitszeit von 40 bis 80 Stunden. Im Jugendarbeitsschutzgesetz wird die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden und die wöchentliche auf 40 Stunden festgelegt. Jugendliche dürfen laut Gesetz von morgens 7 Uhr bis abends 20 Uhr beschäftigt werden. Für all diese Regelungen sind Ausnahmebestimmungen geschaffen worden, von denen die Kapitalisten vielfältig Gebrauch machen. Die in diesem Gesetz verstümmelt noch enthaltene Anerkennung von Forderungen der Arbeiterklasse nach Schranken gegenüber der Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft wollen die Kapitalisten abschaffen, um die Jugendlichen wie ältere Arbeiter einzusetzen für größere Profite. So ergab die Umfrage, daß 68,8% bereits von null bis vier Uhr mit der Arbeit anfangen müssen und für 20,2% die gesetzliche Nachtruhe außer Kraft gesetzt worden ist, indem sie von 22 Uhr bis 4 Uhr zür Arbeit gezwungen werden. Im Metzgerhandwerk haben 89,3% eine Arbeitswoche von mehr als 40 bis 66 Stunden, und in 82% wird gegen das Nachtarbeitsverbot verstoßen.

Schon bei der Neufassung des Gesetzes im letzten Jahr wurde durch die Sozialdemokraten in der Regierung das Verbot der Akkordarbeit eingeschränkt und die Einführung der Kinderarbeit erleichtert. Ministerpräsident Filbinger (CDU), selbst Hotelbesitzer, wollte die letzten Hemmnisse zur umfassenden Ausbeutung der Jugendlichen zu jeder Stunde der Woche beseitigt haben. Das Hotel- und Gaststättengewerbe drohte gleichzeitig, keine Lehrlinge mehr einzustellen, wenn die Regierung sich widersetzen würde. Be-
Regierung sich widersetzen würde. Be-
reits im März verhandelte der Bundesrat einen Antrag Filbingers zwecks „Überprüfung ausbildungshemmender Vorschriften". Die Sozialdemokraten deckten mit viel Tamtam um den von ihrem Minister Rohde getätigten Kuhhandel über 100000 versprochene zusätzliche Lehrstellen der Kapitalisten die praktische Beseitigung dieser der Profitgier entgegenstehenden Bestimmungen des Gesetzes. Sie erließen die vorgesehene Ausgleichszahlung bei Nichteinstellung von Lehrlingen nach dem Arbeitsförderungsgesetz für dieses Jahr. Jetzt hat die Regierung ebenfalls den Filbinger-Vorstoß begrüßt und will tätig werden.

„Durch eine Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes sollte die Möglichkeit geschaffen werden, daß in bestimmten Ausbildungsbereichen die Gestaltung der Ausbildungszeit besser dem tatsächlichen Arbeitsablauf angepaßt werden kann. Dies gilt z.B. für die Dauer der Schichtzeit im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe bei längeren Wegezeiten. Im Interesse einer ausreichenden Ausbildungszeit erscheint auch eine Überprüfung der Vorschriften über die Nachtruhe bei Bäckereien und Konditoreien sowie Krankenanstalten geboten. Schwierigkeiten können schließlich auch dadurch auftreten, daß nach § 9 an Berufsschultagen Jugendliche bereits ab einer Unterrichtszeit von fünf Stunden einschließlich Pausen nicht mehr beschäftigt werden dürfen." (Auszug aus Bundesratsdrucksache Ziffer 3 111/77)

Bezahlung als Lehrling bei Tätigkeit eines Handlangers und uneingeschränkter Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft zu allen Tages- und Nachtzeiten soll gesetzlich festgelegt werden, um den Zustand schrankenloser Ausbeutung von Jugendlichen und Kindern durchzusetzen.

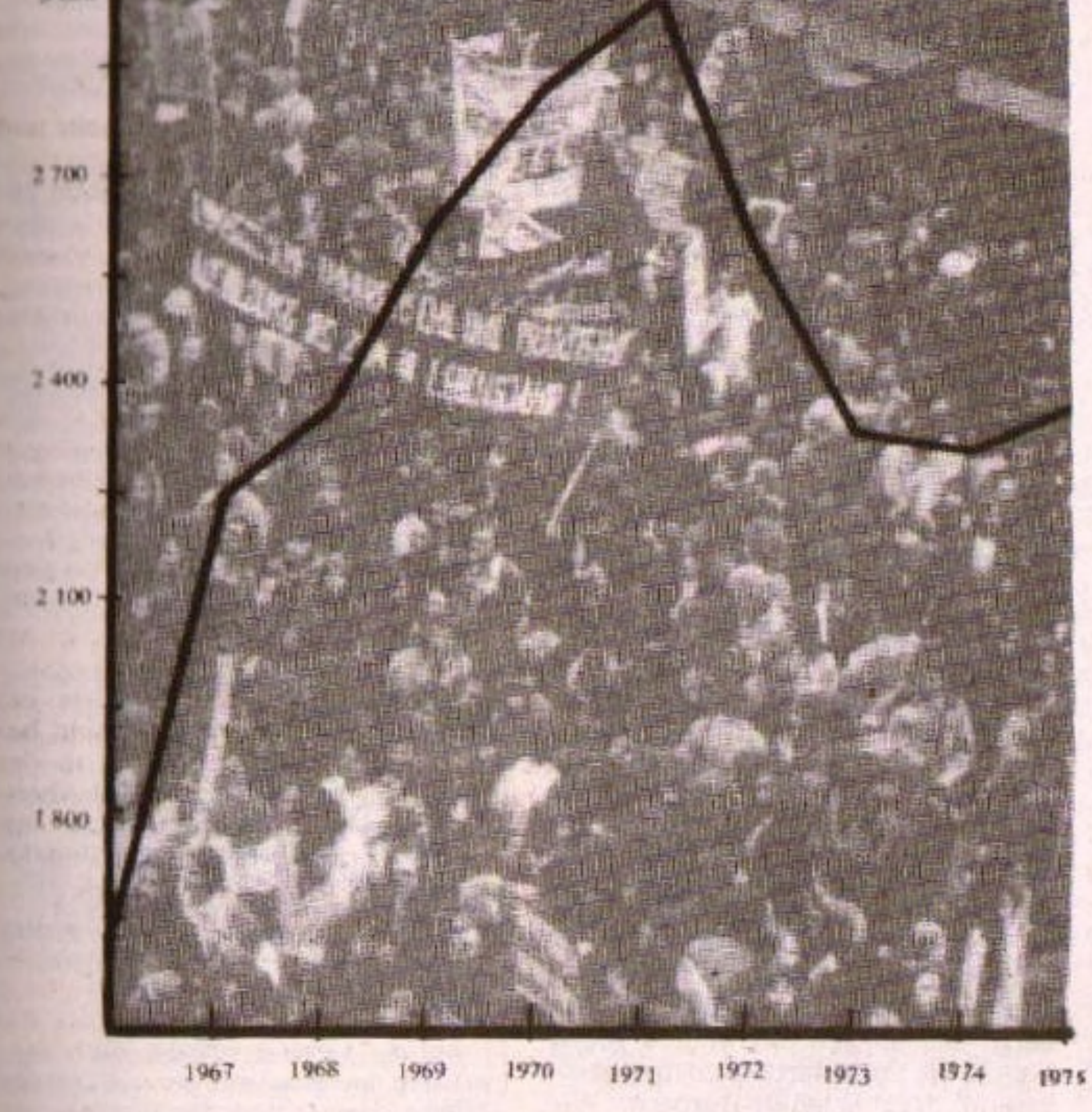
Darin liegen die Absichten bei der Abschaffung von „ausbildungshemmenden Vorschriften". Die Bereitschaft der Sozialdemokraten, unter Vorgabe von Beschaffung von 100000 zusätzlichen Lehrstellen den Kapitalisten freie Hand im Beiseitefegen der Schutzmaßnahmen zu gewähren, ist nur die andere Seite der Winkelzüge der Politiker von CDU und sozialliberaler Koalition, um der frühzeitigen Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft freie Bahn zu geben.

Die anstehenden Gewerkschaftstage sind wichtige Zeitpunkte für die Arbeiterklasse, den Absichten der herrschenden Klasse entgegenzutreten und gesetzlichen Schutz zu fordern, daß für Jugendliche Nacht- und Schichtarbeit verboten werden und die Arbeitszeit nicht länger als sechs Stunden betragen darf. – (Z-Red.)

„Ich bin doch kein Dieb – die Regierung hat ja auch die Rentner beschissen"

„Klauen ist Volkssport", sagt Hannovers Polizeipräsident Boge. Der Grund: „Sie haben es genausowenig gelernt wie die Erwachsenen, ihre Wünsche zurückzuschrauben." (Hannoversche Allgemeine, 24.5.) Er meint die Jugendlichen.

Von 186 907 Straftaten im ersten Halbjahr 1977 in Niedersachsen wurden 9,88 % von Kindern, 16,18 % von Jugendlichen und 12,50 % von Heranwachsenden begangen (Hannoversche Allgemeine, 13.8.). Die „Frankfurter Allgemeine" weiß zu berichten, daß „70 % der Jugendkriminalität etwas mit Stehlen zu tun (hat)" (19.8.).



Verurteilungen von Jugendlichen in Niedersachsen aufgrund des „einfachen Diebstahls"

Schaubild 1 zeigt, wie die Verurteilung der Jugendlichen im Land Niedersachsen (14 bis 18jährige) für einfache Diebstähle während der Krise 66/67 rapide ansteigt. Die Lage der Arbeiterfamilien hatte sich durch die Arbeitslosigkeit und Lohndrückerei verschlechtert. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen nimmt 1967 das erste Mal ab. Ab 1970 drängen die Jugendlichen in die Gewerkschaften, Kämpfe gegen die kapitalistische Ausbildung in Schule und Betrieb werden organisiert. Gleichzeitig steigt die Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugend organisiert den Zusammenschluß – z.B. in den großen Demonstrationen des DGB – gegen die elende Lage der Jugendlichen. Der Kampf gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse spiegelt sich im Absinken der Kurve der einfachen Diebstähle wider. Die Gewerkschaftssozialdemokraten zersetzen den Kampf der Jugendlichen, und so steigt die Kurve wieder an mit wachsender Verelendung der Arbeiterjugend. Zugleich wurde Anfang 1975 der § 370 StGB (Mundraub, Verfolgung nur auf Antrag, Höchststrafe 500 DM oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen) abgeschafft, stattdessen wird der neue § 248a „Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen" angewendet, bei dem eine Höchststrafe nicht beinhaltet ist.

Für die Bourgeoisie ist die steigende Zahl von Straftaten der Jugendlichen Ausdruck eines „fehlenden Unrechtsbewußtseins", ein „lässiges Verhältnis zum Eigentum" (Frankfurter Allgemeine, 19.8.). Recht, Ordnung und Arbeitseifer soll den Jugendlichen eingebleut werden. Dazu die Bremer SPD auf der ersten Bürgerschaftssitzung in der vorigen Woche: „Enge Zusammenarbeit zwischen den Sozial-, Schul- und Jugendbehörden sowie der Polizei". Das Zuchthaus, in dem die verurteilten Jugendlichen gefangengehalten werden, mit der Pflicht zur Arbeit im Akkord, z.B. wie in Vechta für 4,32 DM täglich, soll auch für die anderen Jugendlichen errichtet werden mithilfe der Zwangsarbeit „ABM-Maßnahmen". Die Stadt Lüneburg hat eigens einen Sozialarbeiter engagiert, der die nicht arbeitslos gemeldeten Jugendlichen ausspitzeln soll, um sie ins „Modellprojekt ‚Hilfe für jugendliche Arbeitslose'" einzuzwängen. Die Arbeiterjugend muß sich revolutionär zusammenschließen, damit sie diese Ausbeuterordnung bekämpfen und den Sozialismus aufbauen kann. – (N-Red.)

Die kapitalistische Fabrik ist ein Zuchthaus für die Arbeiterklasse

Hannover. Nach dem Umzug der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" aus der Innenstadt an den Stadtrand, der Zusammenfassung von Verwaltungsangestellten und Arbeitern unter einem Dach, der Fusion der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" und der „Neuen Hannoverschen Presse" unter dem einheitlichen Kommando der Madsack-Kapitalisten, wobei 200 Beschäftigte entlassen wurden, hat es die erste Aufstockung der Pförtner gegeben.

Kurz danach haben die polizeimäßig ausgebildeten Werkschutzleute der Wach- und Schließgesellschaft den Schutz des Eigentums von Madsack übernommen.

Seitdem werden die Arbeiter und Angestellten wie im Gefängnis gehalten: Ohne Vorzeigen der Personalkarte mit Foto und den persönlichen Daten kommt man nicht auf das Gelände. Besucher werden nur hereingelassen mit einem Passierschein, der ausgestellt wird von den Werkschützern nach Anfrage bei dem zu Besuchenden, ob auch tatsächlich jemand erwartet wird. Auf dem Passierschein wird genau Ankunft und Ende des Besuchs, jeweils namentlich unterzeichnet, eingetragen.

Kurz nach dem Ableben vom Dresdner Bankchef Ponto wurden die Kontrollen gegenüber der Belegschaft verschärft. In einem Aushang der Geschäftsleitung hieß es dazu, daß so die Arbeiter und Angestellten vor einem „Terrorangriff" auf das Zeitungsgebäude geschützt werden sollten und man solle doch den Werkschutz bei seiner Arbeit unterstützen: So mußte auch bei Verlassen des Geländes die Personalkarte gezeigt werden, sonst kam man nicht raus. Mit Hunden wurden tagsüber Rundgänge um das Gebäude gemacht. Die Besucher wurden keinen Augenblick allein gelassen, sondern mit Werkschutzleuten durchs Haus geführt und auch wieder rausgebracht.

Die kapitalistische Fabrik ist nichts anderes als ein riesiges Zuchthaus für die Arbeiterklasse: Umgeben von einem meterhohem Zaun, der Zaun versehen mit Fotozellen zum Alarmauslösen, Werkspolizei, ausgerüstet mit Funkgeräten und zusammengerottet an den Punkten, wo sich die Arbeiter sammeln können: in der großen Eingangshalle bei Madsack und, wo sie Streikketten errichten müssen, um beim Streik keinen reinzulassen, am Tor. Im Frühjahr dieses Jahres – zur Zeit der Tarifauseinandersetzung im Druckbereich – ist die Werkschutztruppe weiter aufgestockt und verjüngt worden. Die alten Pförtner, die gezwungen waren, sich beim Werkschutz zu verdingen, sitzen jetzt nur noch in der Eingangshalle und haben einen jungen Kerl zur Kontrolle dabei.

Die Werkschutztruppe ist im Betrieb verhaßt und isoliert. Die verschärfte Kontrolle hat zu Angriffen auf den Werkschutz geführt. Sie mußte wieder zurückgenommen werden. (N-Red.)

Programmvorschau: Dienstag, 13.9.1977, ARD
„Planübung"

Am 6. Juni haben die ARD einen ausgekochten Kriegspropagandafilm „Frieden ist der Ernstfall" gezeigt. NATO und Warschauer Pakt waren kriegerisch aneinandergeraten, über „Spannungen" in Italien, Norwegen, Naher Osten und Türkei hat die Sowjetunion begonnen, Truppen zu mobilisieren gegen das „atlantische Verteidigungsbündnis", was ja nun beginnen mußte, ebenfalls zu mobilisieren, um die Aggression aus dem „Osten" niederzuschlagen. Das Ganze findet statt auf europäischem Territorium. Wir haben damals in der KVZ Nr. 24 geschrieben: „Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges ist in ein Stadium gerückt, in dem sie unauffällig nicht mehr durchgeführt werden kann. Freie Bahn der Rüstung, dem aggressiven Aufmarsch eine Gasse müßte der Film heißen, denn beides ist ‚notwendig', wenngleich unleugbar ‚gefährlich'."

Keine vier Monate später setzt nun das Erste Deutsche Fernsehen diese Kriegsvorbereitung fort mit dem Fernsehspiel „Planübung". Mit diesem Film zieht die ARD der offenen Aggressivität nach, die die Erörterung ihrer Kriegsführung unter den westdeutschen Imperialisten angenommen hat.

„Der Dritte Weltkrieg beginnt am Dienstag. In Hamburg haben Bombenangriffe alle Elbbrücken zerstört. Starke Feindkräfte greifen nördlich des Harzes bis Helmstedt nach Westen an. Der ‚roten' Armee gelingt mit starker Luftunterstützung ein tiefer Vorstoß, der an Hannover vorbei bis über die Weser nach Minden führt. Die 21. Panzerdivision und die 15. Panzerdivision der Bundeswehr versuchen, den Feind östlich der Weser aufzuhalten und zu zerschlagen. Die Zivilbevölkerung kann nicht evakuiert werden. Sie sucht in Kellern Zuflucht", kündigt der „Stern" letzter Woche diesen Film an.

War im ersten Film allgemein europäisches Territorium an *einer* kriegerischen Auseinandersetzung beteiligt, so wird in seiner Fortsetzung der Dritte Weltkrieg auf westdeutschem Territorium angekündigt. Und nur Bundeswehrtruppen gegen „rote" Armee. Es werden deutsche Städte und Flüsse mit Namen genannt. „Es fällt kein Schuß, kein Soldat stirbt, kein Haus wird zerstört." Jeder darf mitspielen und mitplanen. Nicht mehr der Gedanke soll aufkommen, wessen Interessen auf diesen Schlachtfeldern von den Arbeitern und Lohnabhängigen der verschiedenen Länder militärisch vertreten werden sollen. Einmal im Spiel drin, stellt man fest, daß die „Roten" ja, würde man das zulassen, Westdeutschland zerstören. Also wird man sich Gedanken dazu machen, wie

und Flüsse mit Namen genannt. „Es fällt kein Schuß, kein Soldat stirbt, kein Haus wird zerstört." Jeder darf mitspielen und mitplanen. Nicht mehr der Gedanke soll aufkommen, wessen Interessen auf diesen Schlachtfeldern von den Arbeitern und Lohnabhängigen der verschiedenen Länder militärisch vertreten werden sollen. Einmal im Spiel drin, stellt man fest, daß die „Roten" ja, würde man das zulassen, Westdeutschland zerstören. Also wird man sich Gedanken dazu machen, wie

man verhindern kann, daß die „rote" Armee überhaupt ins Land kommt. „Angriff ist die beste Verteidigung", klar, die „Roten müssen angegriffen werden", ist die logische Konsequenz, eine ideologische Hürde für die Bourgeoisideologen von der ARD ist genommen, die Front muß nach Osten, die „Verteidigungsarmee" Bundeswehr muß angreifen, um dem Feind zuvorzukommen.

„Die Idee zu dem sachlichen Gruselstück fand der 53jährige Weltkrieg-II-Gefreite Menge ... Ein halbes Jahr recherchierte Menge, nahm an taktischen Manövern der Bundeswehr teil, holte sich Informationen von der Führungsakademie und lief durch das Bundesverteidigungsministerium." „Was ich danach absonderte, war kein Drehbuch, sondern eine Partitur", sagt der Autor des Filmes. Eine Partitur ist ein genauer Plan von einem Musikstück, so übersichtlich gestaltet, daß man die Noten aller mitwirkenden Instrumente gleichzeitig erfassen kann. Man kann sich darauf verlassen, daß diese „Planübung" eine Partitur ist. Die Bourgeoisideologen haben sie herausgebracht, damit sich die Arbeiter in Westdeutschland, die ja den wichtigsten Part übernehmen sollen, nämlich die kämpfenden Truppen, an solcher Art Kriegspläne gewöhnen. Alles ist eingeplant in diesem „Spiel":

„Dörfer und Städte werden nur zum Kampfgebiet, wenn es sich nicht vermeiden läßt", sagt der Zweite-Weltkriegsgefreite Menge durch einen General im Film, „denn Ortskämpfe verzögern den Vormarsch". Das ist ihm wohl noch in Erinnerung geblieben vom Zweiten Weltkrieg, daß es nie leicht war, Ortschaften im Kampfgebiet zu haben, zu leicht könnten sich die kämpfenden Trupen mit der Bevölkerung verbünden und die Gewehre in die richtige Richtung drehen. Die Gefahr besteht für die herrschende Klasse heute wie damals.

Damit dies nicht geschehen soll, wird aus allen Rohren der bürgerlichen Presse geschossen. Kein „Spiel" ist dieser Film der ARD, sondern Propaganda der Reaktion und des imperialistischen Krieges gegen die internationalen Interessen der Arbeiterklasse. – (Z-Red.)

Heinz Kluncker auf der Flucht nach vorn

„Zu welchem Zeitpunkt vor der Tarifrunde darf wer was sagen, vorschlagen, empfehlen?"

Am Freitag letzter Woche äußerte sich Heinz Kluncker zur Steuersenkung der Bundesregierung: Keine Auswirkung auf die Tarifauseinandersetzung, sagt er. Obwohl erst im Januar der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst ordentlich gekündigt werden kann, nimmt Kluncker schon im „ÖTV-Magazin" vom September zur Aufstellung einer Forderung Stellung.

„Unter 200 DM brauchen wir in diesem Jahr erst gar nicht anfangen, sonst kriegst du keine Einheit für Streik", das ist die Meinung von Pflegern an den Uni-Kliniken in Göttingen nach dem Studium ihres Lohnzettels vom Juli. Vom Lohnraubabschluß ist nichts übrig geblieben als Schulden und der Druck zur Überstundenschinderei. Hätten die Beschäftigten sich nicht zur sofortigen Auszahlung der Tariferhöhung und der „sozialen Komponente" des Urlaubsgeldes erneut zusammengeschlossen, so wäre es noch weniger gewesen. Der staatliche Dienstherr spricht unterdessen erleichtert über die Möglichkeit der „Anpassung des Haushalts nach unten", da man mit mehr Personalkosten gerechnet habe: „Mit einer zusätzlich ausgewiesenen Deckungsreserve hätte der Kreishaushalt Göttingen sogar eine Tariferhöhung von 6,6 % ‚verkraftet'."

Gerade über die Taktik der öffentlichen Dienstherren im Verein mit der Gewerkschaftsführung durch Urlaubsgeldauszahlung und Nachzahlungsschub das Ausmaß der Lohnsenkung zu vertuschen, haben sich viele Beschäftigte in öffentlichen Diensten auf allmonatlichen Lohnzettelversammlungen Klarheit verschafft. Die Frage des Lohns wird andauernd behandelt. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen münden in die Debatte um die Aufstellung der richtigen Forderung zum Lohnkampf – wir halten die 200 DM für das, was unbedingt notwendig ist, und die Einheit im Kampf herstellen kann – diese Forderung ist Manöver sind notwendig. „So sträflich es auch wäre, auf die Tarifpolitik zu verzichten, so sträflich wäre es, in der Tarifpolitik das Instrument zu sehen, mit der alle politischen Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen korrigiert werden können." Andere „mögliche gewerkschaftliche Handlungsfelder" sollen derweil begangen werden. Unter der Überschrift „Da ist noch Platz für Arbeitslose. Wie der öffentliche Dienst ohne Mehrkosten neue Stellen schaffen könnte", läßt der Hauptvorstand der ÖTV im „ÖTV-Magazin" August 77 eine bösartige Neuauflage des Münchhausen als angebliches Mittel gegen die Arbeitslosigkeit verbreiten: „Ein Arbeitsloser kostet 1975 den Staat (Arbeitslosengeld, Steuerausfälle, Beitragsausfälle der Sozialversicherung usw.) rund 18 500 Mark. Als vollerwerbstätiger Durchschnittsverdiener hätte er ein Jahreseinkommen von brutto 26 600 DM. Die Differenz betrug schon in der Debatte. Kluncker ist gezwungen, darauf zu reagieren – fünf Monate vor Ablauf des alten Tarifs.

Er ergreift die Flucht nach vorn. Sein Ziel – Spaltung der Beschäftigten zur Verhinderung des notwendigen Kampfes – läßt er nicht aus dem Auge; gerade darum meldet er sich so früh in aller Öffentlichkeit. Im Deutschlandfunk, im Fernsehen wird er erwähnt und wie gesagt im „ÖTV-Magazin" September: „So gesehen, kann die Diskussion über die Grenzen und Möglichkeiten der Tarifpolitik nicht früh genug beginnen und die ständige Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Zuständen nicht intensiv genug geführt werden." Für Umfang und Aufbau der konkreten Forderung müsse man die weitere wirtschaftliche Entwicklung abwarten. Warten will er auch, ob es seinen Kumpanen in den Industriegewerkschaften gelingt, die Arbeiterbewegung abermals niederzuhalten.

8 100 DM oder 30,5 % des Vollbeschäftigten-Durchschnittseinkommens. Angenommen, der betreffende Arbeitslose wäre zu diesen Personalkosten in den öffentlichen Dienst eingestellt worden, dann wäre das haushaltsneutral gewesen, wenn er 1975 durch seine Tätigkeit dem Staat Einnahmen in Höhe von 8 100 Mark verschafft hätte. Das wären umgerechnet 650 Mark im Monat oder gut 30 Mark am Tag gewesen. Ein Betrag, den ein Parkuhrkontrolleur (durch Bespitzelung und Ausplünderung der Volksmassen, d. Red.) ohne besondere Kraftanstrengung erreicht."

Grundsätzlich kommen alle Stellen in Betracht, so der Autor. Die Bourgeoisie mag sich vorstellen, eine über Medikamenteneinsparung „eigenfinanzierte" Krankenschwester könnte dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz den Schwung verleihen.

Kluncker spricht davon, ein „Meinungsklima" herzustellen. Damit wird er so weder bei den Arbeitern in der Industrie noch bei den Beschäftigten in öffentlichen Diensten Anklang finden, sondern lediglich bei Kapitalisten und Regierung.

Ganz hinterfotzig bietet er Daten und Fakten an, zu deren Herausgabe der Hauptvorstand zur Vorbereitung des Tarifkampfs per Gewerkschaftstagbeschluß verpflichtet ist. „Bereits die Auswahl von Zahlen für eine Veröffentlichung, erst recht die Aufbereitung zu Daten und Fakten, mögen sie noch so ‚objektiv' ausgewählt und gewichtet dargestellt werden, geht von einer politischen Vorentscheidung aus."

Über Daten und Fakten der Lohnzetteluntersuchung wird Kluncker nicht hinwegkommen, auch wenn er nicht davon spricht. Das sind die „objektiven Fakten", nach denen die Beschäftigten einzig ihre Lohnforderung aufstellen können. – (N. Red.).

GEW Neukölln beschließt Veranstaltung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes
Gewehre für die Jugend Zimbabwes:
Schulreaktion unterdrückt Schulbuchkritik / Schüler organisieren Gegenschlag
Westberlin. Die beiden Grundschullehrerinnen M. Köster und H. Schumacher haben mit ihren Schülern im Unterricht das Kinderbuch „Freiheit
vom KBW, ansonsten sei die sofortige Entlassung fällig. Schüler ergriffen sofort die Initiative; Wandplakate für den bewaffneten Befreiungskampf,
rechten Befreiungskampf mit den Schülern zu besprechen und warum die Dienstaufsicht dies sofort zu unterdrücken versucht. In diesen Auseinan-

GEW Neukölln beschließt Veranstaltung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes

Gewehre für die Jugend Zimbabwes:
Schulreaktion unterdrückt Schulbuchkritik / Schüler organisieren Gegenschlag

Westberlin. Die beiden Grundschullehrerinnen M. Köster und H. Schumacher haben mit ihren Schülern im Unterricht das Kinderbuch „Freiheit für Zimbabwe" gelesen, Dokumente über die Lage der Jugend in Zimbabwe, besonders in den Schulen, studiert und mit den Lügen in der bürgerlichen Berichterstattung und im Erdkunde-Schulbuch konfrontiert. „Das ist ja gemein, wie Arbeiter in Zimbabwe leben müssen. Klar müssen die sich befreien, das finde ich gut", äußerten sich spontan die Schüler. Einige gingen einen Schritt weiter: „Das ist ja wie bei uns, auch mein Vater muß den ganzen Tag schuften, hat kaum einen Lohn und wir dürfen in der Schule auch nicht den Mund aufmachen, ein Gefängnis ist das." Die ganze Klasse war darauf konzentriert, ihre Gemeinsamkeiten mit den Jugendlichen in Zimbabwe herauszuarbeiten, fingen an, bewußt die Unterdrückungsmethoden einzelner Lehrer anzugreifen, bestürmten andere Kinder auf dem Schulhof, mit ihnen die Schandtaten von Lehrern aufzudecken. Eine Klasse verweigerte die Klassenarbeit und streikte eine Stunde.



Volksbildungsstadtrat Böhm reagiert mit Manövern, zitiert zu Einzelverhören, fordert die Distanzierung vom KBW, ansonsten sei die sofortige Entlassung fällig. Schüler ergriffen sofort die Initiative; Wandplakate für den bewaffneten Befreiungskampf, Schulleiter-Karikaturen hingen auf den Fluren, einige demonstrierten durch das Schulhaus.

Weil Schüler „indoktriniert" worden seien, entläßt Böhm die Lehrerin Köster für den 30.9., die Lehrerin Schumacher wird des Dienstes enthoben und erhält Hausverbot. 16 Lehrer des Kollegiums der 33. Grundschule fordern per Unterschrift den Personalrat auf, der Entlassung nicht zuzustimmen. Die Schulreaktion verhindert auf der Elternversammlung die Diskussion über die Behandlung des Befreiungskampfes im Unterricht und droht mit Abbruch durch Polizeieinsatz gegen die beiden Lehrerinnen. Sofort antworten die Lehrerinnen mit einer Broschüre, in der sie die Indoktrination der Bourgeoisie in den Schulbüchern angreifen und an die Lehrer appellieren: „Wir fordern die Lehrer auf, die Kritik der bürgerlichen Schulbücher einzuleiten und den Kampf der Schuljugend gegen die Fünfen und Sechsen zu unterstützen."

Im Kampf um politische Rechte der Lehrer gegen die Dienstaufsicht entbrannte eine heftige Debatte unter der Lehrerschaft, ob es richtig ist, den gerechten Befreiungskampf mit den Schülern zu besprechen und warum die Dienstaufsicht dies sofort zu unterdrücken versucht. In diesen Auseinandersetzungen hat der Bezirksvorstand der GEW Neukölln eine Veranstaltung für Ende September beschlossen, auf der die Schulbuchkritik entfaltet und der bewaffnete Befreiungskampf beraten und unterstützt werden soll. Unterstützen mit eigenen Redebeiträgen will das die Kommission gegen politische Disziplinierung, der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (AjLE) der GEW Neukölln, die GEW-Gruppe der 4. Sonderschule. Es haben sich an den Schulen Arbeitsgruppen gebildet, die die Schulbücher untersuchen und eigene Untersuchungen in Redebeiträgen vorbringen wollen.

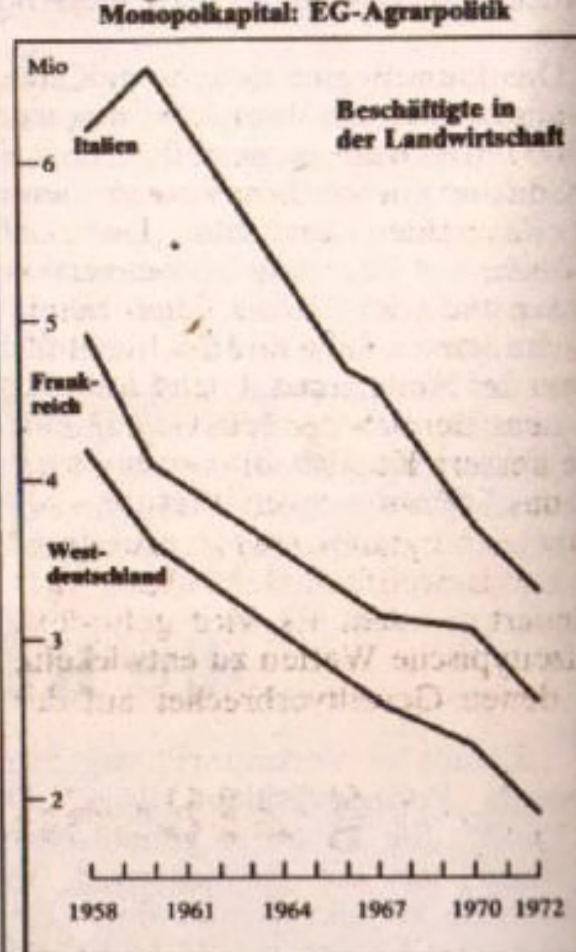
Den Vorwurf der Indoktrination widerlegen die Schüler selbst. Auf einem Kinderfest, von den Schülern der 33. Grundschule mit ihren beiden Lehrerinnen veranstaltet, haben sich fünf Schüler zusammengeschlossen und haben ein Flugblatt beschlossen, das sie vor der Grundschule und der 4. Sonderschule verteilen wollen, in dem sie schreiben: „Wir sind ehemalige Schüler der Sonderschule. Wir haben nie gern gelesen und haben es deshalb nicht richtig gelernt. Wir hätten gern etwas darüber gelesen, wie man sich gegen die Arbeitslosigkeit wehrt oder über die Rechte, die man gegen die Schulleitung und die Lehrer braucht. Aus dem Zimbabwe-Kinderbuch können wir das lernen: In den Schulen der weißen Siedler in Zimbabwe ist es so ähnlich wie bei uns. Fast wie im Knast. Es hat uns gut gefallen, daß die Schüler aus Zimbabwe sich gewehrt haben, indem sie abgehauen sind in die Lager der ZANU. Wir müssen in unseren Schulen auch bestimmen, was gelernt wird und was uns nützt. Wir müssen uns wehren gegen Lehrer wie Frau Marcks und die Schulleiterin Frau Schmidt-Burbach. Wir brauchen keine Lehrer, die uns in die Sonderschule abschieben. Deshalb wollen wir auch das Zimbabwe-Buch lesen und noch andere Bücher, aus denen man lernen kann, wie man sich wehrt. Wir laden euch ein, an unserem regelmäßigen Lesetreff teilzunehmen: Erika, Conny, Lutz, Michael, Regine." – (GUV Westberlin)

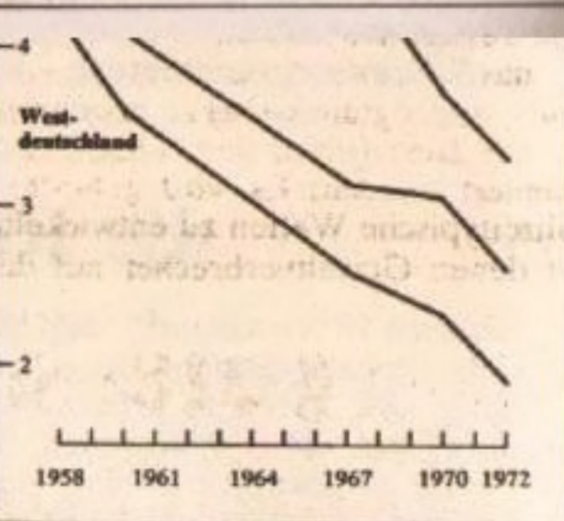
Kampf um die Inkassobedingungen für die EG-Mitgliedschaft von Spanien, Portugal und Griechenland

Suarez ist mit seinem Außenminister Oreja und einer Expertendelegation bei einigen westeuropäischen Imperialisten vorstellig geworden, um mit ihnen die Bedingungen für eine Eingliederung in die EG auszuhandeln und für Ja-Stimmen auf der EG-Ministerratssitzung am 20. September in Brüssel zu werben.

Unter dem Schlachtruf „Freiheit und Demokratie" wird Spaniens völlige Unterwerfung unter den Imperialismus vorbereitet. Die französische und die niederländische Bourgeoisie haben erklärt, bevor sie überhaupt einem Beitritt Spaniens zustimmen, wollen sie ihre landwirtschaftlichen Probleme neu geregelt haben. „Wir opfern unsere Landwirtschaft nicht", hat Giscard d'Estaing dem spanischen Außenminister mitgeteilt. Nicht, daß die französische Bourgeoisie kein Interesse hätte, ihren Fuß fester nach Spanien hineinzusetzen. Sie verfolgen damit lediglich das Manöver, höhere Beihilfen für ihre landwirtschaftlichen Produkte und Hauptproduktionszweige im europäischen Ministerrat durchzusetzen. Spanien, Griechenland, Portugal bauen hauptsächlich Sonderkulturen an, wie Wein, Tabak, Obst, Oliven. Sie produzieren nicht billig genug, um auf dem Weltmarkt damit zu bestehen und ihre Produktion auszudehnen, innerhalb des EG-Marktes würde die Masse an neuen Waren jedoch unweigerlich auf den Preis drücken. Frankreich, größter Tabak- und nach Italien zweitgrößter Weinproduzent, fürchtet die Konkurrenz auf dem Wein- und Tabakmarkt.

Beschleunigte Ruinierung der Bauern durch das Monopolkapital: EG-Agrarpolitik





Italiens Bourgeoisie, ausgehend von dem Absatz ihrer Olivenernte zur Verwirklichung von Höchstprofiten, betreibt in den „Beitrittsverhandlungen" folgendes Geschäft:

„Als Gegenleistung für den Spanien zugesicherten Beistand erwartet Rom von der spanischen Regierung, daß sie sich an Italiens Seite in seinem in Brüssel geführten Kampf um eine gerechtere Reform der EG Agrargesetzgebung und um die Aufhebung der reichen Landwirtschaften Nord- und Westeuropas auf Kosten der armen Landwirtschaften des Mittelmeerbeckens beteiligte ..." (Neue Zürcher Zeitung, 5.9.77)

Mit dieser „Block"-Bildung, in die die italienischen Imperialisten auch Portugal und Griechenland hineinziehen wollen, beabsichtigen sie, Vorteile bei der Verteilung von Beihilfen und der Festsetzung der Agrarstützpreise herauszuholen. Dazu streben sie eine Revision der EG-Agrarstruktur an, die bei den gegenwärtig bestehenden Marktordnungen 62 Prozent aller Beihilfen, und das sind Milliardenbeträge für Fleisch, Zucker, Getreide und Molkereiprodukte, ausgezahlt werden aus dem „Ausrichtungs- und Garantiefonds". Diese Beträge stecken sich die Hauptproduzenten innerhalb der EG ein, das sind die westdeutschen, die französischen und die englischen Imperialisten.

Nur 7,5 Prozent der Beihilfen werden dagegen für Wein, Oliven, Obst usw. gezahlt. Das ist in dem Ministerrat gegen den Widerstand der italienischen Imperialisten in zig Beschlüssen so durchgesetzt worden. In Gemeinschaft mit der spanischen, griechischen und portugiesischen Bourgeoisie erstreben die italienischen Imperialisten andere Kräfteverhältnisse an. Wilde Schlachten um Profite stehen in den europäischen Kommissionen der EG ins Haus.

Für die Arbeiter, Bauern und Volksmassen, insbesondere der zukünftigen Mitgliedsländer, sind das Ergebnis der imperialistischen Konkurrenzschlachten höhere Lebensmittelpreise durch die EG--Agrarpreise, denn der Fonds, aus dem die Beihilfen gezahlt werden, speist sich zum großen Teil über die Abschöpfungen der EG-Preise. Die Eingliederung in die Subventionspolitik und Strukturpolitik der EG bedeutet für große Teile der Wein-, Oliven- und Obstbauern dieser Länder den Ruin. – (Z-Red.)

Junge Union – fest an der Seite Kohls zur Stärkung des westdeutschen Imperialismus

Fortschritte beim Betrugsmanöver der bürgerlichen Parteien gegenüber der Arbeiterklasse und den Volksmassen sind für die Bourgeoisie vonnöten, will sie die imperialistische Expansion rasch und erfolgreich durchbringen. Dazu muß sich die Reaktion formieren und organisiert versuchen, Einfluß zu erlangen. Der rebellischste Teil der Arbeiterklasse, die Jugend, muß für Chauvinismus, für die Aufrechterhaltung der Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse gewonnen werden. Die Junge Union arbeitet daran.

Schnell muß das „Problem" angegangen werden. Deshalb fordert der JU-Vorsitzende Wissmann von der Mutterpartei CDU, „die eigene Arbeit offensiv und konsequent zu betreiben" (Spiegel, Nr. 22/77), von Kohl verlangt die niedersächsische Junge Union „Führungsstärke", und der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht kann sich bei seinen Angriffen auf die Arbeiterklasse „unserer Unterstützung sicher sein" (JU-Landesvorsitzender Machens auf dem Niedersachsentag am 5.6.77).

Schwerpunkte der Arbeit der Jungen Union sind die „Innere Sicherheit", die Jugendarbeitslosigkeit und das imperialistische Energieprogramm.

Innere Sicherheit: Ausbau des Polizeiapparates

Der Landesvorstand der Jungen Union Schleswig-Holstein fordert in den „Leitsätzen zur Inneren Sicherheit":

„Das Polizeiwesen ist entscheidend zu rationalisieren. Gleichzeitig müssen mehr Polizeibeamte eingestellt werden, da der inneren Sicherheit als einer der staatlichen Kernfunktionen eine besondere Bedeutung beigemessen werden muß. Der Bundesgrenzschutz ist auszubauen, um eine effektive Bundespolizei aufzubauen. Gleichzeitig ist auf dem Bereich der Länderpolizeien eine bessere Koordination notwendig. ... das Kriminalpolizeiliche Vorbeugungsprogramm (ist) zu erweitern. ... Die Bewaffnung der Polizei sollte geändert werden. Es wird gefordert, polizeitypische Waffen zu entwickeln, mit denen Gewaltverbrecher auf der

ist auszubauen, um eine effektive Bundespolizei aufzubauen. Gleichzeitig ist auf dem Bereich der Länderpolizeien eine bessere Koordination notwendig. ... das Kriminalpolizeiliche Vorbeugungsprogramm (ist) zu erweitern. ... Die Bewaffnung der Polizei sollte geändert werden. Es wird gefordert, polizeitypische Waffen zu entwickeln, mit denen Gewaltverbrecher auf der

Stelle handlungsunfähig oder betäubt werden können. ... Darüber hinaus ist eine BGS-Spezialtruppe auf Bundesebene zu errichten." Alle diese Vorschläge gehen auf die Vorbereitung der Bourgeoisie auf den verschärften Klassenkampf, den revolutionären Ansturm des Proletariats.

Allerdings muß sie befürchten, daß ihr Machtapparat zersetzt wird und im entscheidenden Moment nicht einsatzfähig ist. Aus dieser Überlegung heraus fordert die JU dann: „Außerdem müssen die sozialen Probleme der Polizei – hierzu gehört auch eine leistungsgerechte Bezahlung – gelöst werden. Verbesserungen würden sich stabilisierend auf die Innere Sicherheit auswirken."

Die Tätigkeit des Polizeiapparates ist so lange nicht vollkommen, wie es nicht gelingt, die Isolierung der Polizisten im Volk zu überwinden, die Volksmassen zu spalten und Teile für die Unterstützung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse zu mobilisieren. So muß sich das „Polizeibild" ändern. „Mit dem Bild eines Polizeibeamten darf sich nicht Sanktionserwartung, sondern es muß sich damit ein Sicherheitsgefühl verbinden. Der Bevölkerung muß klar sein, daß da, wo ein Polizeibeamter ist, Sicherheit herrscht." Jeder Polizeieinsatz macht deutlich, daß der Polizeiapparat nur zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Privatbesitzes besteht. Dafür wird es keine Unterstützung der besitzlosen Massen geben.

„Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat für die Junge Union den obersten Stellenwert!"

Die Jugend schneller und für weniger Geld in die Fabriken, das ist das Ziel der Jungen Union.

Dazu soll die schulische Ausbildung drastisch abgebaut werden: Jugendliche Arbeitslose sollen durch einjährigen Blockunterricht von der Berufsschulpflicht freigesetzt werden. Das Berufsgrundbildungsjahr soll Pflicht werden, und die niedersächsischen Jungunionisten: „Es ist zu prüfen, ob die Berufsschulpflicht wegen der geringen Lernmotivation auf theoreti-

Dazu soll die schulische Ausbildung drastisch abgebaut werden: Jugendliche Arbeitslose sollen durch einjährigen Blockunterricht von der Berufsschulpflicht freigesetzt werden. Das Berufsgrundbildungsjahr soll Pflicht werden, und die niedersächsischen Jungunionisten: „Es ist zu prüfen, ob die Berufsschulpflicht wegen der geringen Lernmotivation auf theoreti-

schem Gebiet aufrechterhalten werden muß."

Dieser Angriff auf die Arbeiterjugend wird gekleidet in Demagogie: „Jeder Lehrling ist so wichtig wie ein Student. Überfüllte Universitäten und arbeitslose Akademiker nützen niemandem! ... Die praktische Ausbil-



aus: „Schluß mit der Jugendarbeitslosigkeit" – Flugblatt der Jungen Union Schleswig-Holstein

dung ist genausoviel wert wie die theoretische." (Junge Union Schleswig-Holstein)

Das Ziel der Jugend, die Produktion zu beherrschen, wird verbrämt dahingehend, „überhaupt zu arbeiten", wie die Karikatur aus dem Flugblatt der JU zeigt, wobei diese Arbeit kostenlos sein soll: Sonder- und Hauptschüler ohne Abschluß sollen kostenlos ihre Arbeitskraft ein Jahr dem Kapitalisten in einem „Betriebspraktikum" zur Verfügung stellen. Dazu hat die JU Schleswig-Holstein die Aktion „Stellenhilfe" gestartet.

Kernkraftwerke für Wirtschaftswachstum

Die Junge Union tritt für den Einsatz der Kernenergie ein, um die Energieversorgung zu sichern, d.h. unabhängig von der Rohstoffzufuhr von anderen Ländern zu werden. Die Durchsetzung des Energieprogramms gegenüber den Volksmassen betreibt sie, wenn sie sich für eine „marktwirtschaftliche Lösung der Umweltfragen und des Energieproblems" ausspricht. Die Volksmassen sollen sich im Verbrauch der Energie weiter einschränken. Auf dieser Linie arbeitet z.B. die JU Oldenburg in der Bürgerinitiative „Schutz der Umwelt Cloppenburg e.V." mit, um den Kampf gegen die geplante Atommülldeponie Wippingen zu zersetzen und zu binden auf die Maßnahmen der Landesregierung. – (N-Red)

Die Häupter der Schülerunion in Göttingen

Göttingen. Ende 1974 ist in Göttingen die Schülerunion entstanden. Gegründet wurde die erste Schülergruppe am Neuen Gymnasium, das zu 90 % von Bourgeoiskindern besucht wird.

Die ersten Vorsitzenden und Gründer waren Wichmann, Sohn des Direktors am Neuen Gymnasium, Rauschning, Sohn eines reaktionären Professors, Moderegger, Sohn eines Pastors und Böker, Sohn eines Brot-Fabrikanten. Daher kommt auch das Gedankengut, was die Schülerunion versucht, unter den Schülern zu verbreiten.

Hauptaufgabe der Schülerunion ist der „Kampf gegen die zunehmende Politisierung der Schule". Sie tritt gegen die Schulunterdrückung auf, um sie in von ihr organisierten Nachhilfeunterricht zu verlängern, sie tritt gegen die Zensuren und Zeugnisse auf und fordert „Versuche mit neuem Bewertungssystem" und bietet zu den Zeugnissen verschiedene Pastoren auf, die man bei schlechten Noten antelefonieren kann; sie tritt gegen die teuren Schulbücher auf und veranstaltet Schulbuchbasare, an denen diese reichen Säcke auch noch verdienen.

Am Kampf gegen die Schulunterdrükkung setzen sie an, um ihn zu verbiegen auf Stärkung der Schulunterdrückung. – (KJB Göttingen)

waren Wichmann, Sohn des Direktors am Neuen Gymnasium, Rauschning, Sohn eines reaktionären Professors, Moderegger, Sohn eines Pastors und Böker, Sohn eines Brot-Fabrikanten. Daher kommt auch das Gedankengut, was die Schülerunion versucht, unter den Schülern zu verbreiten.
Hauptaufgabe der Schülerunion ist der „Kampf gegen die zunehmende Politisie-
den Zeugnissen verschiedene Pastoren auf, die man bei schlechten Noten antelefonieren kann; sie tritt gegen die teuren Schulbücher auf und veranstaltet Schulbuchbasare, an denen diese reichen Säcke auch noch verdienen.
Am Kampf gegen die Schulunterdrükkung setzen sie an, um ihn zu verbiegen auf Stärkung der Schulunterdrückung. – (KJB Göttingen)

Die Hamburger Bürgerschaft trifft sich am 14.9., um Ausplünderung und Unterdrückung zu organisieren

Hamburg. Zur ersten Sitzung nach der Sommerpause tritt die Hamburger Bürgerschaft am 14.9. zusammen. Verhandelt werden soll die Stadtentwicklung für die Kapitalisten, der Haushaltsplan, der die Verschuldung des Staates bei den Banken um 13,1 % steigert und den Tribut an Zinsen für das Finanzkapital und Tilgung um 19 % und auf der anderen Seite die Ausplünderung über Steuern und Gebühren um ca. 10 % verschärft.

Beschlossen werden sollen die entsprechenden Unterdrückungsmaßnahmen, die zur Absicherung dieses Rahmens notwendig sind, angefangen beim Abbau von 1 400 Altenheimplätzen zum Vollzug des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes, über die Änderung des Hamburger Wegegesetzes, das zur Unterdrükkung kommunistischen Zeitungsverkaufs und von Informationsständen benutzt wird, zur Bekämpfung der Aktionen gegen das Schulgesetz, den Neubau eines Zuchthauses für männliche Jugendliche in Altengamme, die Verwandlung des Studentenwerks in einen direkten Arm des bürgerlichen Staates, bis zum neuen Schulgesetz, das unter Punkt 78 unter „Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Berufsbildung" versteckt worden ist. Ebenfalls versteckt werden in der Tagesordnung die Fahrpreiserhöhungen beim Hamburger Verkehrsverbund, gegen die schon seit einem halben Jahr der Kampf aufgebaut wird. Unter Punkt 75 (gemeinsamer Bericht des Ausschusses für Vermögen und öffentliche Unternehmen ...).

Uneinig waren sich die bürgerlichen Politiker noch über die Kandidatenaufstellung und den Wahltermin. Deutlich wird: die alte Bürgerschaft soll unauffällig noch möglichst viel reaktionäres Zeug beschließen in den Ferien, bis zur Wahl, bis zum nächsten Juni soll Gras darüber wachsen. Diesen Spielraum werden wir den bürgerlichen Parteien nicht lassen. Der Wahlkampf läuft jetzt schon. Der KBW ruft auf, am Tag der Sitzung eine Demonstration und Kundgebung durchzuführen „Kampf der Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat, keine Fahrpreiserhöhungen beim HVV".

Ölschieferabbau – ein Dorf soll umgepflügt werden

Braunschweig. Insgesamt 1,5 Milliarden Tonnen Ölschiefer planen die BKB-Kapitalisten (Braunschweigische Kohlebergwerke) auf einer Fläche von 35,5 Mio. Quadratmetern (das ist ungefähr das Dreifache der Fläche der Stadt Braunschweig) ab 1984 im Gebiet Schan-

Ölschieferabbau – ein Dorf soll umgepflügt werden
Braunschweig. Insgesamt 1,5 Milliarden Tonnen Ölschiefer planen die BKB-Kapitalisten (Braunschweigische Kohlebergwerke) auf einer Fläche von 35,5 Mio. Quadratmetern (das ist ungefähr das Dreifache der Fläche der Stadt Braunschweig) ab 1984 im Gebiet Schan-

delah/Flechtorf abzubauen. In ihren Kriegsvorbereitungen versucht die Bourgeoisie, alle verfügbaren eigenen Rohstoffquellen zu nutzen.

Das ganze Projekt ist mit einer breiten Zerstörung der Lebensbedingungen im Abbaugebiet verbunden. Abgebaut werden soll im Tagebau, d.h. die Erde wird bis zu einer Tiefe von 200 m umgewälzt. Das Dorf Schandelah (4 300 Einwohner) wird umgepflügt. 80 % der Landwirtschaft in der Gegend wird vernichtet, d.h. 35 Vollerwerbsbetriebe mit einer Gesamtfläche von 50 000 ha.

Zum Löschen des ausgeschwelten Schiefers werden in der vollen Ausbaustufe 600 Kubikmeter Wasser pro Minute gebraucht. Das Löschwasser soll der Schunter zugeleitet werden. Eine Verseuchung des Naherholungsgebietes Riddagshausen wäre die Folge. Da durch den Abbau der Grundwasserspiegel um einen halben Meter sinken würde, hätte das eine Verkarstung der Waldbestände um Riddachshausen zur Folge.

Geplant ist weiterhin, 1 Mio. Tonnen seltener Schwermetalle (Vanadium, Uran, Nickel und Kobalt) abzubauen. Geschehen soll das nach dem sogenannten „Leaching-Verfahren", welches für die Kapitalisten besonders kostengünstig ist. Mit Bakterien (Thiobazillen) soll das Metall nach einigen chemischen Umwandlungen gewonnen werden. Die Bakterien arbeiten in sehr sauren Bereichen (pH-Wert 1 bis 2), eine hochgradige Verseuchung des Grundwassers wäre die Folge.

Gegen die Pläne der Bourgeoisie, das Gebiet zwischen Wolfsburg und Braunschweig in eine Riesenmüllhalde zu verwandeln, arbeitet eine Bürgerinitiative mit bisher 250 Mitgliedern. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, den Abbau des Ölschiefers zu verhindern. 15 000 Unterschriften hat sie als ersten Schritt gegen diese Pläne gesammelt.

Schreibkräfte schlagen Rationalisierungsmaßnahme zurück

Bremen. Seit zwei Jahren versuchen die öffentlichen Dienstherren, die Schreibleistung der Stenotypistinnen an der Universität Bremen zwecks weiterer Rationalisierung zu erfassen. Dem Zusammenschluß und gemeinsamen Aktionen der Schreibkräfte ist es gelungen, dies zu verhindern. Die gerechte Sache mußte vom Personalrat unterstützt werden, der jetzt nach dem Gesetz gezwungen war, eine Einigungsstelle einzuberufen. Gleiche Zahl Beschäftigte und Vertreter des Dienstherrn unter einem „neutralen" Vorsitzenden entschieden. Noch am Ort der Einigungsstelle, die im Rathaus tagte, fand eine Aktion von zehn Schreibkräften statt, die ihre Forderungen gegen die kapitalistische Rationalisierung bekräftigten. Der „neutrale" Vorsitzende sah sich gezwungen, gegen die Absichten der Dienstherren zu entscheiden.

§ 218: Sozialdemokraten an den IGM-Gewerkschaftstag:

„Reform muß allen zugute kommen – Fernziel Fristenlösung" / Belegschaften fordern: Ersatzlose Streichung des § 218 – Volksentscheid!

„Wir haben Gesetze reformiert ... So z.B. den § 218 des Strafgesetzbuches", hat der Kanzler in der Regierungserklärung gesagt. „Wir haben den § 218 menschlicher gemacht", lobte sich die SPD-FDP-Koalition während der Wahlen. Unter dem Motto „Die Reform muß allen zugute kommen" wollen jetzt die Sozialdemokraten und ihre Frauenausschüsse auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag die Unterwerfung unter den § 218 mittels altbekannter Manöver erreichen und dem bürgerlichen Staat damit eines seiner Zwangsgesetze erhalten. Was den Massen „zugute kommen" soll, zeigen einige der Urteile, die die bürgerliche Klassenjustiz, seit der verschärfte § 218 rechtskräftig ist, gefällt hat.

Essen: Ermittlungsverfahren gegen die Kinderpflegerin Angelika A. wegen einer Abtreibung in Holland. Mannheim: Prozeß gegen eine Arzthelferin wegen versuchter Abtreibung an einer türkischen Arbeiterin. Mitangeklagt wegen Beihilfe: zwei Arbeitskolleginnen wegen Adressenvermittlung. Bremen: neunzig Tage Gefängnis für die Vermittlung von Abtreibungsadressen. Oldenburg: ein Jahr Gefängnis auf vier Jahre Bewährung wegen Abtreibung an zwei türkischen Arbeiterinnen. Bremen: 20 Tage Gefängnis für eine Abtreibung in Holland. Hannover: 750 DM Geldstrafe für zwei Frauen wegen Durchführung einer Abtreibung. Köln: 12 Jahre Gefängnis für einen Kurpfuscher wegen Durchführung einer Abtreibung mit Todesfolge; mitangeklagt wegen Beihilfe der Kfz-Schlosser J.Z., weil er die Frauen zweimal mit dem PKW zum Arzt gefahren hat. Hannover: Prozeß gegen einen Arzt, der Frauen illegal geholfen hat. Nürnberg: Prozeß gegen eine Rentnerin wegen versuchter und vollendeter Abtreibung. Frankfurt: ein Jahr Gefängnis mit Bewährung und 5000 DM Geldstrafe auf Grundlage einer Adressenweitergabe vor sieben Jahren. Bielefeld: Anzeige gegen eine Arbeiterin, Mutter von neun Kindern, weil sie vor zwei Jahren in Holland abtreiben lassen mußte; Vorladung des Ehemanns zur Polizei, um Angaben über sonstige Beteiligung zu erzwingen; wegen Verweigerung der Angaben wurde mit Haftbefehl gedroht.

Eine Lawine von Prozessen, vorbereitet durch Bespitzelung und Kontrolle der Volksmassen, das ist die Wirklichkeit des § 218, von der die Reformisten ablenken wollen. Gerade in der Krise gewinnt dieses Strafgesetz für die Bourgeoisie besondere Bedeutung. Von 1780 auf 2350 schnellte z.B. die Zahl der Ermittlungen von 1966 bis 1967 in die Höhe. Für die Entwicklung im vergangenen Jahr sprechen die genannten Prozesse eine deutliche Sprache. Weit gnadenloser noch als 1966/67 tobt heute der Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen und den Bourgeoisien der verschiedenen Länder. Stärker noch wird die Arbeitskraft ausgebeutet, zum Luxus wird der Achtstundentag, Überstunden und Schichtarbeit zum Zwang. Wer alt und verbraucht ist, soll gleich ins Grab, wer aus der Produktion aussortiert und auf die Straße geworfen wird, zur Zwangsarbeit verpflichtet werden. Das ist das Programm der Bourgeoisie, denn sie will siegreich diesen Konkurrenzkampf überstehen.

Das Strafgesetz § 218 ist ein Glied in der Kette der Unterdrückungsmaßnahmen. Steigt für die besitzlosen Klassen der Zwang zur Abtreibung, so setzt die Bourgeoisie verstärkt Polizei und Staatsanwalt ein, um den Widerstand gegen diese Verhältnisse niederzuhalten. Nicht noch einmal will sie sich dieses Gesetz unbrauchbar machen lassen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat sie für die Anwendung des Strafgesetzes in jeder Lage vorgebeugt. So bestimmten die Richter, daß als Rechtfertigung für eine Abtreibung „Umstände ausscheiden, die den Pflichtigen (das heißt die Frau, deren Pflicht es sei, die Schwangerschaft auszutragen, Anm. d. Red.) nicht schwerwiegend belasten, da sie die Normalsituation darstellen, mit der jeder fertig werden muß". Diese Verhältnisse zu eigener Schuld zu machen, dazu dienen wesentlich die Beratungsstellen. „Zur Austragung des Kindes ermutigen" ist ihr Auftrag. Als „soziale Hilfen" wird hier angepriesen, was zuvor den Massen über Steuern und Abgaben abgenommen und nun unter ständiger staatlicher Kontrolle und Bevormundung und nach vielen und erniedrigendsten Bittgängen häppchenweise verteilt wird.

Aber die Gründe, die den Zwang zur Abtreibung hervortreiben, sie fördern auch gleichzeitig den Zusammenschluß der besitzlosen Klassen und machen den Kampf gegen das Strafgesetz notwendig und unvermeidlich. Statt mit einem Terrorurteil wie ursprünglich geplant mußte die Bourgeoisie den Prozeß gegen die Arzthelferin Lena Krämer in Mannheim jetzt mit Freispruch enden lassen. Unter Beschuß geraten waren die Verhältnisse, die zur Abtreibung zwingen, und das Strafgesetz § 218 selber. Die verschiedenen Spaltungsversuche, die Räumung des Gerichtssaals und die Drohung mit Ordnungsgeld und Haftstrafen gegen die Zeugen konnten die erreichte Einheit gegen das Verfahren und das Strafgesetz nicht sprengen und ließen die Bourgeoisie scheitern. Von der IG Druck und Papier wurde vom Vertrauensleutekörper der Firma Bandell in Stuttgart ein Beschlußantrag für die ersatzlose Streichung des § 218 und für Volksentscheid an den Gewerkschaftstag eingereicht, eine Reihe weiterer Gewerkschaftsgremien hat die ersatzlose Streichung gefordert. In einem Leserbrief an die Gewerkschaftszeitung „Metall" schreiben elf Kollegen der Firma Graubremse in Heidelberg unter anderem: „Durch geringe Löhne, steigende Preise, Steuern und Gebühren verschlechtert sich unsere Lage ständig. Mehr Frauen und Familien sind gezwungen, abzutreiben ... Der Staat greift immer mehr in unsere Lebensverhältnisse ein. Die Landesdelegiertenversammlung Baden-Württemberg der IG Druck und Papier hat im Juni gefordert, daß der § 218 ersatzlos gestrichen wird. Das muß unser IG-Metall-Gewerkschaftstag im Herbst auch tun." Die Bewegung niederzubügeln durch Spaltung des Kampfes und Verfälschung seiner Ziele, das ist das Geschäft der Sozialdemokraten. Für den Gewerkschaftstag der IG Metall haben sie gleich vier Anträge zu diesem Zweck vorbereitet. Gegen das „Unterlaufen" und für die vollständige Anwendung des Strafgesetzes setzen sich diese Anträge ein, für den Ausbau des Beratungsnetzes und als Fernziel wird wieder die Fristenregelung ins Auge gefaßt. So heißt es in dem Antrag von der Verwaltungsstelle Duisburg unter anderem: „Wir fordern daher ... 1. den schnellen und vollständigen Ausbau unabhängiger und qualifizierter Beratungsstellen und die Information über alle vorhandenen Hilfen, die das Gesetz bietet. (...) Die Delegierten des 12. Gewerkschaftstages erwarten, daß nach der Bewältigung verständlicher Anfangsschwierigkeiten das dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entsprechende Gesetz in Kürze den Anspruchsberechtigten voll zugute kommen kann." Wir haben bereits geschrieben, in welcher Weise dieses Strafgesetz seit seinem Inkrafttreten den „Anspruchsberechtigten voll zugute" gekommen ist.

Daß die herrschende Klasse Schwierigkeiten bei der Anwendung dieses Zwangsgesetzes hat, ist auch bekannt. Das sind nicht nur „Anfangsschwierigkeiten". Der offene Brief der Komitees und Initiativen an den Gewerkschaftstag der IG Metall, unter den bis zum 12. September Unterschriften gesammelt werden, ist eine richtige Antwort auf die Spaltungsversuche der Sozialdemokratie. Unterschrieben haben ihn bisher auch drei Delegierte aus Hannover zum IG-Metall-Gewerkschaftstag. In Nürnberg, wo das Komitee bereits in der ersten Woche 385 Unterschriften gesammelt hat, haben SPD und DKP-Mitglieder die Forderungen der Komitees unterstützt. 1200 haben bisher in Frankfurt unterschrieben. In Westberlin haben 650 Menschen auf einem Tribunal gegen den § 218 beschlossen, die Aktionstage, die die Komitees vom 18. bis 24. September organisieren, zu unterstützen. In Frankfurt, Hamburg, Westberlin und zahlreichen anderen Orten wird für Demonstrationen gegen den § 218 mobilisiert. – (hr, mk, Zentraler Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218)

Aufrufe und Beschlüsse zur a.o. VDS-Mitgliederversammlung

Aachen. Die Fachschaft Mathematik/Physik/Informatik der Universität Aachen hat ein Resolution beschlossen, in der es heißt:

„Auf der VDS-MV muß Beschluß gefaßt werden über bundesweites einheitliches Vorgehen. Die Fachschaft ist der Ansicht, daß ein bundesweiter Streik bis zur Durchsetzung der Forderung durchgeführt werden muß unter den Forderungen: Uneingeschränktes Koalitionsrecht! Streikrecht! Rücknahme aller Ordnungsmaßnahmen! Weg mit dem HRG und LHG! Abschluß eines Vertrages über die Bezahlung des Studiums mit dem Staat – derzeit 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger bei 1 500 DM Elternfreibetrag! Die Fachschaft Mathematik/Physik/Informatik fordert den AStA auf, sich dafür auf der VDS-MV auszusprechen und richtet an die VDS-MV insgesamt die Aufforderung, eine Streikurabstimmung unter den genannten Forderungen zu beschliessen."

Köln. Mehr als 100 Studenten der Kölner Universität haben bisher einen von der KHG Köln initiierten Brief an die a.o. VDS-MV unterzeichnet und fordern „das Recht, Verträge abzuschließen über die Bezahlung unserer Arbeitskraft in Ausbildung, über Dauer und sonstige Bedingungen des Studiums. Nur in einem bundesweiten und bundeseinheitlich geführten Streik aller Studenten wird den Maßnahmen der Regierung begegnet und eine entscheidende Änderung der Lage der Studentenmassen herbeigeführt werden können. Daher rufen wir die Fachschaften und ASten und insbesondere die außerordentliche VDS-MV auf, Beschluß zu fassen für bundesweiten Streik im Wintersemester unter den Forderungen: Weg mit HRG und LHGs – Für volles Koalitionsrecht! Abschluß eines Vertrages über die Bezahlung des Studiums durch den Staat, derzeit 100 DM auf das BAFöG und 1 500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.10.76!"

Kiel. Die Fachschaftsgruppe Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kiel hat beschlossen: „Für die Verfaßte Studentenschaft mit imperativem und politischem Mandat, mit Satzungs- und Finanzhoheit! Für Koalitionsrechte! Für Streikrecht! Für Tarifvertrag von jetzt aktuell 600 DM! Gegen das BAFöG-Gesetz!" Der AStA wird aufgefordert, das auf der nächsten VDS-Mitgliederversammlung zu vertreten.

Göttingen. „Angesichts der Lage
– wo Pestel keinen Sommerschlaf hält, sondern die scharfe Anwendung des Ordnungsrechts im Wintersemester vorbereitet gegen die Kämpfe der Studenten,
– wo die Ministerpräsidentenkonferenz und die Bundesregierung ein 10-Punkte-Programm ausgearbeitet haben, das die Studienabbrecherquote erhöhen soll, die sogenannte Förderung durch das BAFöG stärker an Leistung knüpfen und die materielle Abhängigkeit ins Unermeßliche steigern will,
– gleichzeitig ein Vorschlag besteht, der besagt, daß wir 2 500 DM Kredit bei Kreditinstituten pro Semester aufnehmen und davon noch 1 000 DM Semestergebühren zahlen sollen,
angesichts dieser Lage treten wir ein für bundesweiten Streik im Wintersemester für ausreichendes Ausbildungsentgelt durch vertragliche Regelung mit dem Staat. Dazu brauchen wir noch im September eine a.o. VDS-Mitgliederversammlung ..."

Die Aktionsgruppe Anglistik hat beschlossen, sich in ihrer Politik einzusetzen für einen bundeseinheitlichen Streik im Wintersemester zur Durchsetzung eines ausreichenden Ausbildungsentgelts und tritt dazu für eine a.o. VDS-Mitgliederversammlung noch im September ein. (Beschlossen Ende Juli)

Der derzeit von den Opportunisten der Gruppe LAUS (Liste Aktiver Unorganisierter Studenten) besetzte AStA der Pädagogischen Hochschule hat sich geweigert, zur Vorbereitung der VDS-Mitgliederversammlung eine Versammlung aller Wahlfachaktive einzuberufen, dabei käme sowieso nichts raus.

Der neue Entwurf für ein Landeshochschulgesetz in Baden-Württemberg sieht die Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft vor

Am 3. Juli hatte die Landesastenkonferenz beschlossen, einen unbefristeten Streik im November gegen die Gesetzentwürfe zu führen. Am 4. Juli wird bekannt, daß da die Behandlung im Parlament schon fast zu Ende ist. Als die Studentenbewegung darauf nicht antwortet, gibt die Landesregierung „überraschend" die Absicht des ASten-Verbots auch für die Universitäten bekannt. 31 Fachschaftsvertreter der Universität Heidelberg haben daraufhin eine Demonstration zum Termin der ersten Lesung am 15. September vorgeschlagen. Reformisten und Revisionisten versuchen den Kampf gegen den Plan der Landesregierung zu verhindern, womit sich der Druck auf den Streikbeschluß natürlich verstärkt. Jetzt ist eine landesweite Aktionseinheit der fünf Asten und Fachschaftsvertreter einer Reihe weiterer Hochschulen gebildet worden. Sie rufen auf zu der Demonstration am 15. September. Gelingt es, die Demonstration in der Landesastenkonferenz durchzusetzen, so wird das auch bessere Bedingungen zur Folge haben für die Beschlußfassung des längst überfälligen bundesweiten Streiks auf der VDS-Mitgliederversammlung.

Professoren propagieren Lohnverzicht und Arbeitsdienst

Die gelehrten Häupter der herrschenden Klasse empfehlen Maßnahmen für den „Aufschwung"

Die ganze Fäulnis der imperialistischen Ausbeuterordnung tritt gegenwärtig offen zutage. Ungeheuren Geldmassen in den Krallen des Finanzkapitals, nach Anlage als Kapital schreiend, steht die Konjunktur, die immer schlaffer vor sich hin schlurt, gegenüber. Die industrielle Reservearmee wächst. Die Bourgeois verstärken ihre Anstrengungen, ihre gelehrten Häupter werden in Schwung gebracht. John Maynard Keynes wird wieder ausgegraben. Es häufen sich die „fortschrittlichen Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik" und wimmelt nur so von „attraktiven Vorschlägen".

75 Wirtschaftswissenschaftler haben sich gefunden und predigen das Wort der Bourgeoisie: „Die Arbeitslosigkeit ... ist zum sozialen Hauptproblem unserer Gesellschaft geworden", und sie unterbreiten der imperialistischen Schmidt-Genscherregierung „Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit". An der Bremer Universität wird ein Projekt: „Krisentheorie, Krisenverlauf, Krisenreaktion" durchgeführt. „... insbesondere soll im Projektplenum ... die Kontroverse zwischen marxistischer und keynesianischer Krisentheorie diskutiert werden." Im Arbeitsvorhaben „Krisenreaktion in der Weimarer Republik" sollen die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf „Organisations- und Streikverhalten der Arbeiter", insbesondere der „Werftarbeiter", untersucht werden. Der „Tankerzyklus" ebenfalls. Man riecht es, Fregattenbau und Arbeitsdienst sind die wahren Interessen, die hinter diesen Lehrstücken stehen.

Eifrig sind die Bourgeoisideologen und dienen treu ihrer Herrschaft. Ein neues Lehrbuch ist auf dem Markt: „Der Keynesianismus". Bisher sind Band I und II erschienen. III und IV sind geplant. Erschienen im Springer-Verlag von den Professoren Bombach (Uni Basel), Ramser und Timmermann (Uni Konstanz) sowie Wittmann (Uni Freiburg). Die Verfasser formulieren ihre Aufgabe: „... das Entstehen von Enttäuschungen verhindern." Sie jammern, daß sie's schon leichter hatten, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen ideologisch zu fesseln: „Probleme hinsichtlich der Verteilung des Kuchens ... werden mit dem Hinweis auf das ständige Wachstum eben dieses Kuchens vertagt." (zitiert nach J. Galtung: Eine strukturelle Theorie der Revolution) Professorennostalgie, der „Kuchen" wächst gegenwärtig nimmer. Die Bourgeoisie setzt die Tendenz der absoluten Verelendung ein Stück weit durch gegen die Massen, die Kämpfe der Massen gewinnen an Bewußtheit, die Widersprüche stehen schroff. Die Angst der Bourgeoisie vor dem revolutionären Ansturm können auch die Professoren nicht verdecken: „Bei Nullwachstum jedoch kann jeder seinen realen Anteil nur auf Kosten der übrigen erhöhen; die Intensität der Verteilungskämpfe nimmt zu, die Unzufriedenheit steigt, was beides gleichermaßen die Konzepte einer Stabilitätspolitik durchkreuzt."

Keynes soll der Bourgeoisie in dieser Lage helfen, wie bereits 1936, als sein Buch „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" erschien. Es legitimierte die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Endphase der Weimarer Republik, die Arbeitsbeschaffungsprogramme und Arbeitsdienste und diente ideologisch den Maßnahmen des Faschismus. Das Kettenglied dieser Theorie ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Arbeitslosigkeit resultiert aus einem Zurückbleiben dieser Nachfrage hinter dem gesamtwirtschaftlichen Angebot, das unter Einsatz aller Arbeitskräfte (bei Vollbeschäftigung also) hergestellt werden kann. Die Nachfrage besteht vor allem aus Nachfrage nach Konsumgütern durch die Haushalte und Nachfrage nach Investitionsgütern durch die Unternehmen. Die Nachfrage nach Konsumgütern ist abhängig vom Einkommen der Haushalte: die Haushalte geben nicht ihr ganzes Geld für Konsumzwecke aus, sparen einen Teil. Ein Teil des produzierten Angebots bleibt also liegen, wenn es nicht über die Nachfrage nach Investitionsgütern abgesetzt wird. Nur durch einen reinen Zufall ist die Investitionsnachfrage aber gerade so groß, daß sie diesen Teil des Angebots aufsaugt. Denn diese Nachfrage hängt ab von den „Gewinnerwartungen" der Unternehmer, in die alle subjektiven Einschätzungen über die Marktlage, Risikobereitschaft usw. eingehen. Die subjektiven Faktoren, der Hang zum Verbrauch und die Gewinnerwartungen, sind somit die entscheidenden Größen für die Bestimmung der Höhe der Beschäftigung. Führen sie nicht dazu, daß Konsum- und Investitionsgüternachfrage gerade dem Angebot bei Vollbeschäftigung entsprechen, muß der Staat eingreifen: die Nachfragekomponenten gilt es zu beeinflussen, daß sie sich zur Vollbeschäftigungsnachfrage ergänzen. Die Methode ist Förderung der Investitionen durch Verbesserung der Gewinnerwartungen und Steigerung der Konsumgüternachfrage durch direkte Schaffung von Arbeitsplätzen, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Nicht objektive Gesetze sind es nach Keynes, die die Arbeitslosigkeit herbeiführen, sondern subjektive Verhaltensweisen; nicht das Stocken und Florieren der Profitproduktion (Konjunktur genannt), die Überproduktion von Kapital ist die Ursache, sondern mangelnde Nachfrage. Nicht der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern das unkoordinierte Verhalten von Konsumenten und Investoren, das den Ruf nach umfangreichen staatlichen Maßnahmen zur Steigerung der Profite und der Einführung von Zwangsarbeitsdiensten rechtfertigt. Der Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften, die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital muß konsequent verdeckt werden, der revolutionäre Klassenkampf soll unmöglich gemacht werden.

Die Lehren, die für die Kapitalisten heute in diesem Lehrbuch gezogen werden: Es wäre falsch, „wichtige Einsichten nur deshalb zu verwerfen, weil sie von den Nationalsozialisten benutzt wurden". Deutlich soll gemacht werden, „wie wenig die Arbeitsbeschaffungstheorie im Grunde eine Angelegenheit des Nationalsozialismus war". Das Nachwort propagiert offen die Wiederherstellung gleicher Verhältnisse: „Die Dokumente ... sollen dazu beitragen, ein Stück jüngerer deutscher Wirtschaftsgeschichte transparent zu machen. Die Geschichte der großen Krise ist über weite Strecken eine Chronik schwerwiegender Fehler mit katastrophalen Folgen. Hier wird zugleich Zeugnis gelegt für mutige Versuche, diese Fehler zu korrigieren. Dem neuen Weg war schließlich Erfolg beschieden, tragischerweise unter falscher Flagge."

Das sind die Lehren: verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Spaltung und Lohnsenkung der Arbeiterklasse – nur unter der richtigen Flagge! Ausweitung der Tätigkeiten des schwarzrotgoldenen imperialistischen Staatsapparates! Im Kern ist dies die Linie, die auch die „fortschrittlichen Wirtschaftswissenschaftler" in ihren Vorschlägen zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit verfolgen, allen voran Professor Jörg Huffschmidt und sein „Handbuch zur Wirtschaftskrise" 1973-76 in der BRD: Gesellschaft in Konkurs?". Selektive Arbeitszeitverkürzung wird gefordert neben „beschäftigungswirksamen öffentlichen Aufträgen" und die stetige „Ausweitung der Beschäftigung im Öffentlichen Dienst".

Einen Schritt weiter gegangen sind ca. 80 Westberliner Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter. Praxisbezogen haben sie Opferbereitschaft propagiert, um durch Verzicht auf Gehaltserhöhungen, die oberhalb des Inflationsratenausgleiches liegen, für neue Hochschullehrerstellen zu sorgen. Bundesminister Rohde hat dies als einen mutigen und bemerkenswerten Beitrag bezeichnet. Wen wundert es. Wir haben bereits nachgewiesen, daß dies Solidaritätsopfer der Spaltung des Lohnkampfes dienen soll (KVZ 35). Die öffentliche Debatte um freiwilligen Lohnverzicht ist durch diese „Opferlämmer" breit in die Presse gelangt. Schon immer hat breite Presse bekommen, wer der Bourgeoisie den Hof macht. In dem oben zitierten Lehrbuch wird diese Frage ebenfalls behandelt: „Qualität des Lebens ... bedeutet insbesondere besseres Wohnen, schönere Umwelt, höheren Bildungsstandard. Gerade im Bildungswesen aber sind schwerwiegende Fehler gemacht worden, die rascher Korrektur bedürfen. Eine Heerschar arbeitsloser Akademiker hat nichts mit Lebenqualität zu tun. Zur Qualität des Lebens gehört aber auch Vermögensbesitz, der Sicherheit gegen Risiken des Lebens und einen Freiraum eigener Zukunftsgestaltung schafft. Fortschritte bei der Vermögenspolitik sind unerläßlich, soll das marktwirtschaftliche System Bestand haben."

Ist erst einmal durch das Professorengeschwätz von freiwilligem Gehaltsopfer den Arbeitern der Lohn tatsächlich gesenkt worden, wobei die Professoren erhebliche Anstrengungen beigeliefert haben, dann wird sich schon ein Weg finden, den Professoren ihre „Leistungen" zu vergüten. So viel ist sicher, mit „Sicherheit gegen die Risiken des Lebens sowie Freiraum für die eigene Zukunftsgestaltung" für die Professorenmafia wird für die Arbeiter und die Volksmassen kein Fortschritt erzielt. Auch noch mehr Professoren an den Hochschulen im Solde der Bourgeois werden diese Einsicht nicht verhindern. Die Sorge der Professoren um den Bestand des marktwirtschaftlichen Systems ist gerechtfertigt. – (KSB Bremen)

Juristenausbildung: Bourgeoisie pflegt Tradition durch Treueprüfung und Prüfungsverschärfung

Wenn „erhebliche Verdachtsmomente bestehen", daß ein Jurastudent mit abgeschlossenem Studium der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht nur „gleichgültig sondern auch ablehnend" gegenübersteht, wird er in Zukunft nicht mehr in den Referendardienst eingestellt, der aber Voraussetzung ist, um die Ausbildung ganz abzuschließen. Das ist von dem Verwaltungsgericht Mannheim vor kurzem entschieden worden. Weil die Bourgeoisie die Reaktion verschärft, richtet sie ihren Gewaltapparat dazu aus, ihr „Recht auf Privateigentum und Ausbeutung" sollen die Juristen aktiv verteidigen und schon während des Studiums damit beginnen müssen. Gleichzeitig werden die Studienbedingungen angezogen. Prüfungsdruck soll die Jurastudenten in Konkurrenz aufeinanderhetzen und sie dem Staat unterwerfen. In einer Anfrage der CDU über „Berufsaussichten junger Juristen" hat die Regierung ihre Vorstellungen davon dargestellt: „... daß etwa ab 1981 ein erheblicher Teil der Absolventen der juristischen Ausbildung keine Beschäftigungsmöglichkeiten in den traditionellen Juristenberufen finden wird." Es ist schon wahr, daß eine Arbeit als Hilfsarbeiter irgendwo nicht gerade zu den „traditionellen Juristenberufen" zählt.

Um die Jurastudenten davor zu bewahren, hat die Bundesregierung festgelegt, wieviele Jurastudenten in Zukunft die Prüfung bestehen werden:

	erfolgreiche 2. Prüfung:
1977	4576
1978	4646
1979	3529
1980	3129

40 Prozent aller Juristen sollen nach diesen Zahlen durchfallen in den Prüfungen, auf alle Fälle dürfen nicht mehr als 70 Prozent bestehen, hat die Sozialdemokratie in der Regierung erklärt. Sorgen soll dafür ihre Professorenschaft.

Reform der Studentischen Krankenversicherung: Neuer Ansatz zur Ausplünderung der Studentenmassen

Streichung der Familienhilfe von Anfang an geplant / Bezuschussung der Privatversicherung der Bourgeoisstudenten

Hamburg. 1963 mußten 53 % der Studenten einmal im Semester zum Arzt. Zehn Jahre später waren es 69 %. Dies Verhältnis drückt die Ruinierung der Arbeitskraft der Studentenmassen durch gestiegene Ausbeutung und die Zerstörung ihrer Lebensbedingungen aus. „Es läßt sich allerdings aus diesen Zahlen nicht ablesen, wie weit unter dem Druck notwendigen Geldverdienens Krankheiten übergangen wurden und die körperliche Substanz doch Schaden nahm", kommentiert das Deutsche Studentenwerk diese Zahlen in der 7. Sozialerhebung. Durch die Reform der Krankenversicherung der Studenten, vor zwei Jahren begonnen und jetzt im Rahmen des Ehrenbergschen Kostendämpfungsgesetzes fortgesetzt, soll dieser „Druck notwendigen Geldverdienens" den Kapitalisten noch stärker nutzbar gemacht werden. Sind die Studenten auch nicht mehr das „günstige Versicherungsrisiko" wie früher, so sollen sie auf jeden Fall verstärkt ausgeplündert werden.

Zahlten die Studenten 1974 in Hamburg an die DSKV (Deutsche Studentische Krankenversicherung) 115 DM im Semester, an eine Ersatzkasse oder die AOK etwa 100 DM, so beträgt der gesetzlich festgelegte Beitrag jetzt 5 % vom BAFöG-Bedarfssatz (z.Z. 580 DM) monatlich, im Semester 174 DM. Steigt der Bedarfssatz, so steigt auch der Beitrag für die Kassen für alle Studenten. Die BAFöG-Zahlungen steigen aber nur für die wenigsten, bei den meisten erhöht sich der Anteil, den ihre Eltern zahlen müssen, aber nicht können, abgesehen von denen, die sowieso nichts kriegen. Die Spaltung durch das BAFöG-System wurde ausgebaut.

„Die zersplitterte Krankenversicherung der Studenten vereinheitlichen", war die Parole der bürgerlichen Politiker, als 1975 das Gesetz über die Krankenversicherung der Studenten (KVSG) durchgesetzt wurde. Worin bestand die Zersplitterung? 1974 waren in Hamburg versichert über DSKV 15 %, familienversichert 43 %, selbst in einer gesetzlichen Versicherung 34 % und 6 % privat. Heute ist die DSKV aufgelöst und der Anteil, der als Selbstversicherte an die gesetzlichen Kassen Beiträge zahlt, auf 48 % gestiegen. In Hessen und Niedersachsen waren dagegen alle Studenten zwangsweise in der SKV. „Der niedrige Beitrag von 3 DM (monatlich, bis zu 15 DM in diesen SKVen) wird dabei auch nur durch die Pflicht erreicht, vor Inanspruchnahme der SKV andere Versicherungen auszuschöpfen." (7. Sozialerhebung)

Anfang der 70er Jahre begannen die AOKs und Ersatzkassen mit „Dumpingpreisen" von 60 bis 70 DM im Semester, in Städten wie Hamburg die Studenten aus der DSKV herauszukonkurrieren. In Niedersachsen und Hessen gingen die Studenten in diese Kassen, weil die Versorgung immer schlechter wurde, mußten aber weiterhin wie auch die Familienversicherten an die SKV zahlen. Als die meisten Studenten dann bei den AOKs und Ersatzkassen schon versichert waren, wurde das KVSG durchgesetzt: Beitragserhöhungen für einen kleinen Teil, der nur in der SKV gewesen war von z.T. 3 DM auf 25 DM monatlich, für Selbstversicherte in Ersatzkassen (25 %) von durchschnittlich 17 DM auf 25 DM, dabei aber teilweise Wegfall des Zwangsbeitrags für die SKV, und für die Familienversicherten (59 %) keine Änderung bzw. Wegfall des SKV-Beitrags. Für die Bourgeoisstudenten, die sich privat versichern, sieht § 8 einen Bundeszuschuß von 60 % des Kassenbeitrags, also z.Z. 17,40 DM monatlich vor.

Nachdem die DSKV ruiniert und unter der Fahne der „Verbesserung der unzureichenden Krankenversorgung der Studenten" die Beiträge erhöht worden sind, wird jetzt mit dem Ehrenberg-Gesetz der nächste Schritt getan. Mit der Änderung des § 205 RVO wurde der bisherige Versicherungsschutz per „Familienhilfe" für Studenten mit einem Einkommen über 370 DM im Monat gestrichen. 42 % der Hamburger Studenten, ca. 15 000, arbeiten während des Semesters mehr als 15 Stunden pro Woche. Da reicht ein Hungerlohn von 6 DM, um versicherungspflichtig zu werden: 29 DM Krankenversicherungsbeitrag im Monat, wo man nicht weiß, wie man sie zahlen soll, ohne am Notwendigsten zu sparen. Im Semester holt Ehrenberg darüber von den Hamburger Studenten ca. 2,5 Mio. DM. Die 370 DM-Grenze gilt nicht für BAFöG: Da gilt, daß das, was ein Student über 200 DM monatlich an Lohn hat, ihm vom BAFöG abgezogen wird.

Damit den Bourgeois nicht durch Schwarzarbeit der Studenten diese Millionen durch die Lappen gehen, kann man sicher sein, daß das „Soziale Netz" entsprechend ausgebaut wird. Entweder zahlen die Studenten oder arbeiten schwarz, und dann hat sie der Kapitalist vollkommen in der Hand.

Wie aus Fachzeitschriften und Bundestagsdebatten hervorgeht, war die „Entlastung der Sozialgemeinschaft" durch Streichung der Familienhilfe, wie Ehrenberg sich ausdrückt, von Anfang an geplant. Die Studentenmassen haben allen Grund, an der Seite der Arbeiterklasse um einheitliche und selbstverwaltete Versicherungskassen und ihre Bezahlung durch die Kapitalisten bzw. durch den Staat zu kämpfen. – (SSG Hamburg/N-Red)

Ergebnisse der „Großen Verteidigungs- und Sicherheitsdebatte“ am 8.9. im Deutschen Bundestag

Monate des Friedens, der Entspannung, der Abrüstung stehen uns bevor. Ab Oktober wird in Belgrad wieder auf der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“ verhandelt. Noch in diesem Monat beginnen die Verhandlungen über einen gleichgewichtigen Truppenabzug (MBFR) in Wien nach halbjähriger Pause wieder. Die SALT-Verhandlungen zwischen den Supermächten werden trotz des Platzens der Verhandlungen Anfang des Jahres fortgesetzt. Es trieft bereits von Friedensbeteuerungen, Abrüstungswilligkeitserklärungen, Abrüstungsplänen. Die imperialistische Abtastung, die gegenseitigen Betrugsmanöver, die großen Schauspielereien für den versuchten Betrug an den Völkern erreichen ein neues Stadium.

Der BRD-Imperialismus tanzt mit im Schattenspiel der Abrüstung und betreibt wie seine imperialistischen Konkurrenten gleichzeitig eine hemmungslose Aufrüstung. Den BRD-Imperialisten eilt es. Sie haben mit Export- und Kapitaloffensive einige Erfolge erzielt gegenüber der Konkurrenz. Jetzt soll der politische Nutzen folgen, sollen die Möglichkeiten eigenständiger imperialistischer Politik erweitert werden.

In der „Verteidigungsdebatte“ am 9. September im Bundestag ging es deshalb, trotz langweilig von der Bourgeoispresse wiedergekäuter „Neutronenbombendiskussion“ um anderes als die Einführung einer neuen Waffe. Die hat Carter längst beschlossen. Die Debatte diente vielmehr dem Zweck, a) in der Abrüstungspolitik die BRD-Imperialisten stärker ins Geschäft zu bringen und b) die imperialistische Droh- und Raubpolitik einen Schritt weiter ideologisch vorzubereiten und zu rechtfertigen.

Den Part b) hatte vor allem der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestags, Wörner, wahrgenommen. Er sprach für

„dosiert ausgelöste militärische Maßnahmen“. „Sie eskalieren nicht, treiben die Spannungen nicht nach oben, sondern wirken eher spannungsvermindernd, und das heißt, wir müssen als Politiker uns und das Volk daran gewöhnen, daß notfalls auch einmal vorsorglich dosiert und so, daß klar wird, daß wir entschlossen und bereit sind, rechtzeitig militärische Maßnahmen ausgelöst werden müssen.“

Man muß den letzten Satz zweimal lesen. Woran sollen die Politiker sich und das Volk „gewöhnen“ (nicht „vorbereiten“, nein „gewöhnen“): „daß notfalls auch einmal rechtzeitig militärische Maßnahmen ausgelöst werden müssen“, und zwar „*vorsorglich* dosiert“ und „so, daß klar wird, daß wir entschlossen und bereit sind“. Und damit niemand glaubt, der Herr Wörner meine allein ein Manöver an der Grenze, wird er in seiner Rede konkret:

„Sicherheit kann man nur weltweit bewahren. Und ganz sicher ist, daß beispielsweise Europa in Afrika ausmanövriert werden könnte, ohne daß hier auch nur ein Schuß fällt.“

Nachdem so der mögliche Ort solcher „dosierten militärischen Maßnahmen“ genannt ist, kommt Herr Wörner zu dem Schluß, daß die BRD-Imperialisten nur über die NATO ins Geschäft kommen.

„Und daraus ziehen wir zwei Schlußfolgerungen, die ich hier einmal wiederholen möchte: Die atlantische Allianz muß über ihren Charakter einer reinen Verteidigungsallianz hinauswachsen. Sie muß sich langfristig als Schicksalsgemeinschaft der freien Welt verstehen, das heißt, sie muß den Versuch unternehmen, in den vitalen Fragen des Überlebens der freien Welt zu einer solidarischen koordinierten Politik zu kommen. Und zweitens: Die geographische Begrenzung der NATO ist überholt. Das heißt nicht, daß die NATO weltweit intervenieren müßte, und das heißt nicht, daß die Bundeswehr etwa in Afrika eingesetzt werden müßte. Wohl aber heißt es, daß die NATO als Ganzes nicht zulassen darf, daß ihre Versorgungswege und ihre strategisch bedeutsamen Gebiete durch Gewaltanwendung unter Kontrolle des Warschauer Pakts oder der UdSSR alleine gebracht werden können. Mindestens, meine Damen und Herren, schuldet die Allianz, die ganze Allianz den Amerikanern praktische und moralische Solidarität, wenn sie sich dieser Aufgabe stellvertretend für die ganze Allianz annehmen.“

„Sich dieser Aufgabe annehmen“, das tun die US-Imperialisten bereits. Warum will Wörner dann die „geographische Beschränkung“ der NATO aufheben? Um seinen laut geäußerten Gedanken von der Bundeswehr in Afrika wahr zu machen, was vorläufig nur geht im Rahmen des Bündnisses mit der Supermacht USA und mit deren Duldung.

Die Fregatten, die man braucht für diese imperialistische Politik, haben Leber und Wörner gemeinsam beschlossen, wie sie sich überhaupt einig sind in der Wehr- und Rüstungspolitik für das Finanzkapital. Leber brachte den „Entspannungswillen“ der BRD-Imperialisten auf den Tisch. Er sei dafür, daß eine

„Lösung zustande käme, mit der eine gleiche Parität wie bei den nuklearen Waffen auch bei den konventionellen Waffen zustande käme“.

„Was eigentlich könnte die Sowjetunion daran hindern, den von Herrn Breschnew wiederholt ausgesprochenen Verzicht auf Angriffsabsichten durch einen Verhandlungsvorschlag in Wien mit Hand und Fuß auszustatten?“ „Dem fortgesetzten Anwachsen des militärischen Gegeneinander in Europa muß Einhalt geboten werden.“ „Vertrauensbildende Maßnahmen“ seien nötig.



Die westdeutsche Marine treibt sich wieder überall herum. Kurz nachdem sie in der Karibik und im Mittelmeer Flagge zeigte, legte jetzt erstmals seit Kriegsende ein aus vier Einheiten bestehender Flottenverband unter Führung des Versorgungsschiffes „Lech“ (Bild) im Hafen von Helsinki an, „zur Erwiderung eines Freundschaftsbesuches“ vom vergangenen Jahr, wie es heißt. Die sowjetischen Sozialimperialisten verstanden die Zeichen wohl. Sie betrachteten den „Besuch“ als Teil eines gleichzeitig stattfindenden NATO-Manövers in der Ostsee. – Der Besuch paßt zur Debatte im deutschen Bundestag. Die Vorneverteidigung wird rundum immer weiter „nach vorn“ verlegt.

In der gleichen Rede bezeichnete Leber die Neutronenbombe als Mittel, „Krieg und Fiasko zu verhindern“. Solchen Kalibers „vertrauensbildender Maßnahmen“ haben die BRD-Imperialisten in Gestalt von Panzern, Flugzeugen und Kanonen sich angeschafft in den letzten Monaten.

Eigentlicher Anlaß der Sitzung war eine Anfrage, die SPD und FDP gestellt haben, und die sich vor allem mit der neuen Wehrstruktur und der „Inneren Führung“ befaßte. In der Debatte hat beides selbst keine Rolle gespielt. Wir werden über die schriftlichen Antworten der Bundesregierung berichten. Der SPD-FDP schien vor allem ein Tatbestand eine Anfrage wert: Wie die Bundesregierung der „Inneren Führung neue Impulse“ geben wolle. Die Rede war in der Anfrage von „Erhöhung des Anteils an politischer Bildung“, „Verbesserung des Führungsstils“, „Lehrgänge für Innere Führung ... für Kommandanten“ und anderen Maßnahmen, die das Ziel haben sollen, die Soldaten auf seiten der Imperialisten zu ziehen. Dringend stellt sich für den BRD-Imperialismus diese Aufgabe. Wie soll die Bundeswehr sonst „dosiert ausgelöste militärische Maßnahmen“ für die Ziele der Imperialisten durchführen können? Die „neuen Impulse“ sollen die Arbeiterjugend in der Armee statt für die proletarische Revolution für Profitjagd in Afrika begeistern. Die herrschende Klasse braucht ihre Armee dringend und findet sie nicht einsatzfähig für ihre Ziele. – (Z-Red)

zu rechtfertigen.
Den Part b) hatte vor allem der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestags, Wörner, wahrgenommen. Er sprach für
„dosiert ausgelöste militärische Maßnahmen“. „Sie eskalieren nicht, treiben die Spannungen nicht nach oben, sondern wirken eher spannungsvermindernd, und das heißt, wir müssen als Politiker uns und das Volk daran gewöhnen, daß notfalls auch einmal vorsorglich dosiert und so, daß klar wird, daß wir entschlossen und bereit sind, rechtzeitig militärische Maßnahmen ausgelöst werden müssen.“
Man muß den letzten Satz zweimal lesen. Woran sollen die Politiker sich und das Volk „gewöhnen“ (nicht
„Sich dieser Aufgabe annehmen“, das tun die US-Imperialisten bereits. Warum will Wörner dann die „geographische Beschränkung“ der NATO aufheben? Um seinen laut geäußerten Gedanken von der Bundeswehr in Afrika wahr zu machen, was vorläufig nur geht im Rahmen des Bündnisses mit der Supermacht USA und mit deren Duldung.
Die Fregatten, die man braucht für diese imperialistische Politik, haben Leber und Wörner gemeinsam beschlossen, wie sie sich überhaupt einig sind in der Wehr- und Rüstungspolitik für das Finanzkapital. Leber brachte
Sozialimperialisten verstanden die Zeichen wohl. Sie betrachteten den „Besuch“ als Teil eines gleichzeitig stattfindenden NATO-Manövers in der Ostsee. – Der Besuch paßt zur Debatte im deutschen Bundestag. Die Vorneverteidigung wird rundum immer weiter „nach vorn“ verlegt.
In der gleichen Rede bezeichnete Leber die Neutronenbombe als Mittel, „Krieg und Fiasko zu verhindern“. Solchen Kalibers „vertrauensbildender Maßnahmen“ haben die BRD-Imperialisten in Gestalt von Panzern, Flugzeugen und Kanonen sich angeschafft in den letzten Monaten.
Eigentlicher Anlaß der Sitzung war eine Anfrage, die SPD und FDP gestellt haben, und die sich vor allem mit der neuen Wehrstruktur und der „In-
gend stellt sich für den BRD-Imperialismus diese Aufgabe. Wie soll die Bundeswehr sonst „dosiert ausgelöste militärische Maßnahmen“ für die Ziele der Imperialisten durchführen können? Die „neuen Impulse“ sollen die Arbeiterjugend in der Armee statt für die proletarische Revolution für Profitjagd in Afrika begeistern. Die herrschende Klasse braucht ihre Armee dringend und findet sie nicht einsatzfähig für ihre Ziele. – (Z-Red)

„Die Männer der Lützow erinnern sich“ – die Bourgeoisie gedenkt ihrer imperialistischen Abenteuer und sinnt auf neue

Kiel. „Die Männer der Lützow erinnern sich“ – fast eine ganze Seite widmen die „Kieler Nachrichten“ am 7. September dem „6. Familientreffen der Westentaschenschlachtschiffbesatzung“ vom 16. bis 18.9. in Kiel. Warum die Begeisterung für dieses Schiff und seine Offiziere? Die „Lützow“, als „schwerer Kreuzer“ deklariertes ehemaliges Panzerschiff „Deutschland“, war der 1933 fertiggestellte und nur gegen den heftigen Kampf der Arbeiterklasse durchgesetzte Panzerkreuzer „A“. Reichskanzler Brüning (SPD) bemerkte damals in der Taufrede: „Heiße Kämpfe haben es lange gefährdet“ und weiter: „ ... durch diese Feier zeigt das deutsche Volk in aller Offenheit der Welt, ... daß es die Kraft findet, den Frieden zu sichern und seine Ehre zu wahren.“

Unter dem Faschismus wurde das Schiff von der deutschen Monopolbourgeoisie bereits 1937 im Spanischen Bürgerkrieg eingesetzt zur Unterstützung der faschistischen Horden Francos, „im Rahmen der internationalen Seekontrolle zum Schutz neutraler Interessen“, wie die „Kieler Nachrichten“ es nennen und bedauern, daß es durch den Bombenangriff der revolutionären spanischen Luftwaffe dort vertrieben wurde. Als „Schwerer Kreuzer Lützow“ wurde es dann im 2. Weltkrieg zur „Handelskriegführung“ und beim Überfall auf Norwegen eingesetzt. Begeistert werden die technischen Daten des „Kreuzers“ aufgezählt, denn nach Panzerung und Bewaffnung war die „Lützow/Deutschland“ ein als Kreuzer getarntes ausgewachsenes Schlachtschiff – „Westentaschenschlachtschiff“ genannt.

Dies sind die gleichen Töne, wie man sie auch von den neuen „Fregatten“ der Bundesmarine zu hören bekommt. Da wird es höchste Zeit, die alten „Heldentaten“ der alten Krieger aufzuwärmen, von denen „die ältesten schon 85 Jahre“ sind – welcher Matrose was 1945 wohl 53?

Die Arbeiterklasse gedenkt nicht der Imperialistenschlachtschiffe, sie wird eher an den Panzerkreuzer „Aurora“ denken, der das Zeichen für den bewaffneten Aufstand 1917 in Rußland gab.

Rock-Festival in Scheeßel: Wehrpflichtige gegen Jugendliche eingesetzt

Hamburg/Harburg. Am 3./4.9. sollte in der Motorradrennbahn in Scheeßel ein Open-Air-Festival mit Rockgruppen aus den USA, England und Westdeutschland stattfinden. Eintrittspreise bis zu 40 DM mußten bezahlt werden. Von 23 angekündigten Bands traten nur fünf auf. Als nachts klammheimlich die Anlage abgebaut werden sollte, zündeten aufgebrachte Jugendliche die Bühne an. Der Veranstalter hatte sich rechtzeitig mit einem Großteil der Eintrittgelder von über 20 000 Besuchern aus dem Staub gemacht und sich bei der Polizei in Schutzhaft begeben.

Der bürgerliche Staat hat über die Ge-

Rock-Festival in Scheeßel: Wehrpflichtige gegen Jugendliche eingesetzt
Hamburg/Harburg. Am 3./4.9. sollte in der Motorradrennbahn in Scheeßel ein Open-Air-Festival mit Rockgruppen aus den USA, England und Westdeutschland stattfinden. Eintrittspreise bis zu 40 DM mußten bezahlt werden. Von 23 angekündigten Bands traten nur fünf auf. Als nachts klammheimlich die Anlage abgebaut werden sollte, zündeten aufgebrachte Jugendliche die Bühne an. Der Veranstalter hatte sich rechtzeitig mit einem Großteil der Eintrittgelder von über 20 000 Besuchern aus dem Staub gemacht und sich bei der Polizei in Schutzhaft begeben.
Der bürgerliche Staat hat über die Ge-

meindeverwaltung Scheeßel den Betrug bis zuletzt gedeckt und gestützt. Gegen 74 Jugendliche werden jetzt Strafverfahren wegen Körperverletzung, Widerstand und Diebstahl eingeleitet.

Um sicherzustellen, daß die Jugendlichen auch alle tatsächlich die horrenden Eintrittspreise zahlten, ließen die Veranstalter das Gelände mit NATO-Draht, 120 Rockern und einer „Sicherheitstruppe“ sichern. Diese „Sicherheitstruppe“ bestand aus ca. 100 Wehrpflichtigen, 30 allein aus der Scharnhorst-Kaserne in Hamburg-Harburg. Sie sollten von Freitagabend bis Sonntagabend verhindern, daß Jugendliche durch Überklettern des einfachen Zaunes im hinteren Teil des Geländes ohne Eintritt hereinkommen.

Ein Soldat aus der Scharnhorst-Kaserne berichtete: „Der Spieß hat uns gesagt, daß man sich für die Ordnertruppe melden könnte. Bei 165 DM Sold im Monat sind 130 DM an zwei Tagen eine ganze Menge Geld, die man brauchen kann.“

Die Unterdrückung durch den Hungersold zwingt die Wehrpflichtigen, solche üblen Beschäftigungen anzunehmen. Die Aufgabe, die eindringenden Jugendlichen zu verprügeln, widerspricht völlig ihren Interessen: „Ich bin nur wegen der 130 DM hier und will auch etwas von der Musik mitbekommen. Wenn jemand hier durchbrechen will, werde ich ihn nicht daran hindern. Das ist verständlich bei den Eintrittspreisen.“ – (SRK Hamburg-Unterelbe)

Vertrauensmann: Nur den Mannschaften verantwortlich

Clausthal-Zellerfeld. In der Ausbildungskompanie 13/1 in der Oberharz-Kaserne wurden die Vertrauensleute gewählt. Einer der Vertrauensleute erklärte, daß er sich einzig und allein den Mannschaften verantwortlich fühlt. In der Kompanie werden zur Zeit regelmäßig vor den Wochenenden Testarbeiten geschrieben. Die Testarbeiten sind nichts als Schikane und Unterdrückung. Wer eine Fünf oder Sechs schreibt, der muß das Wochenende in der Kaserne bleiben. „Wenn ich will, schreibt ihr alle Fünf und bleibt am Wochenende“, so ein Stabsunteroffizier.

Gefordert wurden jetzt zwei Mannschaftsversammlungen ohne Beisein der Offiziere während der sechswöchigen Grundausbildung, auf der die Soldaten Kampfschritte gegen die Schikanen festlegen können.

Mit Panzern und Rockmusik wirbt die Bourgeoisie um Soldaten

„Unser Heer“ – Bundeswehrpropagandaschau in Brühl

Seit März 77 läßt die Bundeswehrführung die Propagandaschau „Unser Heer“ durch Westdeutschland ziehen. Propaganda für die imperialistische Armee und ihre Ziele. Im Faltblatt „Die Bundeswehr informiert ...“ schreiben sie: „Kern der Kampftruppen ist der Panzer“. So besteht auch die Schau im wesentlichen aus Panzerfahrzeugen.

Brückenlegepanzer „Biber“, Spähpanzer „Luchs“, Bergepanzer „Leopard“, Raketenjagdpanzer, Kampfpanzer „Leopard“, Schützenpanzer „Marder“ – fast alles was der imperialistische Heereswaffenzoo zu bieten hat. Dazu Raketenwerfer, ein paar Lkws, Maschinengewehr, G 3, Feldkanone. Ins Auge stechen die Panzer, die direkt gegenüber dem Eingang als große Armada nebeneinander aufgebaut sind. Sie stehen dort wie unbezwingbare Riesen und sollen auch so stehen, um den Massen Ohnmacht und Wehrlosigkeit zu demonstrieren. Die praktischen Vorführungen laufen auf das gleiche hinaus. Der Brückenlegepanzer „Biber“ fährt seine riesigen Teile aus, gebannt sollen die Massen auf diese Waffen und ihre Technik schauen. Sie sollen sich diesen unterwerfen und den Verhältnissen, die mit diesen Waffen verteidigt werden.

Waffenstrotzend tritt die Bourgeoisie auf, zwar im Besitz der Waffen, aber selber viel zu feige und zahlenmäßig zu gering, um sie in bewaffneten Auseinandersetzungen zu bedienen. Notgedrungen sind sie auf Menschen angewiesen, auf Teile der Volksmassen, die die Waffen bedienen. Ihre Ausstellungen machen sie zum Zweck, die Arbeiterklasse einzuschüchtern und vor ihren Karren zu spannen. Besonderen Wert legen sie dabei auf die Jugend.

Grosses Preisausschreiben, laute Rockmusik, „nette“ Offiziere, die einem geduldig die interessante Technik erklären. Überhaupt fällt einem die besondere Freundlichkeit des Offizierspacks auf, so ganz im Gegensatz zu den eigenen Erfahrungen aus der Bundeswehrzeit.

„Heute heißt es mitmachen beim Heerespreisausschreiben 77.“ 10 Tage USA, 1 Woche Italien oder 3 Tage Paris. Große Preise zur Anlockung von Wehrpflichtigen, am besten Verpflichtung auf Zeit, daran hat die Bundeswehrführung besonderes Interesse. Zur Abrichtung brauchen sie Zeit, es dauert schon, bis man dem Soldaten das Rückgrat gebrochen hat. Ansetzen tun sie mit dem relativ hohen Sold von 1 140 DM brutto als Gefreiter. Geld und Ausbildungsplatz werden versprochen, über Drill und Schikane kein Wort verloren. „Soldat auf Zeit, wenn's auf Sicherheit ankommt.“ Dem Druck der Jugendarbeitslosigkeit soll ein „Ausweg“ gezeigt werden.

Hinten rechts auf dem Platz steht das Informationszelt. Von innen her schallt die Rockmusik, die die Jugendlichen anziehen soll. Das Zelt ist mit Texttafeln ausgestattet, die alle ideologischen Köder nochmal breit auswerfen. „Der Soldat verdient, daß er gut verdient.“ „Wenn die Kohlen stimmen, ist die Stimmung okay.“ Auf grossen bunten Fernsehschirmen und mit Kopfhörer ausgestattet werden die Jugendlichen berieselt. Dazu gibt es Riesenposter mit allen neuen Waffen. Auf dem Fernsehschirm wird die Laufbahn der Soldaten skizziert: gute Ausbildung, feste Anstellung und hoher Verdienst. Mindestens vier Jahre mußt du dich allerdings in dieses Gefängnis begeben.

Extra Wehrpflichtigenberatung auf dem Platz: Laufbahngespräche, Ausbildungslehrgänge, Aufstiegsmöglichkeiten. Köder, die der Abrichtung zu billigem Kanonenfutter für die Bourgeoisie dienlich sein sollen.

Menschen braucht die Bourgeoisie, um ihre Waffen zu führen, holen muß sie sie sich aus der Arbeiterklasse. Muß sie in die Kasernen pressen, sie dem System von Befehl und Gehorsam unterwerfen. Das gibt Widerstand. „Jeden Tag technischen Dienst, stundenlanges Putzen, am besten soll man sich



in den Kisten spiegeln können. Nach zwei, drei Tagen hast du die Schnauze gestrichen voll. Schon seit März dieses Jahres geht das“, so ein Gefreiter auf der Schau.



„20 Tage noch, dann ist der Arsch ab,“ sagte ein anderer. Großer Unmut herrschte gegen den Drill und die Schikane, gegen das ständige neben-den-Waffen-Stehen bei der Ausstellung. Den Soldaten stinkt der Dienst. Kämpfe der Soldaten entwickeln sich für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht, das schafft Klarheit über den Gegner und findet Unterstützung bei der Arbeiterklasse.

Die Waffenschau „Unser Heer“ hat ihre letzte Station bei der größten Schau der Bundeswehr am 29.9. in Köln-Porz. Dort will die Bourgeoisie ihre „Strategie der Vorwärtsverteidigung“ im Manöver vorführen. „Zwei Tage vorher wird nochmal alles geübt, unter dem direkten Kommando eines Generals, da sollen wir noch mal richtig Druck kriegen“, sagte ein Soldat zur Porzer Schau.

Die Bourgeoisie bereitet den imperialistischen Krieg vor, ein Mittel sind ihr diese Schaus und Ausstellungen. – (h, SRK Köln)



Die reaktionäre Soares-Regierung gibt den Großgrundbesitzern die von den Landarbeitern enteigneten Ländereien zurück. In Evora kam es Ende August zu schweren, mehrere Tage andauernden Kämpfen der Arbeiter gegen die Polizei, als dem Großgrundbesitzer Fiuza Cabral da Silveira das Land zurückgegeben werden sollte, das der „Cooperative 22. Juli" gehört. Die Revisionisten, die das Distrikt-Sekretariat der Genossenschaften kontrollieren, versuchten die spontanen Massenkundgebungen der Arbeiter zu zerstreuen. Die Massen wollen den Generalstreik des ganzen Alentejo. (Bild: Demonstration in Evora am 30. August)



300000 demonstrierten am Freitagabend, 2. September, in Bilbao, der größten Stadt des Baskenlandes, für totale politische Amnestie. Das sind 30 bis 40% der Bevölkerung des Einzugsgebietes von Bilbao. Sie forderten: „Freiheit für Larena und keine Ausweisung von Apala" (zwei Führer der ETA), „Freiheit für alle politischen und sozialen Gefangenen", „Rückkehr der Ausgewiesenen", „Wiedereinstellung der Entlassenen" (Kollegen, die wegen ihres Kampfes für Amnestie gefeuert wurden), „Aufhebung aller die Frauen diskriminierenden Gesetzesbestimmungen" und „Freiheit für die Soldaten, die wegen ihrer politischen Aktivitäten gefangengehalten werden". In Madrid demonstrierten vergangene Woche 150000 Menschen gegen die Preissteigerungen.

schen Aktivitäten gefangengehalten werden". In Madrid demonstrierten vergangene Woche 150000 Menschen gegen die Preissteigerungen.

Portugal: Der Druck der Imperialisten nimmt zu

Ausplünderung des Landes / Beseitigung der Rechte der Volksmassen

Jose Manuel de Melo sei im Juli in Portugal gewesen, er habe als technischer Berater die Delegation des Weltwährungsfonds begleitet, berichtet eine Lissabonner Tageszeitung. Diese Meldung veranlaßte die Regierung zur Stellungnahme: „Das Presseamt des Ministerpräsidenten kann weder bestätigen noch dementieren."

Wer ist Jose Manuel de Melo? Er war ehemaliger Verwaltungsdirektor der Lisnave-Werft und Herr des CUF-Monopols. Seine Familie war eine der zehn Monopolisten, die als Verbindung von Bank- und Industriekapital sowie Großgrundbesitz die faschistische Regierung trugen, den Raubzug auf die Kolonien Afrikas organisierten und den Kolonialkrieg gegen die revolutionären Befreiungsbewegungen führen ließen. Am 25.4.1974 wurde der Faschismus gestürzt. Der Klassenkampf der Arbeiter und Bauern kam schnell voran. Die de Melos wurden enteignet, ihr Monopol verstaatlicht. Die Reaktionäre gingen außer Landes. Jose Manuel de Melo taucht heute auf als „Berater" der Delegation des Weltwährungsfonds, also der westlichen Imperialisten. Die Regierung Mario Soares ist sozialdemokratisch, sie „kann weder bestätigen noch dementieren", das Land in der Tat an den Imperialismus weiter ausliefern, das kann sie sehr wohl.

Die Delegation des Weltwährungsfonds war in Portugal, um „Vorschläge" zur „wirtschaftlichen Erholung" des Landes zu machen. Die Imperialisten diktieren. Sie haben Portugal in der Zange, der Schuldenberg wächst. Für weitere Kredite – zur Debatte steht eine „gigantische Anleihe" – werden Bedingungen genannt, die erfüllt sein sollen. Abwertung des Escudo, Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Verteuerung der lebensnotwendigen Waren, Steuererhöhungen, Einfrieren der Löhne. Die Sozialisten von Mario Soares haben in den Wahlen das „freie Europa" und „Europa mit uns" und die „nationale Unabhängigkeit" propagiert. Die Imperialisten und das „freie Europa" befehlen und Mario Soares gehorcht. Anfang August hat der Ministerpräsident eine Abwertung des Escudo weit von sich gewiesen und als „Gerücht" behandelt. Ende August erklärte Mario Soares, daß er eine Abwertung „weder bestätigen noch dementieren" könne. Währenddessen fiel der Escudo an den Schweizer Devisenbörsen um 10 Prozent. Die Portugiesische Wirtschaftspolitik wird nicht in Lissabon, sondern in Washington, Bonn, Paris, London entschieden.

Die Handelsgewerkschaften wenden sich gegen die Teuerung: Im Zeitraum von Januar bis Mai habe sie bei Lebensmitteln 24,1 Prozent betragen. Im Jahr 1977 insgesamt soll die Lebenshaltung um 47 Prozent teuerer werden. Medina Carreira, Finanzminister, hält „die Lage für sehr ernst". Er erklärt, daß Portugal pro 100000 Escudos Importgüter nur 44000 Export aufweise. Das Handelsdefizit wächst – Ergebnis des imperialistischen Handelskriegs. Lösungen der Regierung? Mario Soares berät sich mit dem Präsidenten des Industriellenverbandes über das Projekt der Fusion dreier Großbanken: Das Bankmonopol soll wieder entstehen. Für 300000 Textilarbeiter wird der Lohnstop verhängt, wogegen sich Gewerkschaften und Streiks richten. Der Forderung des Weltwährungsfonds nach „klarer Festlegung von privatem und öffentlichem Sektor" wird entsprochen: Staatliche Fabriken, wie das Copam-Monopol und die Baufirma J.Pimenta werden den alten Eigentümern zurückgegeben. Die Arbeiter der Copam treten daraufhin in Streik; die erste Maßnahme des Kapitalisten war die Entlassung oder Suspendierung der gewerkschaftlichen Vertreter und der Mitglieder der Arbeiterkommission. Polizei ist inzwischen 4 Mal in die Fabrik gerufen worden. Die Regierung betreibt die „Neustrukturierung" der Industrie, z.B. in der Metallfirma Duarte Ferreira: Zur Erzielung der nationalen Unabhängigkeit hatten die 2700 Arbeiter dieser Firma vor über einem Jahr schon vorgeschlagen, ein Programm zur Produktion von Landwirtschaftsmaschinen zu entwickeln, ein Sektor, der vollständig in ausländischer Hand ist, was zur Verelendung der Landwirtschaft beiträgt. Die „Neustrukturierung" der Regierung plant dagegen, 1500 Arbeiter vorläufig zu entlassen, um die „wirtschaftliche Krise zu lösen".

Schließlich ist das „Gesetz der Entschädigungen" verabschiedet worden. Für die großangelegte Entschädigung der enteigneten Großkapitalisten ist Geld da! Über eine Million contos sollen dafür aufgebracht werden. Der Abgeordnete der UDP in seiner Stellungnahme zu diesem Gesetz: „Jeder Herr der Hochfinanz wird mit diesem Gesetz im Monat allein an Zinsen mehr Geld erhalten als ein Arbeiter in seinem ganzen Leben. Mit diesem Gesetz können sie zum großen Teil ihr Wirtschaftsimperium wieder errichten...". Die alte Finanzbourgeoisie Portugals, enger Verbündeter des Imperialismus, soll wieder ans Ruder.

Mitte August befanden sich Techniker der NATO auf Besuch in Portugal, um die portugiesischen Militärbasen zu inspizieren. Kurz darauf gingen westdeutsche Kriegsschiffe zu einem „Routinebesuch" im Hafen von Lissabon vor Anker. Der Admiral Souto Cruz erklärte am 15. August, es sei nicht ausgeschlossen, daß Portugal einen ausländischen Kredit aufnehme, um sowohl die neuen Fregatten zu kaufen, um so „die Präsenz Portugals in der NATO entscheidend zu verbessern".

Die Absichten der Imperialisten auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet sind, Portugal wieder zu sicheren Anlagesphären ihrer Kapitalien zu machen und der Reaktion in Portugal wieder voll an die Macht zu verhelfen. Die Regierung Mario Soares ist immer mehr in der Krise und die reaktionären Parteien treten immer frecher auf. – (kkw,Bezirk Mittelfranken)

Streikkämpfe der spanischen Arbeiterklasse

Streikkämpfe der spanischen Arbeiterklasse

Die spanischen Kapitalisten hatten gehofft, mit Hilfe der Suarez-Regierung und unter Ausnutzung der Spaltung der Gewerkschaften in die von den Sozialdemokraten beherrschten UGT und den von den Revisionisten beherrschten Arbeiterkommissionen, einen großen Raubzug gegen die spanischen Arbeiter, Bauern und das Volk durchsetzen zu können. Sie gründeten einen Unternehmerverband, in dem sie mit Vertretern des Finanzministeriums ihr gemeinsames Vorgehen berieten. Bei der Eröffnung legte der Leiter des Verbandes das Programm vor: Spanien muß mehr produzieren, mehr exportieren und weniger konsumieren.

Der erste Schritt in diesem Programm war die Abwertung der Peseta, ein Versuch der Regierung, der hohen Auslandsverschuldung entgegenzuwirken. Der Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter durch die darauf folgenden enormen Preissteigerungen war der Auslöser für den Kampf der Hotelangestellten, an dem sich allein an der Südküste des Landes 20000 Hotelangestellte beteiligten und sich im Verlauf weitere 10000 im ganzen Land anschlossen und auch die Angestellte der Bars und Restaurants mit einschloß. Der Tourismus bringt den spanischen Kapitalisten jährlich bis zu 4 Milliarden Dollar ein, wichtige Devisen, und der Streik während der Urlaubszeit war gut gewählt. In Malaga z.B. sind in diesem Jahr bei 2000 Hotels 200000 Touristen registriert. Der Streik und die Durchsetzung einer Lohnerhöhung von 38% zeigt, daß die Regierung mit ihrem Sparprogramm von 17 Prozent Lohnerhöhung sich nicht durchgesetzt hatte. Die Inflationsrate beträgt fast 30 Prozent, und jeder kann sich an zehn Fingern abzählen, welche Lohnsenkung bei einer Lohnerhöhung mit dieser Grenze herauskommt. Zum ersten Mal seit 1939 streiken die spanischen Seeleute für Lohnerhöhung. Ihr Streik dauert bereits anderthalb Monate.

Der Tarifvertrag in der Schuhindustrie läuft jetzt im September aus. Angesichts der Spaltung der Gewerkschaften hatten die Arbeiter in der Vorbereitung des Lohnkampfes Versammlungen durchgeführt und Delegierte gewählt, die gegenüber den Kapitalisten die Forderungen vortragen sollten. Die Forderungen, auf die sich die Arbeiter geeinigt hatten, sind: Lohnerhöhungen bis zu 200 DM, vierteljährliche Anpassung des Lohns an die Preissteigerungen, zwei zusätzliche Monatslöhne im Jahr, bezahlter Urlaub von 30 Tagen, 40-Stundenwoche an 5 Wochentagen, 50 Prozent Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit, Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Kapitalisten.

Zunächst weigerten sich die Kapitalisten, die Delegierten als Verhandlungspartner anzuerkennen, mußten dann aber dem Druck nachgeben und den gewählten Vertretern zusätzlich je Arbeitstag zwei Stunden für Versammlungen und Besprechungen während der Arbeitszeit zugestehen. Zu Beginn der Verhandlungen in Valencia traten die Arbeiter einiger Betriebe in Elche in den Streik, um den nötigen Druck gleich in die Verhandlungen zu bringen. Die Kapitalisten reagierten darauf mit Aussperrung und ließen gegen die Streikenden Polizei einsetzen. Bereits vor einem Jahr wurde ein Arbeiter im Streik von der Polizei erschossen.

Einem Arbeiter wurde bei einem Einsatz der Gummigeschosse der Polizei jetzt ein Auge schwer verletzt. Auf diesen Angriff der Kapitalisten traten fast 50000 der insgesamt 60000 Schuharbeiter in den Streik. Die Provinz Alicante ist das Hauptproduktionsgebiet in Spanien dafür. Spanien liegt an sechster Stelle in der Welt in der Schuhproduktion. 60 Prozent der Arbeiter arbeiten in Betrieben zwischen 25 und 250 Beschäftigten. Während im Verlaufe des Streiks immer mehr Zulieferbetriebe geschlossen werden mußten, schlossen sich immer mehr dem Streik an, Streikkassen wurden eingerichtet. Der Streik der Arbeiter in der Leder- und Schuhindustrie ist in dieser Woche beendet worden

Durchgesetzt wurde eine Lohnerhöhung von 24,9 Prozent, was gemessen an der Inflation eine Senkung des Lohns ist. Entscheidend in den Lohnkämpfen ist, ob es gelingt, die Spaltung der Gewerkschaften zu überwinden und eine einheitliche Gewerkschaft aufzubauen, die nicht unter Führung der Revisionisten oder Reformisten steht. Wie das gelingt, wird sich in den Betriebsratswahlen, die in diesem Monat in Spanien stattfinden, zeigen.

Die spanischen Kapitalisten fordern, aufgeschreckt durch die Kämpfe, von der Regierung ein Gesetz, das das Aufstellen von Streikposten verbietet. – (Z-Red)

Spanien kann mit seinem Export nicht die Hälfte aller notwendigen Importe decken. Im letzten Jahr exportierte das Land an die westdeutschen Imperialisten Waren im Wert von 6,8 Milliarden DM, Hauptexportgut sind Nahrungsmittel, und importierte von ihnen Waren für 14,1 Milliarden DM, vor allem Maschinen und Fahrzeuge. Die Auslandsverschuldung Spaniens ist im letzten Jahr von 8,7 Milliarden Dollar auf 10,6 Milliarden Dollar gestiegen.

1976 beteiligten sich die westdeutschen Imperialisten an staatlichen Projekten mit jeweils mehr als 50 Prozent mit insgesamt 1,63 Milliarden DM. Von den 2,885 Milliarden Investitionen der westdeutschen Kapitalisten entfallen: 1,2 Milliarden in das Gaststättengewerbe, 301 Millionen chemische Industrie, 218 Millionen Elektrotechnik, 208 Millionen Maschinenbau, 137 Millionen Wohnungsbau, 109 Millionen Straßenfahrzeugbau, 77 Millionen Mineralölverarbeitung, 61 Gummi- und Asbestverarbeitung.

Portugal kann mit seinen Importen nur 43 Prozent seiner Importe decken. Das Handelsbilanzdefizit stieg allein in den ersten Monaten dieses Jahres um 41,9 Prozent auf 19,2 Milliarden Escudos (100 Escudos gleich 6,06 DM). Portugal importiert vor allem Maschinen und elektrische Geräte. Die Gesamtverschuldung Portugals betrug 1976 107,8 Milliarden Escudos. Die Hauptgläubiger Portugals sind in der Reihenfolge die US-, die französischen, englischen und westdeutschen Imperialisten.

Entwicklung der Investitionen in Spanien und Portugal in Mio DM

	Spanien	Portugal
1966	387,1	45,1
1967	468,2	55,0
1968	549,9	64,0
1969	732,4	67,8
1970	884,7	82,7
1971	1107,3	110,4
1972	1596,3	140,9
1973	2344,1	197,7
1974	2637,0	292,6
1975	2858,0	370,8
1976	2885,6	405,6



Die Bäcker und die Arbeiter der Großbäckereien in London streiken für Lohnerhöhung und die Bezahlung des „bank holidays", einem englischen Feiertag. Auf dem Bild die Streikposten der Bäcker in Sheffield. Es wird darüber diskutiert, ob es nicht besser ist, Festgeld- statt Prozentforderungen aufzustellen. Letzte Woche streikten für kurze Zeit die Arbeiter der Elektrizitätswerke. In Manchester streikten 700 Arbeiter eines Transportunternehmens. Es ist jetzt schon klar, daß die Kapitalisten, die Labour-Partei und die reformistische Gewerkschaftsführung das zwölfmonatige Stillhalteabkommen nicht durchsetzen können. Das hat auch die umkämpfte Abstimmung darüber auf dem Kongreß der TUC gezeigt, wo der Vorschlag der Regierung angenommen wurde.



Demonstration der Arbeiter von Bofors-UVA in Stockholm (Präzisionsschleifmaschinen) gegen die geplante Entlassung von 40 Arbeitern. In vielen Betrieben werden jetzt die Lohnforderungen aufgestellt, nach 3 Kronen (Zentrallager Ahlens-Kaufhaus Stockholm), 5 Kronen (Philips Norrköping), 2 bis 3 Kronen (Saab-Scania, Trollhättan und Södertälje), um nur einige zu nennen. Demonstrationen und Streiks werden vorbereitet. 300 Arbeiter von Sunlicht in Nyköping traten am 29. August in den Streik, nachdem sich die Geschäftsleitung am Freitag zuvor geweigert hatte, auch nur eine Öre über den zentralen Lohnabschluß hinaus zu zahlen. Am 11. September beginnt der Kongreß der Metallarbeitergewerkschaft. Er vertritt 486000 Metaller, den Kern der schwedischen Arbeiterklasse. Die große Mehrheit der vorliegenden 521 Anträge zeugt von einer starken Strömung unter den Metallarbeitern, ihre Gewerkschaft wieder zu einer Kampforganisation zu machen.

Bulgarien: „Aktive wirtschaftliche Integration“ heißt verstärkte Ausplünderung des Landes durch die Sozialimperialisten

Im Namen der „wirtschaftlichen Integration“, der „internationalen Arbeitsteilung“ und der „Spezialisierung der Produktion“ werden die Staaten des unter Herrschaft des Sozialimperialismus stehenden Wirtschaftsblocks RGW immer abhängiger von der Wirtschaft der SU sowie immer mehr von der SU ausgeplündert. Die „weitere Vertiefung und Erweiterung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und der verstärkte Integrationsprozess in der Wirtschaft der sozialistischen Länder“ („Außenhandel“, Moskau, 1/77) heißt für die verschiedenen RGW-Staaten, daß ganze Produktionszweige eingestellt werden oder stark reduziert, während in der SU im gleichen Produktionszweig ein rasches Ansteigen der Produktion zu verzeichnen ist.

Die Sozialimperialisten errichten in den verschiedenen Bereichen der Schlüsselindustrie und in profitträchtigen Produktionszweigen wie z.B. der Energieversorgung und der Automobilindustrie ihre Monopolstellung, mit der sie den Markt innerhalb des RGW beherrschen und die Abhängigkeit der RGW-Staaten erhöhen. Jeder Ausbau der „Spezialisierung“ auf einige wenige Produktionszweige in den RGW-Staaten bedeutet für die Sozialimperialisten Ausdehnung des Marktes für ihre Monopolprodukte. Um ihre Monopolstellung in verschiedenen Schlüsselindustrien des RGW auszubauen und zu festigen, werden Industriezweige mit niedriger Profitrate von der SU in die RGW-Länder ausgelagert, die SU importiert dafür die fertigen Produkte, die Bezahlung erfolgt in „Kompensation“, d.h. durch Lieferung von Rohstoffen für die entsprechenden Produktionszweige. Die Herausbildung einer selbständigen Wirtschaft in den RGW-Staaten wird von der SU im Namen der internationalen Arbeitsteilung unterdrückt.

Bulgarien wird dabei „bevorzugt“ von der SU ausgeplündet und ist in-
von der SU ausgeplündet und ist in-
nerhalb des RGW auch schon am meisten „integriert“. Bulgarien ist durch die SU dazu verpflichtet worden, bestimmte Wirtschaftszweige, deren Produkte die SU benötigt, zu entwickeln und den größten Teil davon in die SU zu liefern. Das bulgarisch-sowjetische Zusammenarbeitsabkommen sieht vor, daß 60% der Produktionskapazität des bulgarischen Maschinenbaus auf den sowjetischen Bedarf einzustellen sind. 90% der in Bulgarien hergestellten Mähdrescher sowie andere landwirtschaftliche Maschinen, Elektromotoren, elektrotechnische und chemische Erzeugnisse werden in die SU geliefert. Die ganze Industrie ist in einen Zulieferbetrieb für die Sowjetunion verwandelt worden. Die Steigerung des Warenflusses in die SU in den letzten Jahren beweist und dokumentiert den Grad der Ausplünderung des Landes durch die SU. „In Übereinstimmung mit der starken Entwicklung der Wirtschaft, der ständigen Erweiterung und Vertiefung der Integration der Mitgliedsländer des RGW mit der SU an der Spitze ist eine beständige Erweiterung und unerschütterliche Erhöhung der Ausfuhr Bulgariens festzustellen: die genannten Länder (RGW) nehmen rund 80% aller Ausfuhrwaren Bulgariens, während allein auf die SU 50% entfallen. Im Zeitraum des sechsten Fünfjahresplans 1971-75 erreichte die Ausfuhr Bulgariens in den RGW den mehr als doppelten Umfang gegenüber den Jahren 66-70. (Bulgarischer Außenhandel, 3/76)

Die 50% beziehen sich auf den gesamten Export, bei einzelnen Produkten liegen die Lieferungen an die SU bei weitem höher. „Der bulgarische Export von Maschinen und Ausrüstungen in die UdSSR war 1975 19mal so groß wie 1960“, schreibt die Zeitschrift „Außenhandel“ (Moskau, 1/77). „Beide Länder bedienen sich in fast allen Zweigen des Maschinenbaus der Integration.“ Das heißt, daß die Wirtschaft in diesem Punkt vollständig
Wirtschaft in diesem Punkt vollständig
auf die SU abgestimmt ist. So beliefert Bulgarien gegenwärtig die SU mit rund zehn Arten von Bauteilen für Personenkraftwagen sowie verschiedenen Bauteilen für Lastkraftwagen.

Montiert wird weitgehend in der Sowjetunion, von dort wird auch verkauft. „Die Volksrepublik Bulgarien und die SU führen im Kraftwagenfahrzeugbau eine Spezialisierung in der Herstellung von Enderzeugnissen durch.“ Das sieht so aus, daß die SU im wesentlichen alle Automobile liefert, einzig und allein Herstellung und Zusammenbau von Flurfördermaschinen werden in Bulgarien durchgeführt. Hauptabnehmer ist die SU, die nach offiziellen Zahlen 50% davon bekommt.

Wesentlicher Bestandteil sind bei der Ausfuhr Bulgariens „verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel“. Praktisch ist Bulgarien in einen großen Gemüsegarten für die SU verwandelt worden. Im Zeitraum von 1971-75 exportierte Bulgarien über 1,5Mio.t Obstkonserven, 300000 t Tabak, 247000 t Zigaretten und über 1Mrd. Flaschen Tafel- und Likörweine in den RGW, wobei die SU den Hauptabnehmer stellt. Kein Land im sozialimperialistischen Machtbereich ist so auf die SU ausgerichtet wie Bulgarien. Die Ablieferungen sind in diversen Verträgen festgeschrieben. Die SU dagegen liefert nach Bulgarien komplette Ausrüstungen für die verschiedenen Fabriken, desweiteren diverse Transportmittel, darunter Lastkraftwagen und Eisenbahnen, sowie als wichtigstes verschiedene Rohstoffe, darunter auch Energieträger. Bulgarische Vorräte bleiben liegen, „begrenzte Anwendungsmöglichkeiten im Rahmen des Integrationsprogrammes“, heißt es da. („Integration in Produktion, Wissenschaft und Technologie, Bulgarien“ – vgl. auch KVZ Nr. 34/77)

Bulgarien ist im Rahmen des RGW mittlerweile eines der Länder, die am meisten von sowjetischen Treibstoff-, Brennstoff- und Rohstofflieferungen abhängig sind. 85% des Rohöls, 100% des Naturgases, 90% des Kokses, 85% des Eisenerzes und über 98% des hochwertigen Stahl kommen aus der SU (Peking Rundschau 47/76). Dabei mußten die Bulgaren erhebliche Preissteigerungen zahlen. Von 1974 auf 75 betrugen die Preissteigerungen bei Roh- und Brennstoffen aus der SU innerhalb des RGW durchschnittlich 90%. Die Abhängigkeit Bulgariens von der SU soll jedoch noch erweitert werden. Im Zuge weiterer Spezialisierungsmaßnahmen soll das gegenseitige Außenhandelsvolumen im Jahre 1980 auf 25Mrd. Rubel steigen, wobei die bis 1990 programmgemäß festgesetzten Haupteinfuhren aus der SU weiterhin Kokskohle, Erdgas und Elektrizität sein sollen. – (Z-Red)
zität sein sollen. – (Z-Red)

Rhein-Main-Donau-Kanal ein „internationales Gewässer“?

Der neue Rhein-Main-Donau-Kanal müsse als internationale Wasserstraße anerkannt werden, fordern die Sozialimperialisten. „Alle Abschnitte des transkontinentalen Wasserwegs von Rotterdam bis zur Mündung ins Schwarze Meer müssen auf gleichberechtigter Grundlage und ohne jegliche Diskriminierung den Handelsschiffen aller Länder zugängig sein“, heißt es in „Sowjetunion heute“. In nichts unterscheidet sich die Auffassung der Sozialimperialisten in der Sowjetunion von der „begrenzten Souveränität“ über Kanalgebiete von der Auffassung der anderen Imperialisten. Um den Rhein-Main-Donau-Kanal machen sie soviel Lärm, weil sie Absicht der BRD-Imperialisten erkennen: Mit diesem Kanal zur Donau, die durch Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien fließt bzw. Grenzfluß ist, bauen die westdeutschen Imperialisten ihre Verbindungen für den Waren- und Kapitalexport in die vom Sozialimperialismus unterdrückten Länder aus. Der fürchtet die Zersetzung durch die Konkurrenz. Zumindest die Schiffahrt auf den Wasserstraßen soll fest in seiner Hand bleiben und zudem Profit in Devisenform bringen
bringen

Carter – Freund der irischen Freiheit?

Noch am 17. Mai, dem Saint Patricks-Day, irischem Nationalfeiertag, hatte sich Jimmy Carter mit einem „ Meinungsknopf“ am Revers gezeigt, worauf stand: „Briten raus aus Irland“. Jetzt hat er, mit Unterstützung einflußreicher irisch-amerikanischer, vor allem aber in der imperialistischen Politik erprobter Politiker wie Kennedy – Bruder des Präsidenten, der den Vietnam-Krieg begann – eine „Irlandinitiative“ losgelassen. Dabei ging es dem furchtlosen Streiter für die Menschenrechte allerdings nicht um die politischen Gefangenen des britischen Imperialismus oder des südirischen Kompradorenregimes.

Mit der bekannten Friedensglocke hat er gebimmelt. Die USA würden jede Regierung unterstützen, die von breiten Teilen der Bevölkerung anerkannt und von London und Dublin gutgeheißen würde. Käme es dazu, wolle man einen Dollar-Investitionsregen auf die Insel niedergehen lassen. Die Amerikaner irischer Abstammung hat er aufgefordert, jegliche Unterstützung für die Geldsammlungen der Irisch-Republikanischen Armee einzustellen.

Seine bisherigen Taten haben schon erwiesen, je mehr Carter vom Frieden spricht, desto eifriger bereitet er den Krieg vor, und da, wo es ihm um Hilfe geht, ist gemeint, dem US-amerikanischen Finanzkapital zu größerem Profit zu verhelfen.

Einen Dollarregen brauchen die US-Imperialisten nicht verheißen; die Dollars sind am Strömen. Von 1960 bis Juni 1975 sind 168 US-Niederlassungen in Irland aufgemacht worden, im Wert von 136 Mio. Pfund. 1974 waren von 51 ausländischen Investitionen 22 US-amerikanisch. 400 irische Firmen sind ganz oder teilweise in den Händen des US-Kapitals. Das Investitionsvolumen der US-Firmen in Irland hat die Irish Times im März 1976 mit mehr als 200 Mio.Pfund angegeben. Der Export von irischen Waren nach den USA macht 30 Prozent der in Irland produzierten Waren aus. Von den irischen Arbeitern werden 35 000 von US-Kapitalisten ausgebeutet, von den Fabrikarbeitern 10 Prozent. liegen noch vor dem alten Kolonialherrn England und vor der BRD.

Was lockt die US-Imperialisten nach Irland? Die Arbeitskräfte sind billig, die „Lohnkosten“ betragen zwei Drittel dessen, was sie in den USA betragen würden. In anderen Ländern sind die Löhne noch niedriger, aber die irischen Arbeiter sprechen Englisch und sind relativ gut ausgebildet. Und der Staat gibt bereitwilligst Beihilfen, Zuschüsse, Kredite, Garantien für investitionswillige Bourgeois. 40 Prozent der Kosten kommen teilweise so herein. So zahlen die irischen Werktätigen für die Blutegel, bevor sie mit ihrem Geschäft der Blutsaugerei überhaupt erst anfangen.

Für die Imperialisten lohnt es sich also. Eine Position, wo das US-Kapital seine Konkurrenten hinter sich gelassen hat, ein Ausgangspunkt in Europa für weitere Investitionen, eine Basis, nicht nur ökonomisch, auch militärisch. Shannon-Airport ist der westlichste der europäischen Flughäfen. Man versteht, warum weitere Investitionen geplant sind.

Warum aber das Friedensgesäusel? Bloß, weil es zu Carters Image gehört? Aber nein, es ist auch zu plump. Was soll das für eine Lösung sein, mit der das irische Volk *und* die britische Regierung samt den Dubliner Lakaien einverstanden sein sollen?

Der Kampf des irischen Volkes gegen den britischen Imperialismus passt nicht in das Konzept der US-Imperialisten. Die Waffen, mit denen jene verjagt werden, könnten sich zu leicht auch gegen diese wenden. Carter hat den Transport britischer Soldaten nach Nordirland ermöglicht, liefert Großbritannien Waffen, untersagt irischen Patrioten die Einreise in die USA, und hat sich jetzt gegen die Unterstützung der IRA durch Amerikaner gewandt. „Briten raus“ – sind die Worte, Unterstützung der britischen Politik die Taten. So viel ist wahr, als Konkurrenten wollen die US-Imperialisten die britischen geradeso aus Irland draußen haben, wie sie die westdeutschen nach Möglichkeit nicht drin haben wollen. Als Komplizen bei der Unterdrückung der Völker brauchen sie sie.

Die Unterdrückung mit Betrug zu garnieren ist der Zweck der Initiative. Im ersten und zweiten Weltkrieg haben sich die deutschen Imperialisten als Freunde der irischen Freiheit aufgespielt, ein U-Boot geschickt mit Roger Casement und einigen Waffen, Kontakte zur IRA gehalten; liebevoll erinnert der Stern daran. Jetzt probiert es Carter mit der Masche. – (Mi-Red)

Die Panama-Verträge: Neue Manöver der US-Imperialisten, um ihre Herrschaft über den amerikanischen Kontinent zu festigen

US-Presse für Verabschiedung der Verträge

„Der Senat entschied sich am 19. Juni 1902 für Panama (als dem Gebiet, auf dem der Kanal zwischen dem Atlantik und dem Pazifik gebaut werden sollte – Red). Bald darauf begannen Roosevelt und Außenminister Hay, Kolumbien unter Druck zu setzen, einem Vertrag zuzustimmen ... Kolumbien wollte die Souveranität über die 6-Meilen breite Kanalzone behalten, aber die USA wollten das Recht haben, ihre eigenen Regelungen durchzusetzen. Der Senat nahm den Vertrag an, aber Bogotá wies ihn am 12.8.1903 zurück. T.R. schäumte. ‚Ich denke nicht daran, daß wir der Bogotábande von irgendwelchen dahergelaufenen Flaschen erlauben sollten, eine der Zukunftsstraßen der Zivilisation zu versperren', schrieb Roosevelt an Hay.“ (Time, 22.8.1977)

Die Geschichte des Panama-Kanals ist von ihrem Beginn an eine Geschichte der brutalsten Unterdrückung der lateinamerikanischen Nationen durch den US-Imperialismus, der seit jeher bestrebt war, Mittel- und Südamerika in einen „Hinterhof“ für seine Interessen zu verwandeln. Weil die kolumbianische Regierung den räuberischen Vertrag 1903 ablehnte, haben die USA das Gebiet des heutigen Panama durch US-Truppen besetzt, Kolumbien geteilt und der von ihnen installierten Regierung in Panama durch Gewalt und Betrug einen Vertrag abgepreßt, mit dem sich die US-Imperialisten „volle Souveranität auf Ewigkeit“ über die Kanalzone gesichert zu haben glaubten.

Mit den neuen Verträgen, die die US-Imperialisten erpreßt haben und die am 7. September 1977 unterzeichnet wurden, aber noch der Zustimmung des US-Senats bedürfen, versuchen sie diese Politik fortzusetzen.

„Der Präsident hat seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Versammlung (zur Vertragsunterzeichnung) für eine Wiederbelebung des Geistes von Franklins und Roosevelts ‚Politik der guten Nachbarschaft' und für Präsident Kennedys ‚Allianz für den Fortschritt' in dieser Hemisphäre stehen mag“,

würdigt James Reston im „International Herald Tribune“ am 8.9. Carters Anstrengungen. Die Interessen der US-Imperialisten an der Beherrschung des amerikanischen Kontinents als einem Sprungbrett zur Weltherrschaft sind die gleichen geblieben. Geändert haben sich durch den Kampf der unterdrückten Völker lediglich die Bedingungen, unter denen sie durchgesetzt werden sollen. Die US-Imperialisten haben mit den Verträgen die Front begradigt, weil aufgrund des Kampfes der panamesischen Volksmassen und der Völker Mittel- und Südamerikas die alten Erpressungsbedingungen nicht mehr zu halten waren.

„(Der Vertrag) legt nicht nur einen unerfreulichen Streit mit Panama bei, er räumt ebenso eine größere Reibung in den US-Beziehungen mit Lateinamerika aus dem Weg, das die amerikanische Kontrolle des Kanals als demütigendes Relikt der Kolonialära betrachtet.“ (Time, 22.8.)

Carter will „eine sicherere politische, wirtschaftliche und militärische Basis unter den Amerikanern (gemeint ist der amerikanische Kontinent) gewinnen, auf die er sich stützen kann, wenn er all die anderen Überseeprobleme anpackt ... (Die neuen Verträge) mögen einen neuen Anfang beim alten Problem der Einheit der Hemisphäre machen.“ (IHT, 8.9.)

„Nichts könnte günstiger sein für die USA bei diesen Nationen oder in der Dritten Welt überhaupt, als eine friedliche Übergangszeit in Panama.“ (New York Times, 30.8.)

„In Lateinamerika ist der Panamakanal lange ein verhaßtes Symbol des Yankeeimperialismus gewesen .... Carter bestand darauf, daß die ... Zustimmung ‚bedeutsam für unsere langfristigen Interessen ist', und versprach, daß sich ‚ein neuer Tag in den Beziehungen der Hemisphäre' ankündige.“ (Newsweek, 22.8.)

Und der International Herald Tribune ruft den US-Senat zur Räson: „Es gibt keinen vernünftigen Weg, gegen den Vertrag zu stimmen, ohne nicht nur die Möglichkeit, sondern die Wahrscheinlichkeit eines Guerillakrieges und einen lahmgelegten Kanal in Rechnung zu stellen, wenn der Vertrag abgelehnt wird.“ (29.8.)

Ein Teil der US-Bourgeoispolitiker bekämpft die Verträge noch heftig:

„So enthält Reagans Kampagnen-Schlachtruf einen grundlegenden Aufruf: ‚Wir haben ihn gekauft, wir haben ihn bezahlt, wir haben ihn gebaut. Und wir werden ihn behalten.' Diese Gebiete (die Kanalzone) sind jetzt integraler Bestandteil der amerikanischen Nation, keine isolierte Enklave ...“ (Time, 22.8.)

Die Blätter des US-Finanzkapitals setzen alles daran, den Vorwurf der Aufgabe US-amerikanischer Interessen als unbegründet zurückzuweisen. Reagan, der die Kampagne gegen die neuen Panama-Verträge anführt, muß sich deshalb spitze Angriffe gefallen lassen:



„Es gibt nichts Niederschmetterndes in der Politik, als wenn ein alter Mann nach einer Welt ruft, die vergangen ist ...“ (IHT, 29.8.)

„... in jedem Fall sorgen die Verträge ausreichend für die Neutralität, die Zugänglichkeit und den militärischen Schutz des Wasserweges“ (New York Times, 30.8.)

„Nach dem Wortlaut des zweiten Vertrages, der später durch alle Nationen der Hemisphäre unterzeichnet werden soll, werden die USA die Neutralität des Kanals und seine Zugänglichkeit für die Schiffahrt der ganzen Welt auch nach dem Jahr 2000 garantieren; den USA steht es frei, mit militärischer Gewalt zu intervenieren.“ (Time, 22.8.)

„Was den Zugang der Nation zum Kanal angeht, werden die Verträge soviel garantieren, wie Verträge überhaupt garantieren können, und wenn sie durch andere verletzt werden, dann steht es den USA frei und sind sie in der Lage, ihre Rechte zu verteidigen.“ (IHT, 29.8.)

In der Tat, die beiden Verträge, nach denen Panama angeblich die volle Souveranität über die Kanalzone bis zum Jahr 2000 erhalten soll, sichern den USA nicht nur bis dahin das Recht, die riesigen Gewinne aus dem Kanalverkehr einzustreichen, sichern ihnen nicht nur in dieser Zeit die Kontrolle über die Kanalzone zu, einschließlich dem Recht auf weitere Truppenstationierung und dem Recht, wenn auch etwas eingeschränkt, auf eigene Gerichtsbarkeit in der Kanalzone; sondern die USA haben sich ebenso vorbehalten, auch nach Ablauf der Verträge Schutz- und Garantiemacht für die Kanalzone in Panama zu bleiben, sich jederzeit das Recht zu nehmen, bei Verletzung ihrer Interessen militärisch zu intervenieren. Den hartnäckigsten Kritikern in den Reihen der Bourgeoispolitiker wird entgegengehalten:

„Der Kanal ist für den amerikanischen Handel nicht länger lebenswichtig .... Er ist jetzt von geringer militärischer Bedeutung. Die meisten größeren Kriegsschiffe und die großen Öl-Supertanker sind zu breit für den Kanal.“ (New York Times, 30.8.)

Und schließlich:

„Carter kündigte letzte Woche an, daß die USA mit Panama die Möglichkeit des Baus eines neuen Kanals ... erörtern würden.“ (Newsweek, 22.8.)

Diese „Möglichkeit“ wird durch die Verträge gedeckt.

Die Geschichte des Panama-Kanals ist ebenso eine Geschichte des tapferen Kampfes der panamesischen Volksmassen und der anderen mittel- und südamerikanischen Völker gegen ihre Ausplünderung und Unterdrückung durch den US-Imperialismus. Daran wird sich auch durch die neuen Verträge nichts ändern. Am Tag nach der Unterzeichnung mußte der International Herald Tribune von Demonstrationen panamesischer Studenten berichten:

„Panama City. Steine-schleudernde Demonstranten, die die neuen Panamakanal-Verträge bekämpfen, stießen heute mit der Polizei am Außenministerium zusammen.“ – (Z-Red)

Die Völker im Süden Afrikas bereiten den Sturz der Kolonialistenregimes vor

„Bonner Perspektiven", 4. September: Bourgeoispolitiker von CDU, FDP und SPD tönen: „Neue Afrika-Politik nötig" – Die Interessen des westdeutschen Kapitals im Süden Afrikas müssen gesichert werden













Ende März 1977: Marie Schlei in Botswana, Sambia und Kenia
Mai 1977: Genscher in Zaire
August / September 1977: FDP-Reisegruppe – Bangemann, Möllemann, Jung, Ludewig – in Südafrika
September 1977: CDU-Reisegruppe – Todenhöfer, Graf Huyn – in Südafrika und Botswana.

Der gewaltige Aufschwung des Befreiungskampfs der afrikanischen Völker von Kolonialismus und Imperialismus hat den „Frieden" der Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter und der Ausplünderung der Reichtümer des Landes zerstört. Die imperialistischen Pläne zur Wiederherstellung des Friedens scheitern einer nach dem anderen.

Wie bei der kolonialen Unterwerfung Afrikas, so reisen die imperialistischen Sprößlinge durch den afrikanischen Kontinent, um die Lage zu erkunden, wie der Befreiungskampf der Völker von Azania, Namibia und Zimbabwe niedergeschlagen werden kann und die Ausbeutung und Ausplünderung gesichert und gegenüber der imperialistischen Konkurrenz ausgebaut werden kann.

ZDF: „Ist die Bundesrepublik Deutschland bereits stärker in den Konflikt hineingezogen worden, als aufgrund ihrer politi-

ZDF: „Ist die Bundesrepublik Deutschland bereits stärker in den Konflikt hineingezogen worden, als aufgrund ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessenlage erforderlich?"

Möllemann, FDP-Reisender im südlichen Afrika: „Nein, wir müssen uns dort aus vier Gründen engagieren. Zunächst einmal treten wir weltweit für eine Politik des Friedens und der Entspannung ein. Zum anderen möchten wir bei der Regierung Südafrikas, die sich sonst auf die Prinzipien europäischer Kultur und Politik beruft, auf die Verwirklichung der Menschenrechte drängen. Darüber hinaus haben wir kein Interesse daran, daß sich widrigenfalls der Weltkommunismus auf Südafrika ausstrecken könnte. *Und schließlich haben wir natürlich direkte ökonomische Interessen dort zu vertreten* ...

Na klar, „Friede und Entspannung" für die Profitmacherei. Kämpfe gegen Ausbeutung, das soll's nicht geben, denn schließlich hat man ja natürlich ökonomische Interessen. Sogar ganz direkte:

Projekt	Auftragswert in Mio DM	Lieferant bzw. Kreditgeber	Kreditanteil in % pro Laufzeit
Dampferzeugungsanlage für SASOL II	515	Deutsche Babcock, Ausfuhr-Kredit-Anstalt	80/8
Maschinen für Kohlenwäsche für Ellisras	45	Klöckner-Humboldt-Deutz	85/5
Hochdruckrohrleitungssysteme für Kraftwerk Duvha	26	Mannesmann-Rohrbau	80/5
Brammen-Kühl-Transport- und Verlade-System	26	Maschinenfabrik Sack	80/5
Regeltechnische Ausrüstungen für Kraftwerk Matla	47	Siemens, Karlsruhe	75/5
Werkzeug zur Fertigung von Fahrzeugmodellen	36	BMW, Bayerische Vereinsbank	85/4
Spezialteile für Rohrschweißanlagen	10	DEMAG-Meer	80/5
Entstaubungsanlagen für Stahlwerk	25	DEMAG	80/5
Prozeßrechner für Kraftwerk Duvha	11	Siemens, Karlsruhe	85/5
Regeltechnische Ausrüstung für Kraftwerk Duvha	56	Siemens, Karlsruhe	75/5
Elektrische Ausrüstungen für 75 Wechselstromlokomotiven	89	Siemens, Erlangen	85/5

Bundesgarantien für den Warenhandel der BRD-Imperialisten mit Südafrika 1976

Die Haltung der Bundesregierung muß von den oben genannten Interessen gekennzeichnet sein, d.h. wir sollten alle Möglichkeiten der Einflußnahme nutzen, um die Entwicklung in dem Sinne zu beeinflussen. Das bedeutet, daß wir nicht etwa Kontakte abbrechen ..., wirtschaftliche Beziehungen einfrieren, sondern *alle Möglichkeiten von Kontakten und Beziehungen ausweiten.*"

Werden Ausbeutung und Ausplünderung bedroht, sind Sanktionen nötig, „alle Möglichkeiten", auch die des direkten militärischen Eingriffs, werden in Betracht gezogen, um die Expansion zu sichern.

In Auftragswerten von 886 Millionen DM Bundesgarantien für den Aufbau von Projekten in Südafrika durch westdeutsche Konzerne will die westdeutsche Kapitalistenklasse in Südafrika investieren, denn: „Die Gewinne der Unternehmen sind in keinem Land so groß wie in der Republik Südafrika", frohlocken sie in Schulbüchern. (Schroedel, 7./8. Klasse)

Rohstoffreserven in der Republik Südafrika, nach denen sich die Imperialisten die Finger lecken:

Rohstoffe	Reserven (absolut) in t	in % der Weltreserven
Uran	193 000	18
Gold	17 000	60
Platin	12–13 000	58–63
Eisen	3 743 000	2,5
Chrom	1 814 000	74
Mangan	1 134 000	8,4
Titan	17 350	10
Kupfer	5 900	1,7
Zink	7 500	6
Nickel	2 500	3,6
Asbest	20 860	7
Flußspat	29 000	19,6
Diamanten (Rohkarat)	50 000	7

Diamanten (Rohkarat) 50 000 7

Todenhöfer (CDU): „Sie (die Bundesregierung) müßte zum Beispiel die gemäßigten schwarzen Führer unterstützen, um dadurch eine friedliche Lösung in Rhodesien herbeizuführen, die auch *die Minderheitenrechte der Weißen garantiert.* In Südafrika selbst ist für uns wichtig, ... wir sind keine Anhänger der Apartheid, wir sind *aber auch keine Anhänger des ‚one-man-one-vote'-Systems, das dazu führen würde, daß die vier Millionen Weißen in Südafrika zur kollektiven Selbstaufgabe gezwungen würden. Wir müssen bereit sein, diese friedliche Lösung durch den Westen machtpolitisch, politisch* (verbessert sich) *und machtpolitisch abzusichern.*"

Um die Herrschaft geht's ihnen. Den Kampf des afrikanischen Volkes zu zerschlagen und mit Hilfe „gemäßigter Führer" das Ausbeuteregime an der Macht zu halten? – schon längst hat sich das als Wunschtraum der Bourgeoisie herausgesellt. „One man one vote"? – All ihre bürgerlichen Ideale schmeißen sie über Bord, geht es um die Macht. So offen haben sie's bisher noch nicht herausgelassen, daß nur die Sklavenhalterregimes im südlichen Afrika den Sturz der Imperialistenherrschaft verhindern können. Lohnsklaverei – das ist es, was dieser Bourgeoisverbrecher gesichert haben will. Womöglich etwas weniger Lohn und mehr Sklaverei.

Todenhöfer: „Ja, die Bundesregierung ist – äh – vor allem in Rhodesien – im Rhodesienkonflikt voll drin, dadurch, daß sie die kommunistische Patriotische Front unterstützt, daß sie Kommunisten unterstützt, indem sie Rekrutierungslager, ein Sammellager, mit einer halben Million *deutscher Steuergelder, Entwicklungshilfegelder* unterstützt."

Zimmermann (CSU): „Aber immerhin sind die Meldungen, die aus dem südlichen Afrika kommen, nicht nur von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, sondern auch aus anderen Quellen, für uns Anlaß zu einer sehr sorgfältigen Prüfung, ob es etwa eine Zusammenarbeit der sogenannten Frontstaaten und der Bundesregierung gibt, in dem Sinne, daß *finanzielle Mittel der Bundesrepublik Deutschland* dazu verwendet worden sind oder verwendet werden könnten, Guerillaorganisationen, die Weiße und Schwarze ermorden in zahlreichen Fällen, auch Deutsche, Krankenschwestern, eine Ärztin, ob das etwa mit *deutschem Geld* möglich gewesen ist. Das wäre eine ganz ernste Sache."

Das Volk von Azania bereitet den Sturz des Siedlerregimes vor. Das versetzt Todenhöfer in Panik: womöglich mithilfe deutscher Steuergelder – Entwicklungshilfegelder, deren Zweck es doch ist, das Siedlerregime zu stützen? Zimmermann bringt's auf den Punkt. Über finanzielle Mittel der Bundesrepublik landet er bei deutschem Geld – ganz allgemein. Was sie meinen, sind eine halbe Million Spenden für den Befreiungskampf aus dem Lohn der westdeutschen Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie weiß, daß dieses Geld, gespendet für Gewehre für den Befreiungskampf, gegen ihre Herrschaft gerichtet ist und diese Sammlung die Arbeiterklasse in Westdeutschland zusammenschließt im Kampf gegen die Kapitalistenklasse.

ZDF: „... Was muß getan werden, um eine chaotische Rassenauseinandersetzung zu verhindern?"

Zimmermann: „Die Bundesrepublik hat sich ja mit anderen westlichen Staaten in den letzten Monaten in einer Reihe von Gesprächen um eine Lösung der südafrikanischen Probleme mit bemüht, ähm ... Eines möchte ich aber ganz konkret sagen, ... ein vernünftiger Mann und ein vernünftiger Politiker muß dafür sein, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Südafrika und den Homelands auszuweiten, *um so die schwarze Bevölkerung in den Stand zu setzen, einen größeren Anteil am Bruttosozialprodukt ihres Landes zu erwirtschaften.*"

Die Imperialisten als Wohltäter, um den Wohlstand der afrikanischen Arbeiterklasse zu heben? Die Reallohnentwicklung zeigt das Gegenteil.



Kämpfer der ZANU trainieren für den bewaffneten Befreiungskampf

„Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats. Das hat sich seit 1917 im Weltmaßstab bestätigt" (Lenin,

„Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats. Das hat sich seit 1917 im Weltmaßstab bestätigt" (Lenin, 6. Juli 1920)

„Den zahlreichen ‚alten' Monopolen der Kolonialpolitik fügte das Finanzkapital noch den Kampf um Rohstoffquellen hinzu, um Kapitalexport, um „Einflußsphären" – d.h. um Sphären für gewinnbringende Geschäfte, Konzessionen, Monopolprofite usw. – und schließlich um das Wirtschaftsgebiet überhaupt. Als z.B. die europäischen Mächte mit ihren Kolonien erst den zehnten Teil von Afrika besetzt hatten, wie es noch 1876 der Fall war, da konnte sich die Kolonialpolitik auf nichtmonopolistische Weise entfalten, in der Art einer sozusagen „freibeuterischen" Besetzung des Landes. Als aber neun Zehntel Afrikas bereits besetzt waren (gegen 1900), als die ganze Welt verteilt war, da begann unvermeidlich die Ära des monopolistischen Kolonialbesitzes und folglich auch eines besonders verschärften Kampfes um die Aufteilung und Neuaufteilung der Welt. (...)

Monopole, Oligarchie, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen – all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus zu kennzeichnen." (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke Band 22, S. 305)

Durchschnittlicher Jahreslohn der Goldminenarbeiter:

Jahr	Jahreslohn (in Rand)	Reallohnindex (1963:100%)
1911	57	100
1916	59	90
1921	66	69
1926	67	88
1931	66	92
1936	68	100
1941	70	89
1946	87	92
1951	109	89
1956	132	89
1961	146	89
1966	183	99
1969	199	99

Die von der Arbeiterklasse geschaffenen Reichtümer sind in der gleichen Zeit von 70 Millionen auf 1,425 Milliarden Rand gestiegen, der Gesamtexport Südafrikas ist von 1911 bis 1970 von 20 Millionen auf 1,54 Milliarden Rand gesteigen. Die Zahlen beweisen, den Imperialisten geht es um die Ausbeutung der Arbeiterklasse im südlichen Afrika und um die Ausplünderung der Reichtümer des Landes.

ZDF: „Genügt es denn, wenn sich die Bundesrepublik damit begnügt, nur verbal zu protestieren, oder müßte man nicht mehr tun ... Sanktionen gegen Südafrika?"

Bahr: „Ich wäre für Sanktionen, wenn ich mir was davon versprechen würde, daß sie funktionieren. Äh, bei Rhodesien hat sich gezeigt, daß das nur sehr bedingt funktioniert, aber wenn einem was Besseres einfällt, wäre ich dafür, politisch Druck auszuüben, denn ich finde, wir sollten, wenn es um die Herrschaft der Mehrheit geht, als Demokraten *nicht neutral* sein, wenn andere um ihre Menschenrechte kämpfen."

Natürlich sind diese Imperialistenknechte nicht neutral, wenn es um die Sicherung der Profite der westdeutschen Konzerne geht. Oder wer soll enrnsthaft glauben, daß die westdeutsche Bourgeoisie gegen sich selber Sanktionen ausspricht? Über 300 westdeutsche Konzerne, darunter AEG, Bosch, Daimler-Benz, DEMAG, Bayer, Farbwerke Hoechst, Klöckner, Krupp, Siemens und VW sitzen direkt in Südafrika. Die Direktinvestitionen der westdeutschen Konzerne sind von 1972 bis Juli 1976 von 270,5 Millionen auf 549,2 Millionen DM gestiegen.

Menschenrechte? Gemeint ist das „Recht der Kapitalisten" auf Ausbeutung der Arbeiterklasse. Wie immer, wenn sie von „Rechten" reden, meinen sie nicht Rechte für das Volk, sondern ihre eigenen.

Genscher: „Das Ziel der Bundesregierung ist es, einen friedlichen Übergang nicht nur in Rhodesien und Namibia, sondern auch in Südafrika zu ermöglichen. ...wobei man immer wieder sehr klar machen muß, daß *selbstverständlich die Minderheitsrechte der weißen Minderheit bei einer friedlichen*
man immer wieder sehr klar machen muß, daß *selbstverständlich die Minderheitsrechte der weißen Minderheit bei einer friedlichen*
Lösung gewahrt werden müssen. Und hier liegt das Kernproblem. (...) Rassenkrieg, eine Gewaltanwendung im südlichen Teil Afrikas, würde zwei Dinge bewirken, die niemand ernsthaft wollen kann: Erstens würde damit das friedliche Zusammenleben zwischen Schwarzen und Weißen erschwert, wahrscheinlich für alle Zeit unmöglich gemacht, und zweitens wäre ein Rassenkrieg die Chance für die Sojwetunion, im südlichen Teile Afrikas Fuß zu fassen."

„Friedliche Lösung" zur Wahrung der „Minderheitsrechte" – was sie meinen, ist Unterwerfung des Volkes von Azania unter die Herrschaft einer Handvoll Imperialisten und Entwaffnung der Befreiungsorganisationen in Zimbabwe, Azania und Namibia.

Genscher spricht's offen aus: Keiner der Bourgeoispolitiker will erstens ernsthaft den Befreiungskampf der afrikanischen Völker, auch wenn sie von Herrschaft der Mehrheit und Verwirklichung der Menschenrechte schwätzen, und zweitens dem sozialimperialistischen Konkurrenten das Feld überlassen.

Der Befreiungskampf im südlichen Afrika „erschwert" allerdings das „friedliche Zusammenleben" zwischen den Imperialsiten und der afrikanischen Arbeiterklasse. Die Völker Afrikas werden die Imperialisten nicht nur „wahrscheinlich", sondern in nicht allzu ferner Zukunft für immer aus ihrem Lande vertreiben.

Die BRD ist der zweitgrößte Handeslpartner Südafrikas. Die imperialistische Entwicklungshilfe will sie um 19% erhöhen, um die Profite der westdeutschen Imperialisten im Süden Afrikas zu sichern. Gleichzeitig bereitet sie sich direkt auf die Intervention vor. Das westdeutsche Volk darauf vorzubereiten, war der Zweck der Debatte in „Bonner Perspektiven". Expansion und Internvention, um die Höchstprofite für die westdeutschen Imperialisten zu sichern, das ist die „neue Afrika-Politik", die im Bundestag verhandelt werden soll. – (Z-Red.)

Rudolf Bahros revisionistische Programmschrift für einen „Bund der Kommunisten“ in der DDR

Vorweg: Es spricht zunächst überhaupt nicht gegen „Die Alternative“ und die Auffassungen Bahros, daß das Buch in der westdeutschen Europäischen Verlagsanstalt erschienen ist und daß einige der Ideologen der westdeutschen Monopolbourgeoisie anknüpfend an dieses Buch ihre Hetze gegen die Herrschaft ihrer Klassenbrüder und Konkurrenten in der DDR verschärfen. Es ist weder erstaunlich, daß ein oppositionelles SED-Mitglied, das seine Auffassungen in der DDR nicht veröffentlichen kann, einen westdeutschen Verlag ausnützt, noch ist es erstaunlich, daß die Ideologen der westdeutschen Bourgeoisie jeden Widerspruch in der DDR ausnutzen, um diese für ihre Eroberungspläne reifzuschießen. Bekanntlich hat der deutsche Imperialismus Lenin per plombiertem Güterwagen durch das Deutsche Reich fahren lassen, was Lenin eine Reihe sozialdemokratischer Schelte eingebracht hat, jedoch weder dem Imperialismus insgesamt noch dem deutschen Imperialismus speziell irgendetwas genützt hat. Umgekehrt ist die Verhaftung Rudolf Bahros durch die Schergen des revisionistischen Staatssicherheitsdienstes auch kein Beweis für die Richtigkeit der Ideen Bahros. Man muß sich mit dem Buch selber auseinandersetzen.

Laut Verlagsankündigung ist Rudolf Bahro 1952 mit 17 Jahren Kandidat der SED geworden und seit 1954 Mitglied der SED. 1954 bis 1959 hat er an der Berliner Humboldt-Universität Philosophie studiert. Über Teilnahme an der Vollkollektivierung der Landwirtschaft im Auftrage der Partei, Mitgliedschaft in der Redaktion der Greifswalder Universitätszeitschrift, Mitarbeit beim Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft und über die Position eines stellvertretenden Redakteurs der Zeitschrift „Forum“ ist Rudolf Bahro schließlich als Rationalisierungsfachmann in der Industrie gelandet. Eine Dissertation über die „Entfaltungsbedingungen der Hoch- und Fachschulkader in den Volkseigenen Betrieben“ ist Anfang dieses Jahres von der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg trotz dreier positiver Gutachten abgelehnt worden, da „die wissenschaftlichen Voraussetzungen nicht vorliegen“. Bis zu seiner Verhaftung war Bahro Abteilungsleiter für „wissenschaftliche Arbeitsorganisation“ beim VEB Gummikombinat Berlin und Mitglied der dortigen Parteileitung der SED.

Der „Vorwärts“-Korrespondent Walter Leo läßt einen Gewährsmann in der DDR folgendermaßen räsonnieren, nachdem ein Interview mit Rudolf Bahro in „Kennzeichen D“ durch das ZDF ausgestrahlt worden war: „Weder Biermann noch Sarah Kirsch, nicht einmal Jurek Becker haben mich so aufgewühlt wie Bahro. Der hat nicht nur für uns Künstler und Schriftsteller, sondern für alle gesprochen. Er steht mitten im Leben, weiß, wovon er spricht. Ihn können sie nicht einfach in die Ecke der Intellektuellen und immer Unzufriedenen abschieben.“

Bahro selbst meint, so referiert der „Spiegel“: „Ich habe ein Buch geschrieben, gegen das die politische Polizei machtlos sein wird, weil es den Parteiapparat ins Herz trifft.“

Bahro ist Parteiintellektueller und er beansprucht, mit der SED als Kommunist abzurechnen. Er will keine bürgerliche Opposition stärken, sondern einen Bund der Kommunisten gründen, der die Massen im Kampf gegen die „Politbürokratie“ führen und das Tor zum Kommunismus aufstoßen soll. Wir wollen sehen, was daran ist.

Bahro hat seinem Buch den Untertitel „Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ gegeben. Der Untertitel ist ironisch und greift die Apologetik der Revisionisten auf, die damit die Kritik der Massen an den herrschenden Zuständen unterdrücken wollen. Bahro ist der Auffassung, daß in den revisionistischen Ländern kein Sozialismus herrscht und auch nie geherrscht hat. Gegenüber der trotzkistischen und „eurokommunistischen Kritik“ an den Zuständen in den revisionistischen Ländern, die von einem deformierten Sozialismus spricht, fragt er: „Wo hat der Sozialismus, der da deformiert sein soll, je existiert?“ Stattdessen hätten diese Länder einen „nichtkapitalistischen Weg“ eingeschlagen, um durch die Entwicklung der Produktivkräfte die Voraussetzungen zu schaffen, zum Sozialismus voranzuschreiten. So gesehen, ergeben sich für Bahro zwischen den sozialistischen Ländern wie China und den revisionistischen Ländern wie der Sowjetunion und der DDR nur quantitative Unterschiede, wie er auch in der Geschichte der Sowjetunion selber keinen Sprung im Klassencharakter des Staates und folglich auch keine Restauration des Kapitalismus entdecken kann. Der „nichtkapitalistische Weg“, den die Sowjetunion und nach ihr andere Länder eingeschlagen haben, sei notwendig gewesen, um in diesen Ländern die Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen. Spätestens seit der Beendigung der Wiederaufbauphase der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg seien jedoch diese Voraussetzungen geschaffen. Sie hätten nur durch ökonomische Despotie geschaffen werden können. Diese hätte zur Herausbildung eines allumfassenden bürokratischen Staatsapparates geführt und hätte dazu führen müssen.



Die Arbeiterklasse braucht keinen „kollektiven Intellektuellen“, um ihren Weg zu suchen und zu finden. Sie braucht den Marxismus-Leninismus.

Die Partei selber sei zu einem gewaltigen bürokratischen Apparat geworden, der den Staatsapparat verdoppelt. Nachdem jetzt durch die industrielle Entwicklung der Produktivkräfte die Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen sind, sei dieser bürokratische Apparat von Staat und Partei zum entscheidenden Hindernis geworden, um den Sozialismus tatsächlich zu verwirklichen. Zu dieser Situation sei es gekommen, weil die Revolution nicht in den kapitalistischen Ländern siegte, sondern zuerst in Rußland und anderen Ländern, in denen die „asiatische Produktionsweise“ vorherrschte. Das habe auch die Entwicklung in den Ländern geprägt, die bereits weiter entwickelt gewesen sind, wie die CSSR und die DDR. Während die Revolution durch den nichtkapitalistischen Weg in Ländern mit vorkapitalistischen Verhältnissen die Voraussetzungen für den Sozialismus in diesen Ländern geschaffen hat, hat sich in den kapitalistischen Ländern der staatsmonopolistische Kapitalismus herausgebildet und weiter entwickelt, obwohl die Verhältnisse für den Sozialismus längst reif sind. Der Sozialismus konnte dort jedoch nicht siegen, solange nicht wenigstens einige der Völker in den zurückgebliebenen Ländern ihrerseits durch Revolution und nichtkapitalistische Entwicklung die Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen haben. Bahro ist der Auffassung, daß so die historische Entwicklung die Völker der Länder, die den nichtkapitalistischen Weg eingeschlagen haben, und die Massen in den staatsmonopolistischen Ländern heute vor analoge Probleme stellt: durch eine „Kulturrevolution“ den Sozialismus zu verwirklichen. Das gehe nicht am bestehenden Staatsapparat vorbei, sondern nur durch ihn hindurch. Was die staatsmonopolistischen Länder betrifft, sieht sich Bahro in Übereinstimmung mit den eurorevisionistischen Parteien. Sie bereiteten „eine neue Offensive vor, um die Mehrheit ihrer Völker für den großen Konsens über die notwendigen Umgestaltungen der überlieferten Zivilisation zu gewinnen“. Seine eigene Konzeption bezieht sich auf die „Länder des real existierenden Sozialismus“, auf die Sowjetunion und die DDR vor allem.

Dies ist, kurz gefaßt, die historische Theorie Bahros. Sie ist eklektisch, und eklektisch ist auch seine ganze Auffassung der Zustände in den revisionistischen Ländern, auf der er seine Strategie der notwendigen Veränderungen aufbaut. Unter Eklektizismus versteht man eine Theorie, die sich aus verschiedenartigen Elementen zusammensetzt, die nicht zusammenpassen, und die deshalb die Wirklichkeit auch nicht umfassend und korrekt widerspiegelt. Man sollte sich freilich über diesen eklektischen Charakter der Theorie Bahros nicht allzusehr wundern. Sie entspringt aus der Lage eines kritischen Intellektuellen, der in großer Isolation unter den Bedingungen der Willkürherrschaft der neuen Bourgeoisie in der DDR sich einen Reim auf die Geschichte macht. Neben einem durchaus systematischen Studium der Klassiker gehen in diese Theorie das verschiedenste revisionistische Zeug und Elemente anderer bürgerlicher Theorien ein. Das macht ihren schillernden Charakter aus. Während die Schrift in manchen Passagen, dort wo Bahro direkt gegen die revisionistischen Machthaber polemisiert, einen revolutionären Zug zeigt, ist sie an anderen Stellen, wo sich Bahro um die theoretische Begründung seiner Auffassung bemüht, öde und teilweise zum Gähnen langweilig. Dies trifft vor allem auf die Passagen zu, wo er vom „Unbegriff der Arbeiterklasse jenseits des Kapitalismus“ fabelt und wo er begründen will, warum die Intellektuellen die entscheidende Kraft der Veränderung in den revisionistischen Ländern sein sollen. Es trifft auch auf die meisten Passagen zu, wo er die „Alternative“, das „Programm“ des „Bundes der Kommunisten“ skizziert und begründet. Doch bevor wir darauf eingehen, wollen wir auf Bahros historische Theorie zurückkommen.

Sie ist fortschrittlich, wo sie bedingungslos das Recht der ökonomisch zurückgebliebenen und unterdrückten Völker auf Revolution begründet und sich in direkten Gegensatz zu den Revisionisten und Sozialimperialisten stellt. Sie ist reaktionär, wo sie der Frage nach dem Klassencharakter des Staates in den revisionistischen Ländern ausweicht und den kapitalistischen Charakter der Restauration in diesen Ländern hinwegeskamotiert.

Bahro schreibt: „Lenin hatte drei Phasen des Kommunismus im Auge: Die Diktatur des Proletariats (bis zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus), den Sozialismus und den Kommunismus. Man kann die Kritik am gegenwärtigen Zustand des sowjetischen Staatsapparates einfach auf den Nenner bringen, daß es noch nicht einen einzigen Schritt über die Strukturen hinausgelangt ist, die unter den sehr spezifischen Bedingungen der zwanziger Jahre für die erste der genannten Phase geschaffen worden ist.“ Das ist in mehrerer Hinsicht falsch. Lenin hat keine drei Phasen des Kommunismus im Auge gehabt, sondern wie jeder Marxist zwei, den Sozialismus als erste Phase des Kommunismus und den Kommunismus als Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft. Die Diktatur des Proletariats ist wie Marx bereits feststellte, nichts anderes als die politische Entsprechung für die ganze Übergangsperiode bis zum Kommunismus.

Bahro stutzt sich also Lenin revisionistisch zurecht. Die Sowjetunion war in strengem Sinn, so wie Marx den Sozialismus im Gothaer Programm definiert hat, sicherlich kein sozialistisches Land. Es gab Klassen und Klassenkampf und Warenproduktion existierte weiter. Aber sie war ein Land der Diktatur des Proletariats, in dem die Arbeiterklasse die Volksmassen im Aufbau des Sozialismus führte. Die Bürokratie entsprang nicht aus der asiatischen Produktionsweise, sondern aus der Tatsache, daß die Bourgeoisie nicht nur weiterexistierte, sondern aus der fortexistierenden Kleinproduktion Tag für Tag Kapitalismus hervorging, wie Lenin feststellte. Aus dieser Tatsache erklärt sich sowohl, daß die Diktatur des Proletariats einen großen Apparat entwickeln mußte, wie auch daß die Bourgeoisie immer wieder in diesen Apparat eindrang und ihn teilweise in eine Bürokratie verwandelte und ihn ständig insgesamt in eine Bürokratie, das heißt ein Instrument der Diktatur der Bourgeoisie, zu verwandeln drohte. Das Eindringen der Bourgeoisie in den Sowjetapparat erleichterte die Entstehung einer neuen Bürokratie in diesem Apparat selber. Der „Terror“ Stalins bestand gerade in der immer erneuten Säuberung dieses Apparats, weshalb der Schreckensruf der Bourgeoisie auch heute noch auf das Stichwort „Stalinsche Säuberungen“ lautet. Revolutionäre Kritik an Stalin kann nur darin bestehen, daß er diese Säuberungen nicht gründlich und genau genug durchführte. Das konnte er nicht, weil er sich dabei in der Hauptsache auf den Partei- und Staatsapparat stützte, statt die Massen selber zu mobilisieren. Bahro stellt fest: „In den Ländern des real existierenden Sozialismus . . . hat die Staatsmaschine eine entscheidende Periode lang eine vorwiegend schöpferische Rolle gespielt. Die Stalinsche Apparatur *hat* ‚wirtschaftlich organisiert‘ und sie *hat* ‚kulturell erzogen‘, beides in größten Maßstab.“ Das lag an dem proletarischen Klassencharakter der „Stalinschen Apparatur“. Auch nach der Machtergreifung der Revisionisten hat es Säuberungen gegeben. Die Apparatur wurde jetzt von den proletarischen Elementen gesäubert. Erst mit der Eroberung der politischen Macht der Bourgeoisie hat sich der Sowjetapparat in eine Bürokratie verwandelt, in die bürokratische Apparatur der Monopolbourgeoisie.

Bahro täuscht sich also, wenn er die qualitative Änderung, die Änderung des Klassencharakters des Sowjetapparates leugnet. Deshalb kann er auch nicht erklären, warum diese Apparatur heute zu einem Hemmnis der Produktivkräfte und zu einem Instrument der Unterdrückung der Arbeiterklasse, der ersten Produktivkraft überhaupt geworden ist. Daraus aber folgt, daß er nicht die Notwendigkeit erkennt, diesen Apparat der sowjetischen Monopolbourgeoisie zu zerschlagen. Die „Kulturrevolution“, die den Sozialismus verwirklichen soll, kann durch diesen Apparat hindurch verwirklicht werden.

Bahro meint, Lenin hätte unter dem Zwang der in Rußland vorherrschenden „halbasiatischen“ Verhältnisse die Marxsche Staatstheorie modifiziert, weil Lenin nicht nur die Notwendigkeit der Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie bewiesen hat, sondern auch die Tatsache, daß das Proletariat die Diktatur der Bourgeoisie durch ihre eigene Diktatur, durch ihren eigenen Staat *ersetzen* muß. Das ist lächerlich und hängt mit der Tatsache zusammen, daß Bahro, der den Apparat der Monopolbourgeoisie durch die Kommune ablösen will, nicht versteht, daß die Kommune selber noch Staat ist, wenn auch schon nicht mehr Staat im eigentlichen Sinn, d.h. kein von den Volksmassen losgelöster Apparat. Die angebliche Leninsche Revision der Marxschen Staatsauffassung entspringt in Wirklichkeit Bahros eigener Revision des Marxismus: der Leugnung der Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Nirgends, wo das Proletariat nicht herrscht, kann es auf die Errichtung dieser Diktatur während der Übergangsperiode zum Kommunismus verzichten. Und nirgends, wo das Proletariat die politische Macht bereits erobert hat, kann es auf diese Diktatur verzichten, bevor sie nicht überflüssig geworden ist und abstirbt. Das aber ist nur in dem Maße möglich, wie die Gefahr der Restauration des Kapitalismus Schritt für Schritt beseitigt wird, d.h. wenn sich das ganze Volk in Arbeiter verwandelt hat, die selbstbewußt die Produktion beherrschen.

Bahro jedoch will den umgekehrten Weg gehen. Er will das ganze Volk in Intellektuelle verwandeln. Das ist der Inhalt seiner „Kulturrevolution“. Bahro behauptet, die Arbeiterklasse befinde sich in den revisionistischen Ländern in Auflösung. Das ist eine kühne These, wo es doch bisher weder in der DDR noch sonstwo gelungen ist, die materielle Produktion abzuschaffen und auch nie gelingen kann. Umgekehrt ist die materielle Produktion stets die Grundlage alles Denkens und die Arbeit die Grundlage jeder anderen Tätigkeit. Die proletarische Revolution verschafft dieser Tatsache zu ihrem politischen Recht, indem sich die Arbeiterklasse von der Ausbeutung befreit und die Pflicht zur Arbeit proklamiert.

Bahro ist den Kampf gegen die herrschende Revisionistenclique in der DDR angetreten. Das verdient das höchste Interesse der westdeutschen Arbeiterklasse und der westdeutschen Revolutionäre. Aber noch höheres Interesse verdient die Tatsache, daß mit Bahro bloß ein Revisionist zweiter oder dritter Potenz den Kampf gegen die herrschende Clique angetreten hat. Das Buch Bahros zeigt, daß die Situation des Klassenkampfes in der DDR sich immer mehr anspannt und daß die Zeiten nicht fern sind, wo die Arbeiterklasse in der DDR sich genau so erhebt wie sich die Arbeiterklasse in Polen in den letzten Jahren immer wieder erhoben hat. Diese Erhebung der Arbeiterklasse in Polen, wo mit roten Fahnen gegen diejenigen angetreten wurde, die behaupten, im Auftrag und Interesse der Arbeiterklasse zu herrschen, ist das Menetekel für die herrschenden Revisionisten in allen Ländern, in denen die Bourgeoisie die Macht zurückerobert hat. Angesichts dieser Lage werden neue Ringmauern errichtet, um den Aufstand der Arbeiterklasse in genehme Bahnen zu leiten. Bahro ist dabei, eine solche Ringmauer zu errichten und sein geplanter „Bund der Kommunisten“ ist nichts als das Instrument dieser neuen Fesselung der Arbeiter. „Kollektiver Intellektueller“ soll sein Bund der Kommunisten sein. Die Arbeiterklasse braucht aber keinen kollektiven Intellektuellen, um ihren Weg zu suchen und zu finden. Sie braucht den Marxismus-Leninismus. Den findet sie immer noch am besten bei den Klassikern des Marxismus-Leninismus. Die Intellektuellen aber müssen ihre Weltanschauung umwandeln, damit sie in den kommenden Klassenkämpfen auf der Seite der Arbeiter stehen und ihr nicht im Weg stehen. – (Z-Red.)

Kreuz und Kreuzer

Missionstätigkeit der Baptisten – Jimmy Carters Vorstellungen wachsen auf einem großen Misthaufen

„... In dieser äußerlichen und feierlichen Zeremonie beweisen wir erneut die innerliche und geistige Stärke unserer Nation. Wie meine Oberschullehrerin, Julia Coleman zu sagen pflegte: ‚Wir müssen veränderten Zeiten gerecht werden und trotzdem an unveränderten Prinzipien festhalten.‘ (...)

Diese feierliche Amtseinführung stellt einen neuen Anfang, eine neue Hingabe in unserer Regierung und einen neuen Geist unter uns allen dar. Ein Präsident kann diesen neuen Geist spüren und proklamieren, aber ausgehen kann er nur von einem Volk.

Die Geburt unserer Nation vor zwei Jahrhunderten war ein Meilenstein in dem langen Streben nach Freiheit, aber der kühne Traum, der unsere Gründerväter unserer Nation begeisterte, er wartete noch immer auf seine Vollendung. Ich habe hier und heute keinen neuen Traum aufzuzeigen, sondern rufe vielmehr zu einem neuen Glauben an den alten Traum auf ... Ihr habt mir eine große Verantwortung übertragen, mit euch verbunden zu sein, eurer wert zu sein und auch zu repräsentieren. Laßt uns einen neuen nationalen Geist von Einheit und Treue bilden. Eure Stärke kann meine Schwäche auffangen und eure Weisheit kann helfen, meine Fehler auf ein Minimum zu reduzieren. Laßt uns zusammen lernen, zusammen lachen, zusammen arbeiten und zusammen beten, in der Überzeugung, daß wir am Ende gemeinsam in Gerechtigkeit triumphieren ...“ (Ansprache von J. Carter zu seiner Amtseinführung, 20.1.77, Washington)

Der Geist und Traum der Gründerväter, den der Baptist Carter als Heilsbotschaft an die Nation predigt, er ist unter anderem nachzulesen in den Dokumenten des „Amerikanischen Rates der Beauftragten für ausländische Mission“:

„Die Pilgrim Fathers hatten mutig den Atlantischen Ozean und alle Gefahren einer Reise unter primitivsten Bedingungen bezwungen, um – wie sie es nannten – einen reinen Glauben in einem neuen England zu züchten. In ihrer ersten föderalen Verfassung verankerten sie u.a., daß sie nach Amerika gekommen seien mit ein- und demselben Ziel und Zweck, nämlich das Königreich unseres Herrn Jesus Christus zu verkünden und die Freiheit des Glaubens in seiner Reinheit mit Frieden zu verbinden. Dieses hauptsächliche Ziel und der Zweck ihrer Föderation ist deshalb ... Angriff und Verteidigung, gemeinsamer Rat und Beistand in allen Angelegenheiten, die Wahrheit und Freiheit des Glaubens bewahrend und verbreitend.“

Das „Königreich ihres Herrn Jesus Christus“ haben sie in dem Land der Indianer errichtet. Sie vertrieben sie, rotteten sie bis auf wenige aus, einem Teil ließen sie ihre „Zivilisation“ zukommen, oder sperrten sie in Reservaten ein. Das war der „Meilenstein in dem Streben nach Freiheit“.

„Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes ...“ (Matthäus 28, 18 – 20)



(Aus: Missionsweltkarte mit Begleitwort, 1903)

Der Kampf der englischen Bauern gegen den Feudalismus, gegen die Kirche, die mit Zins und Leibherrenschaft die Herrschaft über die Bauern aufrechterhielt, drückte sich aus in religiösen Erneuerungsbewegungen, u.a. der Bewegung der Wiedertäufer. Nicht als Kind, sondern als erwachsener Mensch mit freier Entscheidung sollte die Taufe und die Zugehörigkeit zur Christengemeinde vollzogen werden. So jedenfalls wendete die aufstrebende Bourgeoisie, die Handelskaufleute als Repräsentant einer fortschrittlichen Produktionsweise, die die Führung im Kampf gegen den Feudalismus herstellte, den Kampf der Bauern, kleinen Handwerker und Proletarier für Gleichheit in die Forderung nach gleichen Rechten für alle. Der Sieg des Bürgertums in England, der mit der Hinrichtung König Karls I. und Cromwell als Lordprotektor besiegelt war, machte im weiteren eine Ausdehnung über den begrenzten englischen und europäischen Markt notwendig, mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Bourgeoisie betrieb die Kolonisierung Nordamerikas. Sie stützte sich dabei auf die „Pilgrim Fathers“, die Mitglieder der Wiedertäufergemeinschaft, die von den neuen Herren nunmehr selbst verfolgt wurden und deshalb das Land verließen. Unter der Fahne der Freiheit des Glaubens und der Verbreitung des Evangeliums besiedelten die „Pilgrim Fathers“ den amerikanischen Kontinent, alles jedoch unter der Vorherrschaft der englischen Krone. Die Ausrottung der Indianer und ihre Vertreibung von ihrem Land umschreibt Carter in seinem Buch über sich diskret: „Die Begräbnisstätte der Carter-Familie liegt einige Meilen nördlich von Plains ... Meine Vorfahren zogen von Nordost Georgia in dieses Gebiet und zwar kurz nachdem sich die Indianer um 1830 daraus zurückgezogen hatten.“ (Why not the best, Carter)

Die Fortsetzung des Kampfes der Wiedertäufer war jetzt der Kampf der Siedler gegen die Vorherrschaft Englands und Kampf um die Selbständigkeit vom Mutterland. Die Vorherrschaft der englischen Krone hatte ihren Ausdruck in den Steuerabgaben, die die Siedler leisten mußten, wie Teesteuer, Stempelsteuer, wie der Unterdrückung durch die Kirchen. So war es Zwang für jeden, am anglikanischen Gottesdienst einmal in der Woche teilzunehmen. Die Siedler führten den teilzunehmen. Die Siedler führten den Kampf gegen die Abgaben, am bekanntesten ist die Bostoner Tea Party.

Auf einem Kongreß mehrerer Baptistengemeinden in Massachusetts wurde zum Beispiel folgende Resolution verabschiedet:

„Weil Gott der einzige Grund aller religiösen Verehrung ist und nichts wahre Religion sein kann als die freie Unterwerfung unter seinen offenbarten Willen, über die jede vernünftige Seele ein gleiches Recht hat für sich selbst zu entscheiden. Jede Person hat ein unveräußerliches Recht, in allen religiösen Fragen nach der vollen Überzeugung seiner Gedanken zu handeln, in die andere sich nicht einmischen dürfen; und irdische Herrscher sind weit davon entfernt, von dem Recht, darin andere Menschen zu bevormunden, wie auch andere Personen weit von dem Recht entfernt sind, für andere in diesen Angelegenheiten zu urteilen und Entscheidungen mit dem Schwert zu erzwingen.“

Diese Erschließung entsprach den Bestrebungen der Siedler nach Loslösung von England.

Nachdem sie ihre Selbständigkeit 1776 durchgesetzt hatten und ökonomisch selbständig existieren konnten, traten sie einhergehend mit dem Aufbau kapitalistischer Produktion dem ehemaligen Mutterland England als Konkurrent gegenüber, um die Absatzmärkte auf der Welt. Nachdem die „Freiheit des Glaubens, der Geist der Gründerväter“ in Nordamerika gefestigt war, konnte er nun auch in die weite Welt getragen werden. Bislang trug die religiöse Verbrämung der Freiheits- und Gleichheitsforderungen einen fortschrittlichen Charakter. Angewandt von den Kapitalisten wurde und ist sie ein Wahrzeichen für Expansionismus und Reaktion.



Der „alte Traum“, diese „Freiheit und Rechte“ auch anderen Völkern zukommen zu lassen, versprach der neuen amerikanischen Bourgeoisie wachsenden Reichtum aus den Schätzen und Arbeitskräften der Länder und Völker. Es war der Beginn vom Traum der Weltherrschaft.

Carters heutige Auftritte, der religiöse Ton in seinen Reden, die Machart ist so alt wie die USA überhaupt existieren, nichts Neues bringt Carter. In der einen Hand hält er das Kreuz, in der anderen den Kreuzer.

„Der amerikanische Traum besteht noch. Wir müssen wieder vollen Glauben in unser Land und zueinander haben. Ich glaube, Amerika kann besser sein ... Wenn wir vor uns selbst bestehen wollen, müssen wir vor anderen bestehen ... Die Welt wird heute von einem neuen großen Geist beherrscht. einem neuen großen Geist beherrscht. Größere und politisch bewußte Völker fordern heute ihren Platz an der Sonne – nicht nur um ihres eigenen leiblichen Wohlergehens willen, sondern um der Grundrechte des Menschen willen. Das leidenschaftliche Streben nach Freiheit wächst. Von diesem neuen Geist ausgehend, kann es an diesem Tag eines Neubeginns keine noblere und großartigere Aufgabe für Amerika geben, als zur Gestaltung einer gerechten und friedlichen Welt beizutragen, die wahrhaft menschlich ist. Wir sind eine starke Nation und wir werden eine Stärke aufrechterhalten, die so groß ist, daß sie erst gar nicht im Kampf erprobt zu werden braucht – eine gelassene Stärke, die sich nicht nur auf die Größe des Waffenarsenals stützt, sondern auf den Adel der Ideen. Wir werden immer wachsam sein und niemals verwundbar und wir werden unsere Kriege gegen Armut, Unwissenheit und Ungerechtigkeit führen, denn das sind die Gegner, gegen die unsere Kräfte aufgeboten werden können.“ (Antrittsrede Carters) – (Z-Red.)

1810 wird der Amerikanische Rat der Beauftragten für Ausländische Mission gegründet. Die britische Bourgeoisie hatte schon die englisch-baptistische Missionsgesellschaft und die Londoner Missionsgesellschaft gegründet, Preußen die Berliner Mission, die niederländische Bourgeoisie die niederländische Missionsgesellschaft. Als „Missionsjahrhundert“ feiern die Bourgeois das neunzehnte Jahrhundert, in dem sie mit Schwert und Bibel die Erde unter sich aufteilen.

Der Amerikanische Rat, geführt von den Baptisten, wird bald staatlich anerkannt und unterstützt. Sein Hauptquartier nimmt er in Boston, der damaligen Metropole der amerikanischen Bourgeoisie und dem Zentrum des Außenhandels.

Zuerst bekommen die Indianervölker die Missionare auf den Hals. 1835 geht's dann ins südliche Afrika, wo sich britische, französische, niederländische und preußische Missionare teilweise schon 100 Jahre tummeln. Gerade als die ersten Missionare in der damals britischen Kapkolonie ankamen, hatte das Volk der Kaffern die Kolonialisten angegriffen. In den folgenden Jahren gründen die US-Missionare in den Gebieten der afrikanischen Völker Missionsstationen als imperialistische Vorposten, werden aber immer wieder von den Völkern vertrieben.

Bibel und Gewehre

„In Antwort auf Euren gestrigen Brief habe ich die Ehre, Euch die beiliegende Erlaubnis für die Überquerung der Grenze der Kolonie für die Mitnahme von Waffen und Munition zu übersenden.

Dies soll beglaubigen,

daß die Herren D. Lindley, Wilson und H. Venable – Missionare des Amerikanischen Rates der Beauftragten für fremde Missionen – Erlaubnis haben, die Grenzen der Kolonie auf dem Landweg zu überschreiten mit dem Ziel, die christliche Religion unter den Leuten zu verkünden, die Mosalekatze als ihren Häuptling anerkennen; und mit sich zu führen, zum Schutz und zur Versorgung mit Lebensmitteln, die folgenden Artikel: 3 Gewehre, 2 Vogelflinten, 20 Pfund Schießpulver für jeden von ihnen und eine entsprechende Menge Schuß Munition.“ – (John Bell, Sekretär der Verwaltung, an Lindley, Wilson und Venable in Kapstadt, 14.3.1835)

Missionare werden von den Völkern vertrieben

„Der Bericht, daß Dingaan (Führer des Zulu-Volkes, Red.) mit einem Kommando gegen die Kolonie zog, ist nicht richtig. Captain Gardiner wurde freundlich empfangen, aber ein für allemal die Erlaubnis verweigert, irgendwo in Dingaans Gebieten zu siedeln. Als Gründe dafür wurde gesagt, daß die Herzen der Leute zu hart seien, um von den Missionaren gefördert zu werden. Dingaan sagte, er würde nur erlauben, daß sein Volk die Kriegskunst lerne, und die würde er selbst lehren. Er riet Captain Gardiner, zu Völkern zu gehen, die weichere Herzen hätten.“

(Aus einem Brief von Adams an Grout und Champion, Grahamstown, 5.7.1835; alle Briefe aus „Letters of the American Missionaries 1835-1838“, Cape Town 1950)

Missionare als imperialistische Landesforscher

„1. Was ist das Aussehen des Landes zwischen Natal und Delagoa-Bay? Fruchtbarer Boden? Sandig? Ist da Land gut bewässert? Wie lang und tief sind im Durchschnitt die Flüsse? Gibt es Holz zum Bauen? Gibt es Steine dafür? Besonders in der Nähe von Dingaans Kraal? Ist das Klima gesund zu allen Jahreszeiten? (...)

3. Die Eingeborenen, worin unterscheiden sie sich von den Kaffern im Süden? Ist die Sprache so unterschiedlich, daß sie nicht von den anderen verstanden werden kann? Gibt es einen zuverlässigen Dolmetscher für uns in Natal – einen, der englisch spricht? Wie ernähren sich die Leute? Welche Vorräte müßte eine Missionsgesellschaft mitbringen?

4. Sind die Handelsaussichten so, daß wahrscheinlich eine regelmäßige Verbindung aufgenommen wird zwischen Algoa Bay und Natal? Ist die Schiffahrt entlang der Küste immer sicher? Können große Schiffe außerhalb der Reede ankern am Eingang zum Hafen, und können sie Passagiere und Güter in Booten an Land bringen?

Zur Friedenszeit. Ist der Landweg zur Friedenszeit bequem und häufig benutzt? Was ist heute das gewöhnliche Transportmittel von Natal und Dingaan – Pferdewagen oder Ochsen?“

(Aus einem Brief von G. Champion an Collis, Kapstadt, 2.4.1835)

Hinter jedem Missionar ein Kreuzer

Nachdem britische, aber auch amerikanische Kriegsschiffe im Opiumkrieg gegen China die Öffnung des Landes für die Imperialisten erzwungen hatten, schickten sie ihre Missionare, die Baptisten, wieder vorneweg.

Ein Bericht über eine Rede des britischen Premierministers bei dem 200jährigem Jubiläum der „Gesellschaft zur Ausbreitung des Evangeliums“ (Ausbreitungsgesellschaft) „... redet er in der anerkennensten Weise von der Aufgabe und Hingebung der Missionare. Ernstlich glaubt er allerdings dazu ermahnen zu sollen, daß der Eifer mit der nötigen Vorsicht gepaart werde ... Jetzt stehe hinter dem Missionar die fremde politische Macht, die ihn zu schützen berufen sei. Geschähe ihm ein Leides, so werde an den Konsul appelliert und um Sendung eines Kanonenbootes gebeten, und der Tod eines Missionars habe zur Folge, daß weiteres Blut vergossen werde, sowohl das Blut von Eingeborenen, an die sich die Missionspredigt gerichtet, als das Blut seiner eigenen Landsleute, die den Märtyrertod des Missionars zu rächen berufen seien. Damit bekomme aber dieser in den Augen der Heiden ein ganz anderes Ansehen. Er erscheine nicht mehr als der glaubensvolle und selbstlose Vertreter einer Heilsbotschaft, sondern als der Repräsentant, ja das Werkzeug einer feindlichen Weltmacht.“

(Aus: Die Mission, die Urheberin von Wirren, Basel 1901)